

**Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger  
mit dem sowjetischen Botschafter Zarapkin**

**Z A 5-33.A/69 geheim**

**11. März 1969<sup>1</sup>**

Der Herr Bundeskanzler empfing am 11. März 1969 den sowjetischen Botschafter Zarapkin zu einer Unterredung, um die der Botschafter nachgesucht hatte. An der Unterredung nahmen deutscherseits die Herren Staatssekretäre Duckwitz und Carstens und sowjetischerseits der Zweite Botschaftssekretär Terechow teil.

Botschafter *Zarapkin* dankte dem Herrn Bundeskanzler dafür, daß er ihn empfangen habe, und sagte, er sei von seiner Regierung beauftragt worden, die Bundesregierung über den chinesischen bewaffneten Überfall an der sowjetisch-chinesischen Grenze auf der im Ussuri gelegenen Insel Damanski (südlich Chabarowsk) zu informieren.<sup>2</sup> Es handele sich hierbei um eine von chinesischen Behörden organisierte provokatorische Verletzung der sowjetischen Staatsgrenze in der Form eines bewaffneten Überfalls auf sowjetische Grenzsoldaten. In der Nacht zum 2. März hätten sich etwa 300 bewaffnete chinesische Soldaten der sowjetisch-chinesischen Grenze genähert und diese Grenze dadurch verletzt, daß sie sich auf die sowjetische Insel Damanski begeben hätten. Daraufhin hätte sich eine Gruppe sowjetischer Grenzsoldaten unter der Führung eines Offiziers an den Ort der Grenzverletzung begeben, um, wie in früheren Fällen, gegen diese Grenzverletzung zu protestieren und um die chinesischen Soldaten aufzufordern, sowjetisches Gebiet zu verlassen. Ohne jede Warnung wurde daraufhin von den chinesischen Grenzverletzern das Feuer auf die sowjetischen Soldaten eröffnet. Auf eine zweite Gruppe sowjetischer Grenzsoldaten, die ihren Kameraden zu Hilfe eilen wollten, sei vom chinesischen Ufer des Ussuri aus mit Artillerie und Minenwerfern geschossen worden. Nachdem sowjetischerseits Verstärkungen herangezogen worden seien, habe man die chinesischen Grenzverletzer wieder vom sowjetischen Hoheitsgebiet verjagt. Der banditenhafte Überfall der chinesischen Provokateure habe 31 sowjetischen Soldaten das Leben gekostet; 14 weitere seien verwundet worden.

Aufgrund der inzwischen durchgeführten Untersuchung habe man einwandfrei feststellen können, daß es sich bei der chinesischen Provokation um eine be-

<sup>1</sup> Durchdruck.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Buring am 11. März 1969 gefertigt. Hat Vortragendem Legationsrat Wilke am 14. März 1969 vorgelegen.

<sup>2</sup> Am 19. März 1969 teilte Botschafter Grewe, Brüssel (NATO), mit, die UdSSR habe außer in Bonn formliche und gleichlautende Demarchen bei den Regierungen Belgiens, Dänemarks, Frankreichs, Italiens, Kanadas, Luxemburgs, der Niederlande, Norwegens und der Türkei unternommen. Demgegenüber habe sie den sowjetischen Standpunkt in London und in Washington „nur informell und beiläufig“ dargelegt. Vgl. den Drahtbericht Nr. 374; VS-Bd. 2830 (I B 5); B 150, Aktenkopien 1969. Dazu berichtete Botschafter Pauls, Washington, der sowjetische Botschafter Dobrynin habe in bezug auf die Demarche des sowjetischen Botschafters bei Bundeskanzler Kiesinger die Vermutung geäußert, „vielleicht habe Zarapkin nicht viel anderen Gesprächsstoff gehabt“ und deswegen dem sowjetisch-chinesischen Grenzzwischenfall „besondere Emphase verliehen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 605 vom 13. März 1969; VS-Bd. 10090 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1969.

wußte und vorher geplante Aktion gehandelt habe. Sie sei von Einheiten der chinesischen Armee ausgeführt worden, die für diese Provokation besonders geschult worden seien. Aufgrund einer Besichtigung der Kampfstätte habe man Minenreste, Geschoßsplitter, Handfeuerwaffen und militärische Ausrüstung chinesischer Herkunft feststellen können. Zur Vorbereitung der Provokation seien u. a. auch Feldtelefonleitungen verlegt worden.

Die Untersuchung einer sowjetischen Ärztekommision habe ergeben, daß die chinesischen Provokateure mit äußerster Grausamkeit vorgegangen seien und auch Verwundete bestialisch mißhandelt hätten. – Dies sei der tatsächliche Hergang des Grenzzwischenfalls gewesen.

Nach dem bewaffneten Überfall auf sowjetische Grenzsoldaten sei von den verantwortlichen chinesischen Stellen eine gegen die Sowjetunion gerichtete nationalistische Hysterie entfesselt worden. Vor der sowjetischen Botschaft in Peking sei es zu wiederholten Demonstrationen gekommen. Derartige Demonstrationen hätten sich auch gegen sowjetische Arbeiter gerichtet. Die antisowjetische Kampagne, die seit einiger Zeit im Gange sei, trage eindeutig militaristische und chauvinistische Züge.

Die Sowjetunion habe die Volksrepublik China in einer Protestnote<sup>3</sup> aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, daß die sowjetische Botschaft in Peking wieder unter normalen Bedingungen arbeiten könne. Zugleich habe sie die chinesische Regierung gewarnt und darauf hingewiesen, daß weitere Provokationen zu ernsten Komplikationen führen könnten, wobei die chinesische Regierung die volle Verantwortung für die sich daraus ergebenden Folgen zu tragen haben werde.

Die bewaffnete Provokation an der sowjetisch-chinesischen Grenze und die gegen die sowjetische Botschaft in Peking gerichteten Demonstrationen stellten keine Einzelaktionen dar. Es handele sich hierbei um Aktionen, die das Ergebnis der von den chinesischen Führern betriebenen Innen- und Außenpolitik seien. Etwa ab 1960 hätten die verantwortlichen chinesischen Behörden im Grenzgebiet künstliche Spannungen hervorgerufen und provokatorische Handlungen in diesem Gebiet organisiert. In den letzten Jahren – er meine den Zeitraum ab 1960 – sei es zu einigen tausend Grenzverletzungen durch die Chinesen gekommen. Die sowjetische Regierung habe ihrerseits alle erforderlichen Maßnahmen ergriffen, um eine Verschärfung der Lage im sowjetisch-chinesischen Grenzgebiet zu vermeiden. So sei u. a. den sowjetischen Grenztruppen der Befehl erteilt worden, bei Grenzzwischenfällen das Feuer nicht zu eröffnen. Dieser Befehl sei sowjetischerseits in vollem Umfang befolgt worden, obwohl sich die chinesischen Soldaten bei den erwähnten Grenzverletzungen äußerst herausfordernd benommen hätten.

Nach sowjetischer Auffassung handele es sich bei der Provokation auf der Insel Damanski um einen Teil eines größeren Plans im Rahmen der chinesischen Außenpolitik, der ein Großmachtchauvinismus zugrunde liege. Durch ein seit langerer Zeit seitens der chinesischen Führer betriebenes Anheizen der Spannung im sowjetisch-chinesischen Grenzgebiet versuche die Pekinger Führung die Aufmerksamkeit der eigenen Bevölkerung von den Fehlschlägen der chinesischen Innen- und Außenpolitik abzulenken.

<sup>3</sup> Vgl. dazu die Meldung „Nota posol'stu KNR“, PRAVDA vom 8. März 1969, S. 4.

Die Außenpolitik der Sowjetunion ziele seit dem „Dekret Lenins über den Frieden“<sup>4</sup> darauf ab, im internationalen Verkehr Provokationen und kriegerische Aktionen zu vermeiden. Sie sei vielmehr auf die Erhaltung des Friedens und die Gewährleistung der Sicherheit der Völker gerichtet. In ihren Beziehungen zu anderen Staaten halte sich die Sowjetunion an den Grundsatz der Achtung der Souveränität und der territorialen Integrität dieser Staaten. Die sowjetische Regierung und das sowjetische Volk wünschten keinen Krieg und auch keine Verschlechterung ihrer Beziehungen zu anderen Staaten. Ebensowenig wünschten sie irgendwelche bewaffneten Zusammenstöße. Andererseits aber habe die Sowjetunion ihre Lehren aus der Vergangenheit gezogen. Jeder Anschlag auf die Sicherheit der Sowjetunion, ganz gleich von welcher Seite er kommen möge, werde auf die geschlossene Macht der Sowjetunion und auf die Kraft des sowjetischen Volkes stoßen.

Dies sei die Information, so schloß der Botschafter, die er auftragsgemäß dem Herrn Bundeskanzler übermitteln sollte.

Der Herr *Bundeskanzler* dankte dem Botschafter für die Unterrichtung und sagte, auch die Bundesregierung habe mit Sorge den Grenzkonflikt verfolgt. Er sei deshalb besorgt, weil sich aus solchen Grenzzwischenfällen sehr leicht größere Konflikte entwickeln könnten, woran niemand interessiert sei, der den Frieden liebe. Er hoffe jedoch, daß sich die Lage in diesem Gebiet wieder normalisiere würde. Anschließend fragte er den Botschafter, ob nach sowjetischer Ansicht diese Grenzverletzung auf die Initiative eines örtlichen Befehlshabers zurückzuführen oder ob sie von der Zentrale gesteuert worden sei.

Botschafter *Zarapkin* antwortete, nach den der sowjetischen Regierung vorliegenden Informationen handele es sich um eine sorgfältig organisierte Provokation, worauf u. a. das Verlegen von Telefonleitungen, das Instellungbringen von Artillerie usw. schließen lasse. Auch die Tatsache, daß es seit 1960 einige tausend Grenzzwischenfälle durch chinesisches Verschulden gegeben habe, lasse eindeutig den Schluß zu, daß hier nicht ein örtlicher Befehlshaber der Schuldige sei, sondern daß es sich hierbei um einen Akt im Rahmen der aggressiven Außenpolitik der chinesischen Zentralbehörden handle.

Wie schon erwähnt, sehe man in diesen bewußten Provokationen zur Erhöhung der Spannung im Grenzgebiet einen Versuch der chinesischen Führer, die Aufmerksamkeit des eigenen Volkes von den Mißerfolgen auf innen- und außenpolitischem Gebiet abzulenken. Derartige Aktionen seien Ausfluß des chinesischen Großmachtchauvinismus.

Auf die Frage des Bundeskanzlers, was man der Presse über das heutige Gespräch mitteilen solle, sagte der Botschafter, er stelle diese Frage ganz in das Ermessen des Bundeskanzlers. In sowjetischer Sicht gebe es hierbei nichts, was der Geheimhaltung bedürfe.

Der Herr *Bundeskanzler* schlug daraufhin vor, der Presse mitzuteilen, daß der sowjetische Botschafter ihn im Auftrage seiner Regierung über den Grenzschlittenfall an der sowjetisch-chinesischen Grenze informiert habe.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut des „Dekrets über den Frieden“, das vom Allrussischen Sowjetkongreß am 8. November 1917 angenommen wurde, vgl. Manfred HELLMANN (Hrsg.), Die russische Revolution 1917, 5. Auflage München 1984, S. 312–315.

Auf die Anregung des Botschafters, bei der Presseinformation die Formulierung „bewaffnete chinesische Provokation“ zu verwenden, antwortete der Herr Bundeskanzler, er würde es vorziehen, eine Formulierung zu wählen, die dem diplomatischen Brauch entspreche, wenngleich auch die vom Botschafter übermittelten Informationen sich mit den Nachrichten deckten, die er aus anderen Quellen erhalten habe. Er schlage daher vor, von einem „schweren Grenzschwischenfall“ zu sprechen. Die ihm bisher zugegangenen Nachrichten hätten darauf schließen lassen, daß der Überfall von chinesischer Seite ausgegangen sei.

Herr Staatssekretär *Carstens* warf an dieser Stelle ein, daß die hiesige Presse bereits Berichte, zum Teil auch mit Fotos<sup>5</sup>, über die bestialischen Mißhandlungen gebracht hätte, zu denen es bei dem Zwischenfall gekommen sei.<sup>6</sup>

Botschafter *Zarapkin* wies mit Nachdruck darauf hin, daß man sich jetzt mit einer chinesischen Politik konfrontiert sehe, deren Ziel es sei, innerhalb der Bevölkerung Haß zu säen und im Lande eine Atmosphäre für noch gefährlichere Abenteuer vorzubereiten, die gegen andere Länder Asiens gerichtet seien. U.a. bezwecke die expansionistische chinesische Außenpolitik auch, den Maoismus anderen Ländern aufzudrängen. Besonders gefährlich seien die wiederholt vorgebrachten territorialen Ansprüche Chinas gegenüber anderen Staaten. Diese und andere chauvinistischen Bestrebungen seien nicht zuletzt für das chinesische Volk selbst höchst gefährlich und könnten es leicht ins Verderben führen. Die gegenwärtige Entwicklung in China verdiene es, von allen Staaten mit großer Aufmerksamkeit verfolgt zu werden.

Der Herr *Bundeskanzler* antwortete, es handele sich hier ohne Frage um ernste Sachverhalte, die genau verfolgt werden müßten. Er hoffe, daß die sorgenvollen Hinweise des Botschafters durch die künftige Entwicklung nicht bestätigt würden. Auch die Bundesrepublik habe, obwohl sie weit von diesem Spannungsgebiet entfernt sei, natürlich ein Interesse daran, daß von China keine gefährlichen Entwicklungen ausgingen.

Er werde also der Presse eine kurze Mitteilung machen; sollten sich auf der Pressekonferenz noch weitere Fragen ergeben, so könne der Regierungssprecher ja weitere Einzelheiten bekanntgeben.

Auf die Frage Botschafter *Zarapkins*, mit welchen Hoffnungen und Erwartungen der Bundeskanzler nach Paris fahre, antwortete dieser, mal gelte es für ihn, mit dem sowjetischen Botschafter lange und zäh zu verhandeln, und demnächst müsse er dies mit Herrn de Gaulle tun.<sup>7</sup> Anschließend streifte der Bundeskanzler die bei den Pariser Verhandlungen zur Diskussion stehenden Fragen. Dabei werde auch das Verhältnis zur Sowjetunion angesprochen werden. Hierbei seien sich die französische Regierung und die Bundesregierung im Ziel einig: Trotz vorhandener Schwierigkeiten müsse man versuchen, allmählich ein Verhältnis anzubahnen, das dem Frieden diene.

<sup>5</sup> Vgl. dazu den Artikel „Verwundete mit dem Bajonett erstochen“; *BILD-ZEITUNG* vom 8. März 1969, S. 2.

<sup>6</sup> Vgl. dazu die Artikel „Moskau: Tote Soldaten von Chinesen verstümmelt“; *GENERAL-ANZEIGER* vom 8./9. März 1969, S. 1, und „China verstärkt Grenztruppen mit Milizeinheiten und Bauern“; *DIE WELT* vom 11. März 1969, S. 4.

<sup>7</sup> Für die deutsch-französischen Konsultationsbesprechungen am 13./14. März 1969 in Paris vgl. Dok. 99–103.

Zu einem anderen Thema übergehend, sagte der Herr Bundeskanzler scherzend, er wolle dem Botschafter versichern, daß er 1969 in Berlin „nichts Schlimmes“ mehr vorhave.

Botschafter *Zarapkin* erwiderte, man sei sowjetischerseits der Ansicht, die Bundesregierung habe mit ihrem Beschlusß, die Präsidentenwahl trotz sowjetischer Einwände in Westberlin durchzuführen, nicht weitsichtig gehandelt. Dabei habe sie durchaus die Möglichkeit gehabt, anders zu handeln.

Der Herr *Bundeskanzler* antwortete, die Sowjetunion habe der Bundesregierung vielleicht eine solche Möglichkeit geben wollen, andere aber nicht. Die Lage sei recht schwierig gewesen, und die Gespräche seien etwas spät aufgenommen worden. Wie er bereits in früheren Gesprächen betont habe, beabsichtigte man auch für die Zukunft, die Verbindungen zu Westberlin in einer nicht provozierenden Weise aufrechtzuerhalten. Wären die Kontakte früher aufgenommen worden, so hätten sich vielleicht andere Ergebnisse erzielen lassen.

Botschafter *Zarapkin* sagte, halb scherzend, halb im Ernst, dies sei doch wohl als Vorwurf an die eigene Adresse aufzufassen. Da der Bundeskanzler nun die Berlin-Frage angeschnitten habe, wolle er sich erlauben, noch einmal auf die von der sowjetischen Regierung an die DDR-Regierung gerichtete Note (Produktion von Rüstungsmaterial in Westberlin) zurückzukommen.<sup>8</sup> Der Bundeskanzler habe seinerzeit die in der Note aufgeführten Tatsachen als unwahr bezeichnet.<sup>9</sup> Inzwischen habe auch die westdeutsche Presse Berichte über die Produktion von Rüstungsmaterial durch die Westberliner Firma „Carat-Hartmetall“ gebracht.<sup>10</sup> Diese Berichte seien dem Herrn Bundeskanzler gewiß inzwischen zur Kenntnis gelangt. Allein dieses Vorkommnis beweise doch, daß die in der sowjetischen Note erwähnten Tatsachen nicht aus der Luft gegriffen seien.

Der Herr *Bundeskanzler* antwortete, er habe sich vor allem gegen die in der Note enthaltene Formulierung verwahrt, wonach in Westberliner Firmen „Rüstungsmaterial im Auftrage des Bonner Kriegsministeriums“ produziert werde. Das Bonner Verteidigungsministerium sei in diesem Zusammenhang völlig unschuldig. Er habe dem Botschafter bei früheren Gesprächen bereits versichert, daß die Bundesregierung, falls sie feststellen sollte, daß hinter ihrem Rücken in Westberlin Rüstungsmaterial hergestellt werde, alles von ihr Abhängende zur Unterbindung einer derartigen Produktion tun werde. Im übrigen sei dies aber in erster Linie eine Sache der Westberliner Behörden und der drei Schutzmächte. Der Bundesregierung sei jedenfalls nicht daran gelegen, daß eine solche Produktion dort erfolge, und man werde im Bedarfsfalle rechtlich dagegen angehen.

<sup>8</sup> Zur sowjetischen Note vom 28. Februar 1969 vgl. Dok. 86, Anm. 2.

<sup>9</sup> Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem sowjetischen Botschafter Zarapkin am 1. März 1969; Dok. 86.

<sup>10</sup> Die Wörter „westdeutsche Presse“ wurden von Vortragendem Legationsrat Wilke hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Spiegel!“

In dem Artikel „Gesetz Nr. 43“ wurde berichtet, die Carat-Hartmetall GmbH & Co. KG habe von der amerikanischen Firma Firth Sterling, Pittsburgh, 20300 Hartmetall-Geschoßkerne vom Kaliber 20 mm zur Herstellung von panzerbrechenden Projektilen erworben. Vgl. DER SPIEGEL, Nr. 11 vom 10. März 1969, S. 28–30.

Botschafter *Zarapkin* sagte abschließend, es sei richtig, daß es sich hier um eine Sache handele, für die die Westberliner Behörden zuständig seien.

Das in einer ruhigen und sachlichen Atmosphäre geführte Gespräch dauerte von 15.30 bis 16.30 Uhr.

Anm. des Dolmetschers: Bei der Schilderung des Grenzüberschreitungsfallen stützte sich der Botschafter in weiten Teilen auf die Erklärung, die der Leiter des Presserates im sowjetischen Außenministerium, Samjatin, am 7. März d.J. vor internationalem Journalisten abgegeben hat.<sup>11</sup>

**VS-Bd. 10090 (Ministerbüro)**

## 97

### **Gesandter Wickert, London, an das Auswärtige Amt**

**Z B 6-1-11638/69 VS-vertraulich**  
**Fernschreiben Nr. 519**

**Aufgabe: 11. März 1969, 20.00 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 11. März 1969, 21.50 Uhr**

Betr.: Gespräch des Herrn Bundesaußenministers mit Außenminister Stewart am 11.3.69 in London

Aus der heutigen Unterhaltung des Bundesaußenministers Brandt mit Außenminister Stewart ist folgendes festzuhalten:

1) WEU:

Bundesminister sagte, er habe aus seinem gestrigen Gespräch mit Debré<sup>2</sup> den Eindruck gewonnen, daß die französische Haltung in allen Europa betreffenden Fragen völlig unverändert sei. Hinsichtlich der WEU habe sich der französische Außenminister darauf beschränkt, die Rückkehr zur Legalität zu fordern. Bundesminister und Stewart stimmten darin überein, daß es jedoch im Grunde bei der Zukunft der WEU nicht um die Lösung juristischer Probleme, sondern um die Entscheidung politischer Fragen ginge.

Außenminister Stewart informierte Bundesminister darüber, daß anstelle des Ende März ausscheidenden Lord Hood Staatsminister Chalfont zum ständigen britischen Vertreter im WEU-Rat bestellt werde.<sup>3</sup> Die Ernennung Chalfonts unterstreiche die große Bedeutung, die die britische Regierung der WEU beimesse. Zur Frage weiterer Themen für eine politische Diskussion im Rahmen

<sup>11</sup> Für den Wortlaut der Erklärung vom 7. März 1969 vgl. den Artikel „Press-konferencija v MID SSSR“, PRAVDA vom 8. März 1969, S. 4. Für den deutschen Wortlaut vgl. DOKUMENTATION DER ZEIT 10/1969, S. 28 f.

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat Wimmers am 12. März 1969 vorgelegen.

<sup>2</sup> Für das Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem französischen Außenminister Debré am 10. März 1969 vgl. Dok. 94.

<sup>3</sup> Das Wort „Chalfont“ sowie der Passus „zum ständigen britischen Vertreter im WEU-Rat bestellt werde“ wurden von Vortragendem Legationsrat Wimmers hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

der WEU verwies die britische Seite auf einen gerade in Brüssel allen WEU-Partnern übergebenen Vorschlag der Benelux-Staaten. Der Vorschlag umfaßt sechs Themen und soll morgen, am 12.3., im WEU-Rat eingebracht werden.<sup>4</sup>

Die britische Delegation vertrat den Standpunkt, daß die Franzosen nach einer gewissen Zeit wohl wieder teilnehmen würden. Allerdings müßten eventuell die französischen Beiträge zum Haushalt der WEU, falls Frankreich nicht zahle, von den anderen mit übernommen werden. Die Rüstungskontrolle brauche unter der französischen Abwesenheit im Rat auch nicht zu leiden, da der Rat die Berichte des Rüstungskontrollamts weiter billigen könne.

## 2) NATO:

Stewart erläuterte die britische Haltung zur NATO und fragte, ob wir eine Änderung in der französischen Haltung zur NATO festgestellt hätten, was Bundesminister verneinte. Bundesminister erkundigte sich nach der britischen Ansicht über den kanadischen Wunsch, einen Beobachter in der europäischen Gruppierung der NATO<sup>5</sup> zu haben. Er fügte hinzu, daß wir grundsätzlich keine Bedenken hiergegen hätten. Die britische Delegation brachte Vorbehalte zum Ausdruck und verwies auf die Möglichkeit, daß die Amerikaner dann möglicherweise auch einen Beobachter entsenden wollten, was mit der ursprünglichen Konzeption der europäischen Gruppierung wohl kaum vereinbar sein würde.

Bundesminister brachte sodann die Sprache auf das Communiqué der NATO-Ratstagung in Washington.<sup>6</sup> Er sprach sich dafür aus, wiederum auf die Konsequenzen der Invasion der Tschechoslowakei sowie auf die unbegrenzte Dauer des Bündnisses hinzuweisen. Außerdem sollte der Passus über die Ost-West-Beziehungen aus dem Communiqué von Reykjavik wieder aufgenommen werden.<sup>7</sup>

Außenminister Stewart erkundigte sich nach den in der britischen Presse ausführlich behandelten kürzlichen Äußerungen des zum Bundespräsidenten gewählten Bundesministers Heinemann über die Zukunft der NATO und des

<sup>4</sup> In einem der Bundesregierung am 11. März 1969 übergebenen Aide-mémoire teilte die belgische Regierung mit, sie habe sich mit Luxemburg und den Niederlanden auf mehrere Themen geeinigt, über die Konsultationen in der WEU durchgeführt werden sollten. Die Liste umfaßte folgende Punkte: „1) Coopération politique européenne. 2) Rapports de l'Europe avec les Etats-Unis. 3) Relations de l'Europe occidentale avec l'URSS et les autres Etats communistes européens, y compris les problèmes de sécurité. 4) Relations de l'Europe occidentale avec d'autres régions du monde, y compris les pays en voie de développement. 5) Questions d'intérêt commun figurant à l'ordre du jour de l'ONU. 6) Problèmes de désarmement et ceux qui touchent au renforcement de la paix.“ Vgl. Referat I A 1, Bd. 677.

Am 12. März 1969 berichtete Gesandter Wickert, London, Großbritannien habe auf der Tagung des Ständigen WEU-Rats am 12. März 1969 die Bereitschaft zum Ausdruck gebracht, „an Diskussionen über die von den Benelux-Ländern vorgeschlagenen Rahmenthemen teilzunehmen“, aber vermieden, „auf die von dem belgischen Botschafter angeregte Verpflichtung zu einer Vorabkonsultation einzugehen“. Er, Wickert, habe in der Diskussion erklärt, er könne zum Memorandum der Benelux-Staaten noch keine Stellung nehmen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 535; Referat I A 1, Bd. 677.

<sup>5</sup> Zur geplanten Zusammenarbeit der europäischen NATO-Mitgliedstaaten („European Caucus“) vgl. Dok. 27.

<sup>6</sup> Die Tagung des NATO-Ministerrats fand am 10./11. April 1969 statt. Vgl. dazu Dok. 121.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut des Communiqués über die NATO-Ministerratstagung am 24./25. Juni 1968 vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 357-360.

Warschauer Paktes.<sup>8</sup> Er brachte zum Ausdruck, daß er sich eine Auflösung der Allianz nur dann vorstellen könne, wenn eine grundlegende Änderung in der Haltung der Sowjets eintrete.

### 3) Ost-West-Beziehungen:

Bei der Erörterung der Themen für das Viereressen am Vorabend der NATO-Ministerratstagung<sup>9</sup> waren sich beide Minister darüber einig, daß eine Analyse des Ost-West-Verhältnisses nach der Bundesversammlung im Vordergrund stehen solle. Von besonderem Interesse sei dabei eine Bewertung der Beziehungen zwischen Ostberlin und Moskau.

Bundesminister vertrat die Auffassung, die Sowjetunion sei wohl noch in der Lage, der Pankower Regierung zu sagen, was sie nicht tun dürfe, könne ihr jedoch nicht mehr befehlen, was sie tun solle. Rumänien und Ostberlin seien auf dem letzten COMECON-Treffen<sup>10</sup> für die Sowjets die schwierigsten Partner gewesen.

Bundesminister regte sodann an, der Nixon-Rede<sup>11</sup> und den anschließenden Ausführungen des Regierenden Bürgermeisters<sup>12</sup> folgend, über eine westliche Initiative zur Verbesserung des Status Berlins und der innerdeutschen Beziehungen zu sprechen. Dabei solle nicht dort begonnen werden, wo man vor zehn Jahren aufgehört habe. Es sollte vielmehr an kleinere Verbesserungen, insbesondere beim Zugang nach Berlin gedacht werden. Dabei könnte an die Erörterungen in der Vierergruppe in Bonn angeknüpft werden. Wir wüßten z. B., daß der 1967 vom Bundeskanzler gemachte Vorschlag für innerdeutsche Gespräche auf Staatssekretärsebene<sup>13</sup> gerade jetzt wieder in Ostberlin erörtert werde. Ein

<sup>8</sup> Die „Stuttgarter Zeitung“ berichtete am 8. März 1969, der designierte Bundespräsident Heinemann habe sich dafür ausgesprochen, „aus den Blockbildungen der NATO und des Warschauer Pakts wieder herauszukommen, wozu auch gehöre, daß jede Bundeswehr bereit sein müsse, sich um einer besseren politischen Lösung willen in Frage stellen zu lassen.“ Vgl. den Artikel „Die Präsidentenwahl bedeutet ein Stück Machtwechsel“, STUTTGARTER ZEITUNG vom 8. März 1969, S. 1.

Zur Berichterstattung in Großbritannien vgl. den Artikel „President Heinemann causes a storm“, THE TIMES vom 10. März 1969, S. 1.

<sup>9</sup> Zum Treffen des Bundesministers Brandt mit den Außenministern der Drei Mächte, Debré (Frankreich), Rogers (USA) und Stewart (Großbritannien), am 9. April 1969 in Washington vgl. Dok. 120.

<sup>10</sup> Die Tagung des Rats für Gegenseitige Wirtschaftshilfe fand vom 21. bis 23. Januar 1969 in Ost-Berlin statt. Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. EUROPA-ARCHIV 1969, D 117–122.

<sup>11</sup> Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten Nixon vom 27. Februar 1969 vor der Belegschaft der Siemens-Werke in Berlin (West) vgl. PUBLIC PAPERS, NIXON 1969, S. 156–158. Für den deutschen Wortlaut vgl. BULLETIN 1969, S. 219 f.

<sup>12</sup> Für den Wortlaut der Reden des Regierenden Bürgermeister Schütz vom 27. Februar 1969 vgl. BULLETIN 1969, S. 218 f.

<sup>13</sup> Am 12. April 1967 unterbreitete Bundeskanzler Kiesinger vor dem Bundestag Vorschläge „zur Erleichterung des täglichen Lebens für die Menschen in den beiden Teilen Deutschlands“, zur Verstärkung der wirtschaftlichen und verkehrspolitischen Zusammenarbeit sowie für den wissenschaftlichen, technischen und kulturellen Austausch. Für den Wortlaut vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 63, S. 4686 f.

Mit Schreiben vom 10. Mai 1967 schlug der Vorsitzende des Ministerrats der DDR, Stoph, Kiesinger Verhandlungen u. a. über „die Aufnahme normaler Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten; den Verzicht beider deutscher Staaten auf die Anwendung von Gewalt in den gegenseitigen Beziehungen; die Anerkennung der gegenwärtig bestehenden Grenzen in Europa“ vor. Auf die Forderung von Stoph, sich „endlich von den Realitäten leiten“ zu lassen, antwortete Kiesinger am 13. Juni 1967: „Die Realität, die Sie und ich anerkennen müssen, ist der Wille der Deutschen, ein Volk zu sein.“ Er regte Gespräche an „ohne politische Vorbedingungen“ zwischen Beauftragten der Bundesregierung und der DDR „über solche praktischen Fragen des Zusammenlebens der Deutschen“

durch eine westliche Initiative ausgelöster sowjetischer Druck auf Pankow könnte das Ostberliner Regime eventuell bewegen, unserem Vorschlag gegenüber zugänglicher zu sein als bisher.

**4) NV-Vertrag und Zentrifuge:**

Stewart unterstrich die große Bedeutung, die das Zentrifugen-Projekt<sup>14</sup> für beide Länder habe und erkundigte sich, wann die Bundesregierung den NV-Vertrag unterzeichnen werde.

Bundesminister wies auf innenpolitische Lage hin und teilte mit, daß die Sowjets in einer gestern übergebenen Antwort<sup>15</sup> auf unser letztes Aide-mémoire zum NV-Vertrag<sup>16</sup> leider nicht weitergegangen seien als in ihrer Stellungnahme zu diesen Fragen in dem auf Bühlerhöhe von Zarapkin überreichten Dokument<sup>17</sup>.

[gez.] Wickert

**VS-Bd. 2742 (I A 5)**

*Fortsetzung Fußnote von Seite 363*

aufzunehmen, wie sie in meiner Erklärung vom 12. April enthalten sind“. Am 18. September 1967 übermittelte Stoph den „Entwurf eines Vertrages über die Herstellung und Pflege normaler Beziehungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland“ und forderte die Bundesregierung auf, nicht mehr die DDR „und deren Bürger im Ausland zu diskriminieren und zu schädigen“. Kiesinger antwortete am 28. September 1967 mit dem Angebot, auf Staatssekretärsebene über praktische Maßnahmen zu sprechen, „um wenigstens die Not der Spaltung zu mildern und die Beziehungen der Deutschen in ihrem geteilten Vaterland zu erleichtern“. Vgl. DzD V/1, S. 1115–1117, S. 1277–1279, S. 1668–1671 und S. 1733.

Vgl. dazu auch AAPD 1967, III, Dok. 325.

14 Zum deutsch-britisch-niederländischen Projekt einer Gasultrazentrifuge vgl. Dok. 98.

15 Am 10. März 1969 übergab der sowjetische Botschafter Zarapkin Staatssekretär Duckwitz ein Aide-mémoire zum Nichtverbreitungsabkommen, das inhaltlich das sowjetische Aide-mémoire vom 6. Februar 1969 wiederholte. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Dohms vom 13. März 1969, VS-Bd. 4339 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1969. Für die Übergabe vgl. die Gesprächsaufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Buring; VS-Bd. 10090 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1969.

16 Zum Aide-mémoire der Bundesregierung vom 24. Februar 1969 vgl. Dok. 76, Anm. 5.

17 Zum sowjetischen Aide-mémoire vom 6. Februar 1969 vgl. Dok. 46, Anm. 4.

**Vortragender Legationsrat I. Klasse Ramisch, z.Z. London,  
an das Auswärtige Amt**

**Z B 6-1-11641/69 VS-vertraulich**

**Fernschreiben Nr. 521**

**Cito**

**Aufgabe: 12. März 1969, 10.50 Uhr<sup>1</sup>**

**Ankunft: 12. März 1969, 11.44 Uhr**

Auch für BMwF

Betr.: Deutsch-niederländisch-britische Besprechungen über Zusammenarbeit  
bei Gasultrazentrifugen (Urananreicherung)

Die für Technologie zuständigen Minister der drei Länder Dr. Stoltenberg, Minister Wedgwood Benn und de Block sowie der holländische Außenminister Luns, britischer Staatsminister im Foreign and Commonwealth Office Mulley, holländischer Staatssekretär im Außenministerium, de Koster, und Staatssekretär Harkort trafen sich am 11.3.1969 in London zur zweiten trilateralen Ministerbesprechung<sup>2</sup>, um die in den letzten Wochen auf Beamtebene ausgearbeiteten Vorschläge für eine Zusammenarbeit bei der Urananreicherung zu überprüfen und dabei offengebliebene Fragen zu erörtern.<sup>3</sup> Die Minister erzielten Übereinstimmung über die Struktur der trilateralen Zusammenarbeit. Danach sollen zwei Organisationen gegründet werden:

Eine für die Produktion von Zentrifugen und den Bau einer Anreicherungsanlage, die andere für den Betrieb der Anreicherungsanlagen. An beiden Organisationen sollen Industrieunternehmen beteiligt werden. Forschung und Entwicklung sollen integriert werden, wobei die existierenden staatlichen und industriellen Laboratorien genutzt werden sollen. Aufgabe eines gemeinsamen Ausschusses (joint committee) wird es sein, die Zusammenarbeit zu beaufsichtigen und insbesondere Fragen der Sicherungsmaßnahmen des Geheimschutzes, der Beziehung mit anderen Ländern und dem Standort der Anlagen zu verhandeln.

Die Minister beschlossen desweiteren, daß die Errichtung der beiden ersten gemeinsamen Anreicherungsanlagen gleichzeitig in Großbritannien und den Niederlanden erfolgen soll, während der Sitz der Verwaltung und des Managements der Organisation für die Herstellung von Zentrifugen und den Bau von Anreicherungsanlagen (prime contractor) in Deutschland errichtet werden soll.

Hinsichtlich der Frage der Nichtverbreitung von Kernwaffen bestand Übereinstimmung, daß die Zusammenarbeit in Einklang mit der erklärten Politik und

<sup>1</sup> Hat Ministerialdirigent Sahn am 13. März 1969 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Behrends vorgelegen.

<sup>2</sup> Zu den Ergebnissen der ersten Ministerbesprechung am 25. November 1968 in Den Haag vgl. Dok. 41, Anm. 7.

<sup>3</sup> Zu den Ergebnissen der Besprechungen mit einer britischen und einer niederländischen Delegation am 12. und 24. Februar 1969 in Den Haag über Sicherungsmaßnahmen gegen die Verbreitung von Kernwaffen im Zusammenhang mit dem Bau einer Gasultrazentrifuge vgl. die Aufzeichnung des Botschafters Schnippenkötter vom 3. März 1969; VS-Bd. 4374 (II B 3); B 150, Aktenkopien 1969.

den völkerrechtlichen Verpflichtungen der drei Regierungen in dieser Frage stehen muß. Das festgestellte Einverständnis sieht Regelungen vor, die sogar über das hinausgehen, was vom NV-Vertrag gefordert wird.

Im einzelnen bestand Übereinstimmung, daß die unmittelbare Verwendung von angereichertem Uran aus Anlagen der drei Länder zur Herstellung von Kernwaffen für alle teilnehmenden Länder ausgeschlossen wird. Ebenso bestand Übereinstimmung, daß nicht ausgeschlossen werden soll, daß Länder, die rechtlich und politisch hierzu in der Lage sind (betrifft praktisch von den drei Ländern nur Großbritannien), technologische Kenntnisse, die auf Grund der Zusammenarbeitsvereinbarung erworben werden, und Zentrifugen für die Herstellung von Kernwaffen in getrennten nationalen Anlagen verwenden können. Die britische Seite hat Schwierigkeiten, eine Verpflichtung einzugehen, das schwach angereicherte Uran aus Anlagen der drei Länder nicht in anderen, räumlich getrennten nationalen Anlagen in Großbritannien für die Herstellung von Kernwaffen zu verwenden. Andererseits sehen die britischen Gesprächspartner eine Möglichkeit, Formulierungen zu finden, die den deutschen und niederländischen Anliegen in dieser Hinsicht entgegenkommen. Die Arbeitsgruppe soll Vorschläge hierfür erarbeiten. Wegen der außerordentlichen politischen Bedeutung dieser Frage soll hierüber beim nächsten Ministertreffen entschieden werden.

Es wurde vereinbart, daß die Einhaltung der Verpflichtungen durch geeignete Sicherungsmaßnahmen überwacht werden soll. Zur Frage der Sicherungsmaßnahmen bestand im Prinzip Übereinstimmung auf der Grundlage der Empfehlungen der Arbeitsgruppe. Danach würden in der Endphase im EURATOM-Bereich EURATOM-Kontrollen – verifiziert durch die IAEO – anwendbar sein, für Großbritannien die Kontrollen in Erfüllung seines einseitigen Kontrollangebotes. Während der Zwischenphase würde Art. XIII des Abkommens zwischen EURATOM und dem Vereinigten Königreich<sup>4</sup> eine angemessene Regelung darstellen.

In Anbetracht des Interesses anderer europäischer Länder an einer Beteiligung<sup>5</sup> unterstrichen die Minister ihre Bereitschaft, diese nach Abschluß des Zusammenarbeitsabkommens an dem gemeinsamen Projekt zu beteiligen. Eine besondere Arbeitsgruppe soll die Formen der Zusammenarbeit mit anderen Ländern im einzelnen prüfen.

Bis zum nächsten Ministertreffen am 9. Juni 1969 in Bonn sollen insbesondere folgende noch offen gebliebenen Fragen auf Beamtenebene vorgeklärt werden.

- 1) Die Größe der in Großbritannien und in den Niederlanden zu errichtenden Anlagen.

<sup>4</sup> Artikel 13 des Abkommens vom 4. Februar 1959 bestimmte u. a.: „Zwischen den Vertragsparteien finden Konsultationen und gegenseitige Besuche statt, um ihnen beiden zu gewährleisten, daß das Überwachungssystem der Gemeinschaft und die von der Regierung des Vereinigten Königreichs getroffenen Maßnahmen betreffend den Nachweis der Verwendung von Material oder Ausrüstung im Sinne dieses Abkommens befriedigend und wirksam sind.“ Vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN 1959, S. 337.

<sup>5</sup> Italien und Belgien bekundeten Interesse an einer Einbeziehung in das Projekt. Vgl. dazu Dok. 41, Anm. 11 und Anm. 12.

2) Die Verwendung des in den gemeinsamen Anlagen angereicherten Urans für friedliche Zwecke.

3) Patentfragen.

Außerdem sollen der endgültige Text eines Interim-Abkommens über Geheimschutz der Gasultrazentrifugenkenntnisse sowie der erste Entwurf eines Zusammenarbeitsabkommens ausgearbeitet werden.<sup>6</sup>

[gez.] Ramisch

**VS-Bd. 1668 (201)**

## 99

### **Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit Staatspräsident de Gaulle in Paris**

**Z A 5-35.A/69 geheim**

**13. März 1969<sup>1</sup>**

Der Herr Bundeskanzler führte am 13. März 1969 um 11.45 Uhr im Palais de l'Elysée in Paris ein erstes Gespräch unter vier Augen mit dem französischen Staatspräsidenten de Gaulle.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte einleitend, man sollte seines Erachtens über die wichtigsten Fragen in voller Offenheit sprechen, um einer möglichen Lösung näher zu kommen. General de Gaulle könne jedenfalls sicher sein, daß er mit dem Willen gekommen sei, die gegenseitigen Beziehungen im Geiste des deutsch-französischen Vertrages voranzubringen. Er habe vor wenigen Tagen bereits mit Herrn Debré in Bonn gesprochen<sup>2</sup> und die Quintessenz des Gesprächs sei gewesen, daß man offensichtlich französischerseits den Eindruck gehabt habe, eher zur Zusammenarbeit im Sinne des Vertrages bereit gewesen zu sein als die Bundesregierung, vor allem in jüngster Zeit. Diesen Zustand habe Herr Debré beklagt. Er selbst habe Debré erwidert, das beste sei, die Fragen im einzelnen zu prüfen und freimütig zu diskutieren. Dies sei die Voraussetzung, um vieles zu verändern und zu verbessern, wie es der deutsche Wunsch sei.

General *de Gaulle* bemerkte, er sehe die Dinge wie der Herr Bundeskanzler und teile dessen Überzeugung, daß man sich aussprechen müsse. Was die Zusammenarbeit anbelange, so sei zunächst festzustellen, daß eine solche Zusammenarbeit aufgrund der bloßen Tatsache außerordentlich enger wirtschaftli-

<sup>6</sup> Zum Ministertreffen über das Projekt einer Gasultrazentrifuge am 9. Juni 1969 vgl. Dok. 311, Anm. 5.

<sup>1</sup> Durchdruck.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Kusterer am 17. März 1969 gefertigt.

<sup>2</sup> Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem französischen Außenminister Debré am 10. März 1969 vgl. Dok. 94, Anm. 8.

cher, kultureller und menschlicher Beziehungen existiere. Dies sei eine Realität, und auch für die politischen Beziehungen gelte, daß sie sehr eng seien. Danach erhebe sich die Frage, was sonst man noch zusammen tun könne. Diese Frage tauche jeden Tag auf, und natürlich sei festzustellen, daß die beiden Länder nicht ständig alles zusammen täten. Vielleicht könne man durch eine fallweise Behandlung die Dinge verbessern, doch halte er es für unausweichlich, daß die beiden Länder nicht immer alles zusammen tun könnten. Es sei unvermeidlich, weil eben die Deutschen die Deutschen und die Franzosen die Franzosen seien, d.h. daß sie nicht identisch seien, denn jeder von ihnen habe seine Umwelt und seine Nachbarn. Gerade in praktischen Fragen sei man notgedrungen nicht immer beisammen. Dies sei auf die heutigen Umstände und den heutigen Zustand Europas zurückzuführen. Man dürfe aber die Divergenzen in keiner Weise übertreiben. Vor allem sei es notwendig, sich gegenseitig auszusprechen, damit nach Möglichkeit auf den beiderseitigen Handlungen kein Schatten ruhe. Es gebe wohl auch niemanden, der stets all seine Wünsche auch realisieren könne. Man müsse jedoch leben, und um leben zu können, halte er es für wesentlich, daß es zwischen Deutschland und Frankreich privilegierte Kontakte gebe. Angesichts der Vergangenheit und um ein neues Verhältnis zu praktizieren, seien solche privilegierten Kontakte notwendig, so wie es einst-mals die privilegierte Böswilligkeit zwischen beiden Seiten gegeben habe. Dies sei seine Philosophie.

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte, er stimme mit den Ausführungen de Gaulles überein. In seinem Gespräch mit Herrn Debré habe er den Eindruck gewonnen, daß dieser die Dinge ein bißchen zu schwer nehme und zu sehr akzentuiert habe. Auch er sei der Meinung, daß es unvermeidbare Interessendifferenzen zwischen den beiden Ländern gebe; dies sei eine Tatsache der heutigen Welt. Es gebe aber sehr viel, was die beiden Länder zusammenführe. Vielleicht wäre es gut, den Gedankenaustausch über die Hauptfragen, d.h. den Frieden, Europa, und die bestehenden oder bestehen sollenden bilateralen Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu führen. Hinsichtlich des europäischen Problems habe sich die deutsche Haltung nicht geändert. Deutschland würde das Zustandekommen eines unabhängigen Europa wünschen, das in der Lage sei, das Schicksal der zukünftigen Welt und damit das eigene Schicksal mitzuge-stalten. Frankreich und Deutschland seien sich in diesem Wunsche einig. Seit Bestehen seiner Regierung sei diese übermäßig mit dem Problem des Beitritts Großbritannien beschäftigt worden. Er sage übermäßig, denn die Situation sei klar gewesen und alle Betriebsamkeit von vielen Seiten und aller Lärm um diese Frage habe davon abgehalten, das Mögliche an Zusammenarbeit in der Gemeinschaft zu leisten. Er selbst und seine Regierung seien beinahe ausschließlich damit beschäftigt gewesen, alle Versuche abzuwehren, durch neue Konstruktionen, Institutionen, Organisationen, Regierungschef- und Außenminister-Konferenzen und sonstige Pläne eine Lösung anzustreben, die an Frank-reich vorbeiginge oder dieses isolierte. All diese Versuche habe die Bundesre-gierung abgewehrt. Sie habe in dieser Frage immer eine klare Stellung bezogen und dies dem britischen Premier Wilson Anfang 1967<sup>3</sup> wie auch bei der kürz-

<sup>3</sup> Für die Gespräche vom 15./16. Februar 1967 vgl. AAPD 1967, I, Dok. 55 und Dok. 57.

lichen Begegnung<sup>4</sup> deutlich gemacht. Zwar habe die Bundesregierung erklärt, daß sie sich ein vereintes Europa in der Endphase nicht ohne Beteiligung Großbritanniens vorstellen könne (und dies sei ja auch im gemeinsamen Communiqué vom Februar 1969<sup>5</sup> zum Ausdruck gekommen), doch habe sie ebenso eindeutig dargetan, daß man in dieser Frage Geduld üben müsse, weil nun einmal Meinungsverschiedenheiten bestünden. Bei seinem letzten Besuch habe Herr Wilson dann dem Bundeskanzler seine Darstellung des Gesprächs zwischen de Gaulle und dem britischen Botschafter gegeben.<sup>6</sup> In dieser Darstellung, sagte der Herr Bundeskanzler, habe er vieles wiedergefunden, was de Gaulle ihm wiederholt gesagt habe, so z.B. die These, wenn Großbritannien und die anderen Länder der Gemeinschaft beitreten, so würde dadurch der Charakter der Gemeinschaft verändert, es wäre dann nicht mehr eine Gemeinschaft, sondern etwas anderes. Diese These sei für ihn weder neu noch sensationell gewesen. Einige andere Vorstellungen, die Wilson ihm dargetan habe, hätten natürlich sein Interesse erregt, weil dahinter möglicherweise die Entdeckung einiger neuer Gedanken de Gaules gestanden hätte. Aber auch dies sei keine große Sensation gewesen. Dennoch sei ihm der Gedanke einer engeren Zusammenarbeit der Vier (England, Frankreich, Italien und Bundesrepublik) interessant gewesen, und er wäre dankbar, wenn de Gaulle dazu ein paar weitere Ausführungen machen würde. Sicher sei es für de Gaulle nichts Neues, wenn er sage, daß im großen und ganzen die Situation unbefriedigend sei und man auf der Stelle getreten habe. Es seien aber die törichten Versuche abgewehrt worden, etwas über die Hintertür zu versuchen, das nur durch das Hauptportal gemeinsam geschehen könne. Dies habe viel Kritik eingebracht.

Der Herr Bundeskanzler fuhr fort, er bedaure es auch sehr, daß wegen der WEU diese Verstimmung entstanden sei. Auch in der WEU habe die Bundesregierung keineswegs die Absicht gehabt, eine Politik der Hintertür zu betreiben. Herr Wilson habe nach seiner Darstellung um den Rat des Herrn Bundeskanzlers gebeten, denn de Gaulle habe ja der britischen Regierung bilaterale Gespräche über die vorgetragenen Gedanken vorgeschlagen. Er (der Herr Bundeskanzler) habe Wilson gesagt, er solle diese Gespräche führen. Wenn er in europäischen Fragen zu wählen hätte, so sei sein Rat, daß England sich wie Deutschland an den Gedanken der Gemeinschaft und einer späteren Beteiligung Großbritanniens an dieser halte. In den Gesprächen mit Wilson sei von der WEU nicht gesprochen worden. Es habe lediglich jeder der beiden Regierungschefs in der Tischrede gesagt, daß sie in den Ergebnissen der Luxemburger Konferenz<sup>7</sup> einen zwar kleinen, aber erfreulichen Fortschritt erblickten.<sup>8</sup> So sei die Lage. Er hoffe, daß es gelingen werde, die Schwierigkeiten mit der WEU zu be-

<sup>4</sup> Premierminister Wilson hielt sich vom 11. bis 14. Februar 1969 in der Bundesrepublik auf. Für die Gespräche mit Bundeskanzler Kiesinger am 12. Februar 1969 vgl. Dok. 54–56.

<sup>5</sup> Korrigiert aus „1967“.

Für den Wortlaut der deutsch-britischen Erklärung vom 13. Februar 1969 vgl. BULLETIN 1969, S. 164.

<sup>6</sup> Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit Premierminister Wilson; Dok. 56. Zum Gespräch des Staatspräsidenten de Gaulle mit dem britischen Botschafter in Paris, Soames, am 4. Februar 1969 vgl. Dok. 90.

<sup>7</sup> Zur WEU-Ministerratstagung am 6./7. Februar 1969 in Luxemburg vgl. Dok. 50.

<sup>8</sup> Vgl. dazu die Ausführungen des Bundeskanzlers Kiesinger vom 12. Februar 1969; Dok. 67, Anm. 15.

reinigen. Die Auffassung seiner Regierung und seine persönliche Meinung dazu seien, daß man es begrüße, wenn in der WEU von Zeit zu Zeit Gespräche über politische Probleme geführt würden, die im gemeinsamen Interesse aller Beteiligten lägen, jedoch nur, wenn alle Partner solchen Gesprächen zustimmten. Er betone, daß es sich um Gespräche, nicht aber um Beschlüsse handle. Schließlich sei die WEU das einzige Forum, das man besitze, in dem die Europäer derartige politische Fragen diskutieren könnten, da Brüssel ja solche Punkte nicht diskutiere. Mehr allerdings dürfe in der WEU nicht geschehen, d.h. man dürfe nicht versuchen, über die WEU eine europäische Ersatzorganisation zu schaffen. Er wäre dem General für seine Äußerungen zu dieser Frage dankbar. Es sei die Tatsache zu verzeichnen, daß in Deutschland viele Menschen beunruhigt darüber seien, daß in der Welt so vieles passiere und die Europäer nicht einmal darüber sprächen. Diese Notwendigkeit werde bei der deutschen Bevölkerung deutlich empfunden. Nachdem die Bundesregierung alle Versuche abgewehrt habe, die auf eine Ersatzorganisation hinausliefen, habe es ihr geschienen, daß man in der WEU nützliche Arbeit leisten könne, allerdings stets unter der Voraussetzung des *consensus omnium*.

General *de Gaulle* führte aus, er wolle zu den einzelnen Punkten, die der Herr Bundeskanzler angeschnitten habe, Stellung nehmen. Zuerst möchte er einen Ausdruck, den manche verbreiteten, aus der Welt schaffen, nämlich das Wort „Isolierung“. In Friedenszeiten sei jeder isoliert, Deutschland, Frankreich, Amerika, England, jeder habe seine Probleme, seine Angelegenheiten, seine Situation. Diese Form des „isolement“ sei ihm daher gleichgültig. Er wisse, daß dieser Ausdruck in der Presse Verwendung finde, aber es täusche nichts darüber hinweg, daß jeder in seine Situation hineingestellt sei.

Was Europa anbelange, so brauche er dem Herrn Bundeskanzler nicht zu wiederholen, was er ihm und aller Welt schon mehr als oft gesagt habe. Seine Auffassung dazu habe er niemals geändert. Er hoffe, daß man eines Tages Europa zusammenführen könne („réunir l'Europe“). Er glaube nicht, daß man Europa einschmelzen (fondre) könne, jedenfalls seit 300 Jahren nicht mehr. Man könne es aber zusammenführen, und das wünsche er von Herzen. Was bedeute dies? Es bedeute keinesfalls, daß alle europäischen Länder sich einer Kommission unterwürfen, denn dies wäre ausgesprochen lächerlich. Er hoffe also, daß diese drollige Vorstellung aus den Köpfen verschwunden sei, so wie sie in französischen Köpfen nicht mehr herumspuke. Man könne natürlich eine Kommission haben, die bei der gemeinsamen Arbeit behilflich sei, aber diese Kommission könne den Staat nicht ersetzen. Es stelle sich somit die Frage, was man tun und auf welches Ziel man zusteuern könne. Die Antwort auf diese Frage laute, wenn Europa eines Tages zusammenfinde, so müsse es ein europäisches Europa sein, d.h. ein Europa, das vollständig getrennt von Amerika stehe, ohne deswegen gegen Amerika zu stehen oder keine Beziehungen mit Amerika zu unterhalten, ja, solange die Bedrohung von der Sowjetunion her andauere, sollte dieses Europa sogar der Verbündete Amerikas sein, aber nicht unter amerikanischem Oberbefehl, unter amerikanischer Hegemonie, unter Verfolg einer amerikanischen Politik. Denn sonst würde Europa nichts bedeuten. Bedeutet es aber etwas, so müsse man Konsequenzen wirtschaftlicher, politischer, ja sogar verteidigungsmäßiger Art daraus ziehen, um ein europäisches Europa zu haben, d.h. ein Europa, das sich selbst sei, sich abstimme soweit wie möglich im

wirtschaftlichen, politischen und Verteidigungsbereich. Wirtschaftlich sei der Anfang mit der Gemeinschaft der Sechs gemacht worden. Die Sechs seien nicht alle europäischen Länder. Nicht er habe diese Gemeinschaft der Sechs begonnen, sondern er habe sie vorgefunden, akzeptiert und zu praktizieren versucht, und er sei auch bereit, sie weiterhin zu praktizieren. Die Gemeinschaft habe einige gute, einige weniger gute Ergebnisse gezeigt. Sie bestehe jedoch, und er finde sie für die augenblickliche Situation sehr zufriedenstellend. Daß aber das wirtschaftliche Europa immer so aussehen werde, glaube weder er selbst noch der Herr Bundeskanzler. Wolle man das größere Europa wirtschaftlich zusammenführen, dann bedürfe es einer anderen Sache als der Sechser-Gemeinschaft, dann müsse man diese Gemeinschaft durch etwas anderes ersetzen. Man könne etwas anderes schaffen; das habe er immer schon gesagt. Man müsse es dann aber in aller Ruhe prüfen, anfangend unter den Sechs, da diese sich einig geworden seien, sich in einer Gemeinschaft zu verbinden. Diese Frage sei niemals ernsthaft geprüft worden. Man versuche, vollendete Tatsachen zu schaffen. Frankreich aber scheine es, wenn man Großbritannien, Schweden oder Spanien hinzunehme, dann wäre es nicht mehr die Gemeinschaft. Dann müsse man etwas anderes akzeptieren, und das zu prüfen, lehne Frankreich keineswegs ab. Zu prüfen sei, wie in der Praxis ein wirtschaftliches Europa aussehen könne, das größer sei als die Sechs. Er meine vorbehaltlich näherer Prüfung, daß es sich dann um eine Art präferentieller Freihandelszone in Europa handeln müßte, die akzentuierter sei als das GATT, d.h. mit mehr Erleichterungen im gegenseitigen Austausch versehen. Hinzu käme die Notwendigkeit von Sondermaßnahmen, wie z.B. für die Landwirtschaft, d.h. ein Sonderarrangement für die Erzeugung und den Handel mit landwirtschaftlichen Produkten in ganz Europa. Man könne sehr wohl ein wirtschaftliches Europa in dieser Weise sehen. Inzwischen aber gebe es die Gemeinschaft der Sechs, die weiterhin funktionieren müsse. Im politischen Bereich müsse es dann eine vereinheitlichte Politik geben. Das müsse möglich sein sowohl hinsichtlich des Nahen Ostens, als gegenüber Lateinamerika, Afrika und China; zumindest sei es erforderlich, die nationale Politik der einzelnen Länder einander anzunähern, abzustimmen, übereinzustimmen. Zuallererst aber müsse man wollen und dürfe sich nicht mehr wie heute damit zufriedengeben, den amerikanischen Wünschen gefügig zu sein. Nicht auf diese Weise werde ein politisches Europa zustande kommen. Hinsichtlich der Verteidigung wäre ein Bündnis mit Amerika natürlich. Man könne aber eine europäische Verteidigung schaffen, die neben der amerikanischen Militärmacht und vielleicht mit ihr verbündet stehe, nicht aber ihr untergeben sei. Dann habe man das Gefühl einer Einigkeit in Europa und dann werde dieses Europa möglich. Frankreich hoffe auf diesen Tag. Auch die Frage Osteuropa werde sich stellen. Die europäische Gemeinschaft, die er sich vorstelle, schließe nicht eine Abstimmung mit dem Osten aus, schließe nicht aus, die verschiedensten Dinge im wirtschaftlichen, politischen und Sicherheitsbereich zu regeln, zumal heute China immer bedrohlicher werde für Rußland und Rußland damit eher bereit sei, mit dem Westen und insbesondere mit Westeuropa im Sicherheits- und Wirtschaftsbereich, ja sogar in gewissem Maße in der Politik sich abzusprechen.

General de Gaulle fuhr fort, das Problem England sei gegeben. England gehöre den Amerikanern. Die Engländer bedauerten dies vielleicht, aber sie hätten es

nun mal während des Krieges angefangen, er habe es selbst gesehen, er sei ja dagewesen, als Churchill sich den Amerikanern unterstellt habe. Seither seien sie unter den Amerikanern. Sie hätten ihre „besonderen Beziehungen“ und meinten, diese seien für sie von Vorteil. Vielleicht seien sie es, aber dann sei es nicht möglich, mit den Engländern ein europäisches Europa zu schaffen, solange die Engländer so seien, wie sie seien. Hinsichtlich der Wirtschaft gelte das-selbe. Wolle man sie mit aller Gewalt in die Gemeinschaft der Sechs aufnehmen, dann sei diese Gemeinschaft nicht mehr, was sie vorher war. Das habe er den Engländern stets gesagt: Herrn Macmillan und Herrn Wilson. Neulich nun sei der britische Botschafter gekommen und habe geradezu geweint darum, von de Gaulle empfangen zu werden, und habe gesagt, ob es denn nicht möglich sei, zwischen den beiden Regierungen zu reden und sich auszusprechen. Daraufhin habe er (de Gaulle) ja gesagt und ihn kommen lassen und ihm dann das dargelegt, was er jetzt dem Herrn Bundeskanzler gesagt habe. Der Botschafter habe das im übrigen schon gewußt, denn er habe es hundertmal gesagt. Dann aber hätten die Engländer versucht, das auszuschlagen, hätten gelogen wie stets, wenn sie etwas auszunutzen trachteten, hätten tolle Geschichten erfunden, um die Deutschen und wenn möglich die Holländer und Belgier gegen Frankreich aufzuwiegeln, indem sie sagten, de Gaulle wolle die Gemeinschaft der Sechs zerstören, er wolle ein Direktorium aus Deutschen, Italienern, Engländern und Franzosen, er wolle die Amerikaner verjagen, er wolle die NATO nicht mehr, er stelle zur Bedingung, um überhaupt einer Prüfung näherzutreten, daß die NATO zerschlagen werde, daß England aus der NATO austrete usw. All das seien Lügen, all das habe er niemals gesagt. Er habe lediglich erklärt, wenn eines Tages ein europäisches Europa da sei und bestehe, daß man dann die NATO in ihrer jetzigen Form nicht mehr brauche. Wilson habe im Grunde nichts anderes getan, als eine Partie gegen Frankreich gespielt, er habe Frankreich dazu zwingen wollen, England in die Sechs aufzunehmen, koste es, was es wolle, er habe Deutschland zu getrennten Gesprächen zu bewegen ver-sucht. Im Grunde habe er nichts anderes getan als ein Metier ausgeübt, das England schon so oft ausgeübt habe, nämlich die Europäer und insbesondere Deutsche und Franzosen zu spalten. Dies sei kein gutes Metier. Deswegen sei es jetzt nicht möglich, ernsthafte Gespräche zwischen England und Frankreich abzuhalten. Das habe er den Engländern gesagt. Es sei auch nicht möglich, ei-ne WEU mit Großbritannien zu haben, und darum gehe Frankreich nicht mehr hin. Man müsse seine Konsequenzen ziehen.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, General de Gaulle wisse, daß er selbst niemals das Heil Europas unter einer europäischen Kommission gesehen habe. Des weiteren sei er ebenfalls fest davon überzeugt, wie auch die öffentliche Meinung in Deutschland, daß es notwendig sei, eines Tages ein europäisches Europa zu schaffen. Schon vor 10 Jahren habe er im Bundestag erklärt, die NATO sei kein Dogma, sondern nur ein Mittel, um in einer gegebenen Situation die Sicherheit zu gewährleisten.<sup>9</sup> Vielleicht gebe es Unterschiede in der Prognose hinsichtlich der zeitlichen Abfolge, von wann an man auf die NATO verzichten könnte. Er wisse nicht, ob hier ein echter Unterschied bestehe. Jetzt

<sup>9</sup> Zu den Ausführungen des CDU-Abgeordneten Kiesinger vom 29. Juni 1956 bzw. 23. Januar 1958 vgl. Dok. 67, Anm. 20.

und für absehbare Zeit sei nach deutscher Auffassung die NATO lebenswichtig. Andererseits sei man in Deutschland ebenso überzeugt, daß die gesamte Politik nur dann gelungen sei, wenn eines Tages die NATO überflüssig geworden sein werde.

General *de Gaulle* unterstrich, er habe niemals gesagt, Deutschland solle aus der NATO austreten. Vor einigen Tagen habe er Präsident Nixon gesagt<sup>10</sup>, Frankreich sei der Meinung, daß Deutschland in der NATO sein müsse, und er sei zufrieden, daß Amerika in Deutschland Truppen stationiert habe, ebenso wie Frankreich dies tue. Wenn Frankreich sich aus der militärischen Organisation der NATO zurückgezogen habe,<sup>11</sup> so habe es seine eigenen und besonderen Gründe. Deutschland aber könne selbstverständlich darin verbleiben. Wenn die Engländer in der NATO sein wollten, so sollten sie drin sein. Dasselbe gelte für die Italiener und so weiter. Er sage lediglich, wenn eines Tages ein europäisches Europa und eine europäische Verteidigung beständen, dann sei die NATO nicht mehr notwendig; vielleicht sei dann ein Bündnis mit Amerika notwendig, nicht aber ein amerikanischer Oberbefehl politischer und militärischer Art über Europa. All das habe er Herrn Nixon gesagt, der ihm darauf erwiderst habe: Bravo!

Der Herr *Bundeskanzler* unterstrich, in dieser Meinung seien sich beide völlig einig. Es gebe in jedem europäischen Land sogenannte „Atlantiker“, die nicht nur die NATO meinten, sondern von einer Verschmelzung der beiden Seiten des Atlantik träumten. Er habe sich immer gegen solche Vorstellungen gewandt, denn dies würde das Ende Europas darstellen. In diesem Punkt bestehe daher volle Einigkeit. Er habe im Bundestag deutlich gesagt, Deutschland wolle nicht an einem atlantischen Imperium teilhaben.<sup>12</sup> Ein Zweifel jedoch quäle ihn. Er gebe zu, was *de Gaulle* gesagt habe, seien Realitäten. Möglicherweise seien sogar die von *de Gaulle* aufgezeigten Lösungen jene, die am besten realisiert werden könnten. Dennoch frage er sich, wie man auf derart lose Weise auf die Dauer genügend Gewicht in der Welt erlangen könne, daß es ausreiche, um zwischen den Supermächten von heute und morgen zu bestehen. Diese Sorge teilten in Deutschland viele.

General *de Gaulle* erwiderte, es habe ja eine Zeit gegeben, da Frankreich einen kleinen Anfang für einen Zusammenschluß vorgeschlagen habe.<sup>13</sup> Es habe als Ausgangspunkt den Rahmen der Sechs dafür genommen, weil es eine wirtschaftliche Realität der Sechs gegeben habe und weil die Sechs im Abschluß des Romvertrages<sup>14</sup> die Absicht gehabt hätten, die Grundlage für eine politi-

10 Präsident Nixon besuchte vom 28. Februar bis 2. März 1969 Frankreich.

11 Frankreich schied am 1. Juli 1966 aus der militärischen Integration der NATO aus.

12 Im „Bericht über die Lage der Nation im gespaltenen Deutschland“ führte Bundeskanzler Kiesinger am 11. März 1968 vor dem Bundestag aus: „So stark unsere Bindungen im atlantischen Bündnis, so freundschaftlich unsere Beziehungen zu den Vereinigten Staaten sind, so dürfen wir doch unsere eigene Zukunft und, wie wir meinen, auch die Zukunft eines vereinigten westlichen Europas nicht im festen Gefüge eines nordatlantischen Imperiums suchen. Eine solche Lösung würde die Demarkationslinie, die Deutschland und Europa teilt, in einen dauernden Grenzwall verwandeln. Eine solche Lösung könnte auch die Gefahr eines großen Weltkonflikts in dramatischer Weise steigern.“ Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 66, S. 8169.

13 Zu den Fouchet-Plänen vgl. Dok. 35, Anm. 17 und 21, sowie Dok. 91, Anm. 7.

14 Für den Wortlaut der Römischen Verträge vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 753–1223.

sche Abstimmung zu schaffen. Aus besonderen wirtschaftlichen Gründen könne die Gemeinschaft zwar vegetieren, entwickeln aber könne sie sich nur, wenn eine gewisse politische Einigkeit zwischen den Sechs bestehe. Man stelle dies anhand zahlreicher Themen fest, insbesondere anhand des England-Themas. Deutschland habe unter Bundeskanzler Adenauer diesem Vorschlag damals zugestimmt, mit einer Abstimmung zu beginnen. Das alles aber sei, wie der Herr Bundeskanzler wisse, verhindert worden, und diese Verhinderung gehe nicht zu Lasten Frankreichs, sondern zu Lasten Englands, denn es sei gesagt worden, man dürfe auch nicht den Anfang von irgendetwas Politischem ohne Großbritannien machen. Großbritannien aber hätte geheißen: Amerika. Insfern sei es dann unnütz gewesen, auf diesem Weg weiterzuschreiten, und darum habe Frankreich nicht insistiert. Man müsse wollen. Wenn man ein europäisches Europa wolle, dann lohne es sich, damit anzufangen. In Wahrheit suche er jene, die es wirklich wollten, mit der Laterne, sogar in Deutschland. Dieses Wollen habe nichts zu tun mit Träumereien, die man liebkose, sondern es müsse ein fester Wille sein, auf das Ziel zuzugehen. Vielleicht würden die Europäer eines Tages einfach dazu gezwungen, das sei wohl denkbar. Es sei wohl denkbar, daß morgen ein progressives Arrangement zwischen Amerika und Rußland einsetze, beginnend mit Rüstungsbeschränkungen, dann sich fortsetzend vielleicht über den Status quo in Europa, über den Nahen Osten und andere Bereiche, daß es auf jeden Fall ein direktes und für sich stehendes Verhältnis zwischen Amerika und Rußland gebe. Das werde Konsequenzen für Amerika haben. Die Amerikaner würden sich absetzen, absetzen aus ihren Verpflichtungen in Vietnam, in Israel, in Europa, mindestens in weitem Maße. Vielleicht werde dies eintreten, und vielleicht werde den Europäern dann gar keine andere Wahl bleiben, als sich einander anzunähern, sich abzustimmen, sich zusammenzuschließen. Besser wäre es gewesen, die Europäer hätten dies aus freien Stücken getan. Er sei sehr überrascht gewesen, mit welcher Eindringlichkeit Nixon in seinem Gespräch sich befriedigt über die Situation Frankreichs geäußert und dargetan habe, daß er es gerne hinnehme, daß Frankreich die NATO verlassen habe, sich in einer unabhängigen Lage befindet und nukleare Waffen besitze. Er werte dies als ein Anzeichen, daß in Nixons Auffassung die Zukunft für Amerika nicht im Schutz Europas liege.

Der Herr *Bundeskanzler* merkte an, er habe ähnliche Gespräche mit Nixon geführt<sup>15</sup> und sei fest der Meinung, daß Nixon von der Bedeutung Europas für Amerika überzeugt sei und auch wisse, was es bedeuten würde, wenn Europa unter russische Hegemonie geriete, was einträte, wenn sich die Amerikaner zurückzögen. Eine solche Entwicklung wolle Nixon nicht. Im Gegensatz zu anderen jedoch habe Nixon sehr klargemacht, daß er sich nicht in die europäischen Angelegenheiten einzumischen gedenke. Er habe aber großen Wert auf die Festigung der NATO gelegt, und zwar mehr und klarer als seine Vorgänger. Selbstverständlich wollten die Amerikaner dringend ein vereintes Europa unter Einschluß Großbritanniens, doch habe Nixon hinzugefügt, dies sei etwas, was die Europäer selbst lösen müßten. Er sei überzeugt, sagte der Herr *Bundeskanzler*, daß Amerika nur so lange an dem Schutz Europas interessiert sei,

<sup>15</sup> Vgl. dazu die Gespräche des Bundeskanzlers Kiesinger mit Präsident Nixon vom 26. Februar 1969; Dok. 79–81.

als sein eigenes Interesse dies gebiete, denn jedes Land betreibe die Politik seiner eigenen Interessen. De Gaulle habe gesagt, er suche jene, die ein europäisches Europa nicht nur träumten, sondern wollten, mit der Laterne. Er erwähnte darauf, Deutschland wolle dies ebenso wie de Gaulle, und wenn er selbst sich in einer Situation wie Adenauer bei Entstehen des Gedankens der politischen Union befände, würde er wie Adenauer zustimmen. Leider sei jener Versuch fehlgeschlagen, weil die anderen Europäer nicht mitgemacht hätten. So würde es auch heute aussehen, wenn man ähnliche Absichten hegte.

*De Gaulle* warf ein, der Herr Bundeskanzler habe recht, und Frankreich stelle sich darauf ein.

Der Herr *Bundeskanzler* fuhr fort, man wisse nicht, was die Zukunft bringe, doch sei es sehr wichtig, wenn man sich in der Beurteilung einig sei. Die Geschichte entwickele sich manchmal schneller als gedacht.

Der Herr *Bundeskanzler* machte dann Ausführungen über die deutsche Osteuropapolitik und sagte, es habe sich nicht viel verändert, noch auch Neues ergeben. Er sei weiterhin der Ansicht, obgleich die Dinge heute schwierig seien, es werde sich auf lange Sicht eine gute Chance für eine gemeinsame oder synchronisierte deutsch-französische Anstrengung ergeben. Ohne Illusionen glaube er, daß hier eine langfristige gemeinsame Aufgabe vorliege. Natürlich versuche die Bundesregierung, mit der Sowjetunion ein erträgliches Verhältnis anzubauen. Es sei ganz interessant gewesen, daß es trotz des Nervenkrieges, den die Sowjets wegen der Bundespräsidentenwahl in Berlin begonnen hätten, möglich gewesen sei, vernünftig miteinander zu sprechen und vernünftige praktische Lösungen zu suchen, zu denen beide Seiten ihren Beitrag zu leisten hätten. Zweifellos habe der sowjetische Botschafter<sup>16</sup> sich Mühe gegeben und Moskau sich interessiert gezeigt. Am Schluß allerdings sei der Erfolg versagt geblieben, vielleicht weil der Kontakt zu spät begonnen habe und gewiß auch, weil Ostberlin eine solche Verständigung zwischen der Bundesregierung und Moskau nicht gewollt habe.

*De Gaulle* bemerkte, er sei überzeugt, daß das heutige Sowjetrußland keine Schwierigkeiten mit dem Westen suche, nicht einmal Schwierigkeiten wegen Berlin. Die Gründe dafür lägen klar zutage, sie hießen China, und die heimliche Evolution der Bevölkerung und der Satelliten. Rußland suche also keine Schwierigkeiten mit dem Westen.

Der Herr *Bundeskanzler* stimmte dieser Analyse zu und bemerkte, er habe dem sowjetischen Botschafter gesagt, um das Klima und die Atmosphäre zu verbessern, sollten die beiden Regierungen unter Wahrung der Rechtsstandpunkte zu vernünftigen Gewöhnungen des Zusammenlebens kommen; damit könnten sie zur Entspannung beitragen.<sup>17</sup> Natürlich sei es Voraussetzung, daß dazu jeder seinen Beitrag leiste. Nun sei zunächst abzuwarten. Er habe den Eindruck, daß vielleicht ein gewisser Fortschritt möglich sei und wenn hier ein Beitrag zur Entspannung zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion sowie dem übrigen Osten geleistet werde, komme dies auch allen anderen zugute.

<sup>16</sup> Semjon Konstantinowitsch Zarapkin.

<sup>17</sup> Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem sowjetischen Botschafter Zarapkin am 1. März 1969; Dok. 86.

Die Entscheidung für die Abhaltung der Bundesversammlung in Berlin sei der Bundesregierung nicht leicht gefallen. Auf der einen Seite fühlten sich die 2,3 Millionen Westberliner getrennt und isoliert und hätten den Wunsch, daß die Präsenz bei möglichst vielen Gelegenheiten zum Ausdruck komme, auf der anderen Seite müsse man aber stets bedenken, ob dadurch nicht die Beziehungen verschlechtert würden. Er persönlich habe dazu geneigt, die Bundespräsidentenwahl dieses Mal nicht in Berlin abzuhalten. Nach dem Grundgesetz habe der Bundestagspräsident das Recht zur Einberufung der Versammlung.<sup>18</sup> Im Bundestag habe die Stimmung zugunsten Berlins überwogen, und er (der Herr Bundeskanzler) habe nicht ausreichend Grund besessen, um gegen diese Entscheidung zu protestieren, zumal dadurch innenpolitische Konflikte entstanden wären. Den Russen sei aber seine Einstellung bekannt. Man könne auch anderes tun, um das Verhältnis zu erleichtern. Im übrigen sei nicht viel Neues zu berichten, die Bundesregierung suche behutsam, das Verhältnis mit allen Ländern des Ostens [zu verbessern], ohne dabei jedoch der Sowjetunion die Gelegenheit zu geben, sie zu bezichtigen, sie wolle einen Keil in das kommunistische Lager treiben. Der Herr Bundeskanzler bedankte sich auch für die klare Position, die die französische Regierung im Zusammenhang mit der Bundesversammlung eingenommen habe.

*De Gaulle* warf ein, jedenfalls sei die Angelegenheit ohne Schaden über die Bühne gegangen, und dies sei für alle Beteiligten gut.

Der Herr *Bundeskanzler* fuhr fort, die übrigen Fragen müßten der Zukunft überlassen bleiben. In der Oder-Neiße-Frage seien die beiderseitigen Positionen bekannt und *de Gaulle* wisse, daß für eine politische Entscheidung zunächst die Bewußtseinsbildung im Volk stattgefunden haben müsse. Man könne einen solchen Schritt nicht gegen die Mehrheit des Volkes tun. Man müsse die Dinge sich entwickeln lassen und inzwischen darauf achten, daß sich keine Krise entwickle.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte dann, er würde gerne noch einige Gedanken über die bilateralen Beziehungen der beiden Länder und insbesondere die Wirtschaftslage mit dem General austauschen, denn man sei deutscherseits etwas beunruhigt über eine Reihe von Feststellungen, die man in Frankreich habe hören können, über eine sogenannte deutsche wirtschaftliche Übermacht oder eine Gefahr von Deutschland, welche sich aus der Wirtschaftsentwicklung ergeben könnte.<sup>19</sup> Er beteuere, daß Deutschland nichts weniger wolle als eine derartige Position einzunehmen. Die Bundesregierung wünsche ein gutes Gleichgewicht in Europa. Dies sei außerordentlich wichtig, und er glaube, daß man in den nächsten Monaten versuchen sollte, die besten Köpfe nicht nur aus der Regierung, sondern auch aus der Industrie Überlegungen anstellen zu lassen, auf

18 Für den Wortlaut von Artikel 54 Absatz 4 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 vgl. Dok. 8, Anm. 9.

19 Am 4. Februar 1969 berichtete die Presse, „General de Gaulle und seine Mitarbeiter sorgen sich über die politischen Auswirkungen der Wirtschaftsmacht der Bundesrepublik in Europa“. Der Verlauf der Währungskonferenz im November 1968 sowie „die Erkenntnis, daß der Abstand zwischen der deutschen und französischen Industrieproduktion im letzten Jahrzehnt erheblich gewachsen sei, hätten die Skepsis de Gaulles abgerundet“. Die Konsultationsgespräche am 13./14. März 1969 würden deshalb „auf französischer Seite ohne Hoffnungen erwartet“. Vgl. den Artikel „Französische Sorgen über die Wirtschaftsmacht Bonns“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 4. Februar 1969, S. 5.

welche Weise ein gutes Gleichgewicht erzielt werden könne. Gerade am Vortrage habe er mit führenden deutschen Industriellen gesprochen<sup>20</sup> und ihnen gesagt, seine Vorstellung des zukünftigen Europa sei nicht etwa die, daß man einen Gemeinsamen Markt schaffe, um dann begünstigt durch die weggefallenen Zollschränken nur einen umso heftigeren Konkurrenzkampf zwischen den Volkswirtschaften der einzelnen Länder auszufechten. Er habe bei den Industriellen sehr viel guten Willen und Bereitschaft gefunden. Sie hätten ihn gebeten, dem General diesen Vorschlag zu machen, daß die besten Köpfe aus den beiden Verwaltungen und der Industrie der beiden Länder stärker als bisher miteinander Kontakt aufnähmen, um die eben aufgezeigte Entwicklung zu vermeiden.

Angesichts der Zeit schlug General *de Gaulle* vor, das Gespräch sofort nach dem Mittagessen fortzusetzen.

Dieser Teil des Gesprächs endete um 13.15 Uhr.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 31**

## 100

### **Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit Staatspräsident de Gaulle in Paris**

**Z A 5-36.A/69 geheim**

**13. März 1969<sup>1</sup>**

Der Herr Bundeskanzler setzte am 13. März 1969 um 15 Uhr in Paris sein Gespräch mit Staatspräsident de Gaulle unter vier Augen fort.

General *de Gaulle* kam auf die Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers zu Ende des Vormittagsgesprächs<sup>2</sup> zurück und sagte, hinsichtlich der Wirtschaftslage gebe es Tatsachen, die nicht zu ändern seien. Zunächst einmal sei Deutschland ein großes industrialisiertes Land schon seit langem. Damit sei es mit seinen Unternehmern, seiner Bevölkerung und seiner Infrastruktur für die industrielle Produktion, den Handel und insbesondere Export bestens gerüstet. Dies liege in der Natur Deutschlands und stelle die deutsche Realität dar. Frankreich sei sehr viel später als Deutschland in die Phase der Großindustrie eingetreten. Es sei sehr viel länger ein Agrarland gewesen mit bedeutend weniger Großstädten und Großunternehmen. So gebe es in Frankreich nichts, was dem ungeheuren Komplex der Ruhr oder früher Schlesiens vergleichbar sei. Zur Industrialisierung habe Frankreich Zeit gebraucht und müsse auch heute

<sup>20</sup> Bundeskanzler Kiesinger führte am 12. März 1969 ein Gespräch mit dem Vorsitzenden des BDI, Berg.

<sup>1</sup> Durchdruck.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Kusterer am 18. März 1969 gefertigt.

<sup>2</sup> Vgl. Dok. 99.

noch Anstrengungen unternehmen, die in Deutschland schon längst getan seien. So müsse es zum Beispiel zur Industrialisierung seiner Landwirtschaft noch viel tun, obwohl schon manches getan worden sei. Um sich in der Psychologie der Großindustrie und des „big business“ zurechtzufinden, müsse es Dinge tun, die Deutschland nicht mehr zu tun brauche. Industriell und handelsmäßig habe Deutschland daher einen Vorsprung. Frankreich wisse das und nehme es hin. Natürlich treffe Frankreich bei seiner Industrialisierungsbemühung auf Schwierigkeiten wegen der Landwirtschaft und wegen eines nicht so leistungsfähigen Unternehmertums wie Deutschland. Insgesamt gesehen gebe es in Frankreich viel mehr Kleinbetriebe als in Deutschland. Gewiß mache Frankreich seine Anstrengungen, doch gehe dies nicht ohne Schwierigkeiten ab. Dennoch sei Frankreich mit der Bundesrepublik in den Gemeinsamen Markt gegangen. Für Frankreich habe dies einen Sprung ins Ungewisse bedeutet, denn es habe nicht wissen können, ob es in der Lage sein werde, der deutschen Industrie standzuhalten. Natürlich habe es gewisse Vorkehrungen in der Wirtschaftsgemeinschaft gegeben, aber Frankreich habe nicht wissen können, ob diese zum Tragen kommen würden. Im übrigen sei es für Frankreich aus diesen Gründen unerlässlich, auch die Landwirtschaft in die Gemeinschaft einzubeziehen, eine Frage, die auch für Deutschland wichtig sei, jedoch nicht so bedeutend wie für Frankreich. Trotz all dieser Probleme habe Frankreich die Gemeinschaft mitgeschaffen und praktiziere sie, d.h. den Wegfall der Zollschränken und den freien Handel. Nichts aber könne verhindern, daß Deutschland entwickelter dastehe als Frankreich. Daraus ergebe sich für Frankreich stets eine gewisse Zurückhaltung und Vorsicht gegenüber der deutschen Wirtschaftskraft, denn es wolle ja nicht von der deutschen Industrie überflutet werden. Hierin ruhe im Grund die französische Psychologie und damit seine Politik. Es habe sich herausgestellt, daß ein gemeinsames Wirtschaftsleben möglich sei. Vielleicht gebe es Dinge, die man aktiver betreiben könnte, um Wirtschaftsbande besonderer Art zwischen Frankreich und Deutschland zu schaffen, die sich nicht nur auf das Handelsvolumen gründeten, sondern ihren Ausdruck in gewissen gemeinsamen Unternehmen fänden. Natürlich müsse Frankreich dabei vorsichtig sein, lehne aber eine solche Zusammenarbeit keineswegs ab, habe sie im Gegenteil oft vorgeschlagen. Man habe nun in Frankreich den Eindruck, daß man deutscherseits dieser Sache nicht voll aufgeschlossen sei, zunächst einmal, weil Deutschland das gar nicht nötig habe und somit die Neigung nicht sehr groß sei, sodann weil Deutschland mehr als Frankreich im Ausland Möglichkeiten habe und es Deutschland somit mehr oder weniger gleichgültig sei, ob es etwas mit England oder mit Frankreich mache. Dies sei verständlich. Es sei allerdings dann keine präferentielle Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern. Auch Frankreich unternehme gewisse Dinge mit anderen Ländern als Deutschland, so den Bau der Concorde mit England<sup>3</sup>, die Hubschrauberherstellung mit England<sup>4</sup> sowie den Versuch mit England und

<sup>3</sup> Im November 1962 vereinbarten Frankreich und Großbritannien den Bau eines Überschall-Verkehrsflugzeugs („Concorde“). Am 2. März 1969 fand in Toulouse der erste Probeflug statt. Vgl. dazu den Artikel „Der Erstflug der Concorde“, NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Fernausgabe vom 4. März 1969, S. 4.

<sup>4</sup> Am 2. April 1968 unterzeichneten der französische Verteidigungsminister Messmer und der britische Botschafter Reilly eine Ergänzung zum britisch-französischen Vertrag vom 16. Januar 1967 über

Deutschland, Raketen zu bauen, um Satelliten in Umlauf zu bringen, der leider fehlgeschlagen sei<sup>5</sup>. Auch für die Herstellung von angereichertem Uran sei Frankreich bereit gewesen, etwas mit Deutschland zu tun.<sup>6</sup> Deutschland habe es vorgezogen, das mit England zu machen, und es habe gewiß seine Gründe dafür.<sup>7</sup> Auch im Erdölbereich habe Frankreich geglaubt, daß vielleicht eine praktische Verbindung möglich sei, doch habe das nicht geklappt.<sup>8</sup> Jetzt stehe die Frage des Airbus an.<sup>9</sup> Frankreich sage zu dieser Zusammenarbeit nicht nein. Man habe gedacht, daß auch England daran teilnehmen sollte, doch wisse man nie, was die Engländer eigentlich im Sinne hätten, denn sie hätten immer so viel Hintergedanken. Man könne natürlich nicht endlos zuwarten, sonst gebe es einen amerikanischen Airbus, und damit wäre der Markt verloren. Man müsse sich daher schnell entscheiden. Zusammenfassend wolle er sagen, daß deutscherseits keine besondere Neigung zu bestehen scheine, mit Frankreich eine besonders geartete Zusammenarbeit zu praktizieren in diesem Bereich, jedenfalls seien solche Unterfangen bisher meist fehlgeschlagen. Im Rüstungssektor sei die Lage nicht viel anders. Frankreich erzeuge seine Waffen selbst, würde sie gerne mit Deutschland erzeugen, Deutschland aber kaufe seine Waffen von Amerika. Das einzige, was man infolgedessen gemeinsam getan habe, sei das Transall-Flugzeug.<sup>10</sup> So jedenfalls sehe er die Lage.

Der Herr *Bundeskanzler* unterstrich, er wolle nicht die Legende von der wirtschaftlichen Übermacht der Bundesrepublik unterstützen. Er höre oft die These, Deutschland sei ein sehr reiches Land. Er meine aber, daß Frankreich auch

*Fortsetzung Fußnote von Seite 378*

eine Zusammenarbeit bei der Fabrikation von drei Hubschraubertypen. Demnach sollte die französische Firma Sud-Aviation den Beobachtungshubschrauber SA 340 und den taktilischen Hubschrauber SA 350 produzieren, die britische Firma Westland hingegen den Mehrzweckhubschrauber WG 13. Vgl. dazu das Schreiben des Gesandten Limbourg, Paris, vom 6. Mai 1968 an das Auswärtige Amt; Referat II A 7, Bd. 1173.

5 Am 1. Dezember 1968 scheiterte der Versuch der ELDO, mit der dreistufigen Trägerrakete „Europe 1“ erstmals einen Satelliten in die Erdumlaufbahn zu bringen. Die von der Bundesrepublik entwickelte dritte Stufe „Astris“ zündete nur für sieben Sekunden, so daß der Versuchssatellit die Umlaufbahn nicht erreichte. Vgl. dazu den Artikel „ELDO-Rakete war nur ein Teilerfolg“, DIE WELT vom 2. Dezember 1968, S. 4.

6 Am 23. Januar 1968 informierte Ministerialdirektor Frank, daß bereits in den fünfziger Jahren Überlegungen hinsichtlich einer europäischen Zusammenarbeit beim Bau einer Isotopen trennanlage angestellt worden seien, die wegen der ungewissen Aussichten für die Kernenergieentwicklung aber zu keinem konkreten Ergebnis geführt hätten: „Dies war auch der Grund dafür, daß ein 1957 von der französischen Regierung gemachter Vorschlag, zusammen mit Frankreich eine Isotopen trennanlage zu bauen, von der Bundesregierung nicht mit einer Zusage, sondern hinhaltend beantwortet wurde. Als weiterer Grund trat hinzu, daß den Überlegungen innerhalb der im Entstehen begriffenen Europäischen Atomgemeinschaft nicht vorgegriffen werden sollte. Die Franzosen bauten daraufhin die geplante Isotopen trennanlage allein. Sie wurde in Pierrelatte errichtet und arbeitet für militärische Zwecke. (Es ist heute müßig, darüber zu spekulieren, wie sich die nukleare Lage in Europa entwickelt hätte, wenn die Bundesrepublik damals auf das französische Angebot eingegangen wäre.“) Vgl. VS-Bd. 4375 (II B 3); B 150, Aktenkopien 1968.

7 Zum deutsch-britisch-niederländischen Projekt einer Gasultrazentrifuge vgl. zuletzt Dok. 98.

8 Zur gescheiterten Übernahme des im Besitz der Dresdner Bank befindlichen Aktienpakets der Gelsenberg AG durch die französische Erdöl-Gesellschaft Compagnie Française des Pétroles (CFP) vgl. Dok. 9 und Dok. 48.

9 Am 26. September 1967 wurde von Vertretern Großbritanniens, Frankreichs und der Bundesrepublik eine Vereinbarung über die gemeinsame Entwicklung eines Großraumflugzeugs für Kurz- und Mittelstrecken („Airbus“) unterzeichnet. Vgl. dazu BULLETIN 1967, S. 894.

10 Am 4. Juni 1964 erzielten der französische Verteidigungsminister Messmer und Bundesminister von Hassel in Bonn eine Einigung über die gemeinsame Produktion des Transportflugzeuges „Transall“. Vgl. dazu BULLETIN 1964, S. 828. Vgl. dazu ferner AAPD 1964, II, Dok. 251.

heute noch reicher sei als Deutschland. Zwar sei Deutschland heute liquider als manches andere Land, aber es sei nicht reicher. Es stimme auch, daß heute die industrielle Entwicklung Deutschlands der Frankreichs ein bißchen vorausgeilt sei. Dies sei eine lange Geschichte. Frankreich habe tatsächlich früher mit der Industrialisierung begonnen als Deutschland. Aber die Situation könne sich in diesem Bereich sehr oft schnell ändern. Ein Land wie Baden-Württemberg, das sehr viel später mit der Industrialisierung begonnen habe als die Ruhr, sei heute stärker industrialisiert. Ein Unterschied liege auch darin, daß Deutschland zehn Millionen in der Landwirtschaft tätig habe, Frankreich 20 Millionen (oder bei Abzug der extrem kleinen Betriebe in der Bundesrepublik 6 und in Frankreich 16 Millionen). Aber seit 1948 sei die Hälfte der landwirtschaftlichen Arbeiter in die Industrie gegangen. Ein ähnlicher Prozeß werde sich zweifellos auch in Frankreich vollziehen. Er stelle allerdings auch fest, daß die beiden Länder in der Vergangenheit dieser Situation bei der präferentiellen Zusammenarbeit noch nicht genug Rechnung getragen hätten. Er wolle unter allen Umständen vermeiden, daß etwa durch den Gemeinsamen Markt die Voraussetzung für einen unerwünschten Konkurrenzkampf der beiden Volkswirtschaften geschaffen werde. Es gebe eine Zusammenarbeit in vielen Gebieten. Sehr viel Gemeinsames auf dem Rüstungssektor sei noch nicht geschehen, doch sei dies darauf zurückzuführen, daß die Bundesrepublik in der NATO sei und die amerikanischen Devisenausgaben irgendwie wettmachen müsse. Dennoch habe er das Gefühl, daß es auch versäumte Gelegenheiten in der Vergangenheit gegeben habe. Im Rückblick gebe er zu, daß gewisse Möglichkeiten hätten genutzt werden sollen. Ganz offen gestanden hätte er persönlich es vorgezogen, wenn das Ölprojekt zustande gekommen wäre. Gerade dieses Projekt zeige aber, wie sehr viel sorgfältiger man rechtzeitig gemeinsam vorzugehen habe. Er glaube, daß manches in der Zukunft getan werden könne. Er meine, daß der Airbus gebaut werde, wobei er auch noch nicht sagen könne, ob Großbritannien mitmachen werde. Gewiß aber sei es notwendig, daß im industriellen Bereich, getragen von Industrie und Verwaltung, ein neuer Anlauf gemacht werde. Die deutschen Industriellen seien absolut guten Willens. Natürlich gebe es viele Schwierigkeiten; so seien die Organisationsformen auf beiden Seiten unterschiedlich und die französischen Unternehmer hätten andere Gewohnheiten als die deutschen. Wo immer er aber mit Industriellen spreche, finde er nirgends eine Haltung eines nationalen Wirtschaftsegoismus, sondern vielmehr die Bereitschaft, das Nötige zu tun, um ein ungefähres Gleichgewicht zwischen den beiden Volkswirtschaften zu erreichen. Er sei in dieser Beziehung heute optimistischer als noch vor einiger Zeit. Er schlage daher vor, daß man diesem Problem in nächster Zukunft besondere Aufmerksamkeit zuwende.

General *de Gaulle* fragte, wie man das anstellen solle, durch welche Mittel? Man habe eine Kommission geschaffen.<sup>11</sup> Er wisse nicht, was dort an Arbeit bisher geleistet worden sei; sehr viel sei es wohl nicht.

<sup>11</sup> Die Bildung eines deutsch-französischen Ausschusses für wirtschaftliche und industrielle Zusammenarbeit wurde während der Konsultationsbesprechungen am 12./13. Juli 1967 vereinbart. Vgl. dazu AAPD 1967, II, Dok. 261.

Zur Zusammensetzung des Ausschusses vgl. BULLETIN 1968, S. 182.

Der Herr *Bundeskanzler* erinnerte an sein Gespräch mit deutschen Industriellen am Vortage<sup>12</sup> und sagte, die Kommission müßte von beiden Seiten besser organisiert werden. Zunächst müßte man sowohl von Regierungs- als auch von Industrieseite erstklassige Leute dorthin entsenden. Tue man dies und werde ein neuer Versuch unternommen, werde man zweifellos zu Ergebnissen gelangen. Es fehle nicht am guten Willen, der auf allen Seiten vorhanden sei, sondern es fehle ein gewisser Anstoß. Wo soviel guter Wille bestehe, sollte man ihn auch ausnutzen.

General *de Gaulle* führte aus, grob gesagt gebe es zwei Möglichkeiten für eine echte industrielle Zusammenarbeit: zunächst einmal den Bereich des schon Bestehenden, wo auf beiden Seiten (z.B. Automobil-Industrie) gewisse Dinge schon vorhanden seien. Hier mache leider jeder vor sich hin. Ein zweiter Bereich seien neue Dinge, die bisher noch nie geschehen seien, so z.B. der Bau gewisser Flugzeuge (Airbus), Zusammenarbeit im Satellitenbereich für das Fernmeldewesen usw. Hier könnten echte Neuerungen geschaffen werden. Wolle man etwas gemeinsam tun, so sei dies in erster Linie Angelegenheit der Regierungen, denn diese müßten beschließen, daß Deutschland und Frankreich dies oder jenes gemeinsam tun wollten. Sei dies geschehen, so wüßten Industrielle und Techniker genau, wohin der Hase laufe. Lasse man sie einfach machen, so gehe jeder seinen eigenen Weg, mache vielleicht mal mit dem anderen etwas Gemeinsames, aber das ganze trage dann nicht das Merkmal einer organisierten Zusammenarbeit.

Der Herr *Bundeskanzler* kam dann auf die Koordinatoren zu sprechen, denen er eine besondere Bedeutung beimesse. Für ihn als Regierungschef sei es immer schwerer, die Vielfalt der Probleme und Beziehungen zu überblicken. Beim deutschen Regierungssystem bestehe immer etwas die Gefahr, daß die linke Hand nicht wisste, was die rechte tue. Oft erfahre man zu spät, was geschehe oder versäumt worden sei. Selbst der Außenminister wisse oft nicht, was die Wirtschafts-, Finanz-, Wissenschafts- oder Landwirtschaftsminister täten. Darum komme gerade auf deutscher Seite dem Koordinator so große Bedeutung zu. Selbstverständlich müsse dieser dem Auswärtigen Amt unterstehen, jedoch das direkte Vortragsrecht beim Bundeskanzler haben. Seine Aufgabe bestehে darin, alle Bewegungen der Ressorts und auch den kulturellen Bereich zu verfolgen und den Regierungschef über alles auf dem laufenden zu halten. Er bitte darum General *de Gaulle*, ob das System der Koordinatoren nicht ernsthaft realisiert werden könne.

General *de Gaulle* bemerkte, man könne dies ja einfach anlässlich dieses Besuchs des Bundeskanzlers beschließen. Vielleicht gebe es sogar einen konkreten Beschuß, den man aus diesem Anlaß treffen könne. Ein Thema, das sich dafür anbiete, sei das Transportflugzeug. Man könne sagen, daß die beiden Regierungen sich einig seien, daß Deutschland und Frankreich dieses Flugzeug bauen werden. Er wolle den Herrn Bundeskanzler noch auf ein anderes Flugzeug ansprechen, auf das Flugzeug mit verstellbaren Tragflächen. Herr Das-

12 Bundeskanzler Kiesinger führte am 12. März 1969 ein Gespräch mit dem Vorsitzenden des BDI, Berg, und dem Präsidiumsmitglied des BDI, Wagner.

sault habe an die deutschen Industriellen die Frage gestellt, ob man dieses Flugzeug nicht zusammen bauen könne. Vielleicht lasse sich das machen.<sup>13</sup>

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, über den Airbus sei mit Wilson gesprochen worden. Die Absicht sei ja, diesen zu dritt zu bauen. Herr Wilson habe erwideret, das Projekt sei noch nicht reif, man sei noch nicht sicher, ob es einen Markt dafür gebe, und er wolle die Sache deswegen nicht übereilen.<sup>14</sup> Andererseits wollten die Engländer sich noch nicht endgültig zurückziehen. Er (der Herr *Bundeskanzler*) würde daher sagen, Deutschland und Frankreich sollten beschließen, den Airbus auf alle Fälle gemeinsam zu bauen; dabei seien sie bereit, es mit England zu machen, wenn England wolle, wolle England aber nicht, würden die beiden Länder es zu zweit tun.

General *de Gaulle* bemerkte, man müsse hier eine Frist setzen, bis zu der England sich entscheiden müsse. Die britische Entscheidung in dieser Frage hänge nämlich an besonderen Überlegungen. Es gebe ja in England die Rolls-Royce-Motorenindustrie, und diese habe große Hoffnung, in Zusammenarbeit mit Amerika einen Airbus zu bauen, der mit Rolls-Royce-Motoren versehen wäre. Deswegen ließen die Engländer Deutschland und Frankreich warten, um zu sehen, ob das amerikanische Projekt gelinge. Die Amerikaner ihrerseits hätten es aber nicht eilig, und also müßten alle anderen einfach warten.

Der Herr *Bundeskanzler* stimmte General *de Gaulle* zu, daß man ein entsprechendes Verfahren finden müsse. Man könne es nicht hinnehmen, abwarten zu müssen, bis London ganz sicher sei, welches der beiden Projekte nun ins Leben gerufen werde. Er sei also bereit zu sagen, falls in naher Zukunft Großbritannien nicht ja gesagt habe, würden die beiden Länder das Projekt allein verwirklichen.

General *de Gaulle* merkte noch an, es wäre natürlich besser, wenn man es gemeinsam mit England machen könnte, aber England müsse sich nun mal entscheiden. Auch die ELDO habe sich Monate und Jahre hingezogen, und selbst jetzt sei man noch nicht sicher, ob England ihr die Blue Streak<sup>15</sup> verkaufen

<sup>13</sup> Mit Schreiben vom 13. Dezember 1968 teilte Bundesminister Schröder Bundeskanzler Kiesinger mit, Frankreich habe an dem von der Bundesrepublik, Großbritannien, Italien und den Niederlanden konzipierten „Neuen Kampfflugzeug“ (NKF) „besonderes Interesse“ gezeigt. Schröder wies jedoch darauf hin, daß noch nicht abzusehen sei, ob Frankreich die Bedingungen für eine Teilnahme an dem auch als MRCA (Multi Role Combat Aircraft) bezeichneten Projekt akzeptieren würde: „Da Frankreich für den Nukleareinsatz die Mirage G entwickelt hat und die Aufgabe der Erdkampfunterstützung, die dem NKF hauptsächlich zugedacht ist, in der französischen Luftwaffe künftig weitgehend von dem in französisch-britischer Gemeinschaftsarbeitsentwickelten Flugzeug ‚Jaguar‘ übernommen werden soll, muß angenommen werden, daß das französische Interesse am Neuen Kampfflugzeug weniger militärischer als rüstungswirtschaftlicher Natur ist. So habe Frankreich bereits für den Fall eines Ausscheidens Großbritanniens an dem NKF/MRCA-Programm eine industrielle Zusammenarbeit mit der Firma Dassault auf der Grundlage des von dieser Firma entwickelten Konzepts eines Experimentalflugzeuges Mirage G angeboten.“ Vgl. Referat 201, Bd. 1792.

Zum NKF/MRCA-Projekt vgl. auch Dok. 27, Anm. 8. Zu den französischen Bemühungen um eine Aufnahme in das NKF/MRCA-Konsortium vgl. ferner Dok. 129.

<sup>14</sup> Für die Ausführungen des Premierministers Wilson anlaßlich einer Besprechung im größeren Kreis mit Bundeskanzler Kiesinger am 13. Februar 1969 vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Wimmers über die Besprechungen am 12./13. Februar 1969; VS-Bd. 2750 (I A 5); B 150, Aktenkopien 1969.

<sup>15</sup> Großbritannien, das für den Bau der ersten Stufe („Blue Streak“) der europäischen Trägerrakete zuständig war und 27% des Jahresbudgets der ELDO trug, kündigte auf der Tagung des Rats der ELDO am 11. Juli 1968 an, die durch Überschreitung des ursprünglichen Kostenvoranschlags ent-

werde, denn auch da sehe England die Dinge in der Perspektive eines Arrangements mit Amerika.

Zum Dassault-Projekt bemerkte der Herr *Bundeskanzler*, er kenne dieses Vorhaben, das jetzt im Bundesverteidigungsministerium geprüft werde. Was daraus werde, könne er jetzt noch nicht sagen. Das Verteidigungsministerium sage ihm häufig, die militärische Konzeption Frankreichs und Deutschlands sei zu unterschiedlich.<sup>16</sup> Er meine aber, daß man die Sache sorgfältig prüfen sollte. Vielleicht könne man im Gespräch mit den Ministern feststellen, wie weit dies gediehen sei.

General *de Gaulle* kam erneut auf das angereicherte Uran zu sprechen und bemerkte, eine Zeitlang habe es so geschienen, daß Deutschland für ein deutsch-französisches Projekt sei. Ganz plötzlich habe Herr Stoltenberg dann Herrn Galley gesagt, jetzt sei es zu spät, Deutschland mache das jetzt mit Holland und England.

Der Herr *Bundeskanzler* betonte, hier liege ein Fall vor, wo er sagen müsse, daß die deutsche Seite ihm eine andere Darstellung gegeben habe. Nach dieser Darstellung habe es auf französischer Seite an dem notwendigen Willen zur Zusammenarbeit gefehlt. Es sei dies der Fall, wo er gerade besser informiert sein wolle über das, was tatsächlich war.

General *de Gaulle* bemerkte, der Tatbestand sei recht einfach. Frankreich produziere in Pierrelatte angereichertes Uran mit dem Isotopentrennverfahren. Die Erzeugung reiche zwar für die Force de frappe, nicht aber für die Atomstromherstellung aus. Es wolle nun diese Erzeugung vermehren. Dazu seien neue Fabriken erforderlich. Frankreich habe der Bundesrepublik eine Beteiligung an diesen Fabriken und damit eine Teilhabe an dem dort erzeugten Uran angeboten.<sup>17</sup> Plötzlich seien dann die Engländer gekommen und hätten den Deutschen gesagt, sie hätten ein wunderbares Verfahren entwickelt, und jetzt müsse man schnell in Holland ein deutsch-englisch-holländisches Herstellungs-zentrum bauen, um dieses Gaszentrifugenverfahren anzuwenden.<sup>18</sup>

*Fortsetzung Fußnote von Seite 382*

standenen Mehrkosten nicht mitzutragen. Zur dadurch entstandenen Krise vgl. AAPD 1968, II, Dok. 325.

<sup>16</sup> Bundesminister Schröder führte in einem Schreiben vom 13. Dezember 1968 an Bundeskanzler Kiesinger aus, die von Frankreich angestrebte Intensivierung der Rüstungszusammenarbeit mit der Bundesrepublik werde „dadurch erheblich erschwert, daß uns mit Frankreich – anders als mit den übrigen NATO-Partnern – kein gemeinsames strategisches Konzept für die Verteidigung Europas verbindet, so daß eine Kooperation häufig bereits an mangelnder gemeinsamer Auffassung über die notwendigen militärischen Mittel und über die an die Rüstung zu stellenden militärischen Forderungen scheitert“. Vgl. Referat 201, Bd. 1792.

<sup>17</sup> Referat I B 1 notierte am 27. Januar 1969, alle Versuche mit Frankreich über eine Beteiligung an der auf dem Gasdiffusionsprinzip basierenden Urananreicherungsanlage in Pierrelatte zu sprechen, seien in der Vergangenheit vergeblich gewesen, „da Präsident de Gaulle die Preisgabe jeglicher technischer Informationen über das Diffusionsverfahren an Deutschland untersagt hatte“. Auch das Projekt einer gemeinsamen Anlage der EG-Staaten sei aus diesen Gründen gescheitert. In einem Schreiben vom 2. Dezember 1968 an Bundesminister Stoltenberg habe dessen französischer Amts-kollege Galley „das Zentrifugenverfahren als ‚nicht annähernd so interessant wie die Gasdiffusion‘ und ‚wenig optimistisch‘ beurteilt“. Er habe gleichwohl vorgeschlagen, „der französischen Seite umfassende Informationen für einen Methodenvergleich zur Verfügung zu stellen“. Ein Besuch von deutschen Experten in Paris sei aber im Januar 1969 vom französischen Forschungsministerium abgesagt worden. Vgl. Referat I A 6, Bd. 332.

<sup>18</sup> Staatssekretär Harkort führte am 17. März 1969 in einem Schreiben an Bundesminister Stoltenberg aus: „Der Herr Bundeskanzler berichtete am 13. März abends, d. h. am Ende des ersten Tages

Der Herr *Bundeskanzler* betonte, dies zeige wiederum, wie wichtig es sei, derartige Projekte nicht den Ressorts zu überlassen, sondern die Beschußfassung den Regierungschefs vorzubehalten. Er werde dies in Zukunft in Deutschland so halten. Auch da hätten die Koordinatoren eine große Aufgabe.

Der Herr *Bundeskanzler* kam dann auf die Frage der Zusammenarbeit bei der Raumordnung im Gebiet Lothringen-Saarland-Pfalz<sup>19</sup> zu sprechen. Auf deutscher Seite sei die Infrastruktur in diesem Gebiet unzureichend und wahrscheinlich werde ein Kanalbau erforderlich. Auch auf französischer Seite gebe es ein Strukturkonzept, und vielleicht wäre es gut, diese beiden Programme abzustimmen.

General *de Gaulle* erwiederte, gegen eine Abstimmung der beiden Programme sei nichts einzuwenden. Auch der Moselkanal sei ja gemeinsam gebaut worden<sup>20</sup> und habe sich als nützlich erwiesen. Man könne derartige Projekte auch in anderer Weise bilateral praktizieren. Er fragte dann, auf welche Weise diese Abstimmung geschehen könne.

Der Herr *Bundeskanzler* meinte, man könne ein gemeinsames Komitee einsetzen, das deutscherseits durch einen Vertreter der Bundesregierung und Vertreter der Länder zu besetzen wäre unter Hinzuziehung eventueller Vertreter der Privatindustrie. Vielleicht könne es auf französischer Seite ähnlich gemacht werden.

General *de Gaulle* sagte, man könne diese Frage sehr wohl gemeinsam prüfen.

Der Herr *Bundeskanzler* unterstrich noch einmal sein Anliegen, die deutsch-französische Industriekommission wirkungsvoller zu machen; er wäre froh, wenn *de Gaulle* dazu ja sagen würde.

General *de Gaulle* stimmte dem gerne zu und fragte, auf welche Weise dies geschehen solle.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, es gehe in erster Linie darum, diese Kommission von beiden Seiten und aus beiden Bereichen mit erstklassigen Leuten zu besetzen, die auch engagiert seien. Auf deutscher Seite könne er dies erreichen.

General *de Gaulle* fragte, an wen der Herr *Bundeskanzler* zum Beispiel denke.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiederte, am Vortage habe er mit Herrn Berg und Herrn Wagner gesprochen, der sehr engagiert sei. Es gebe auch noch andere. Es gebe gerade in der deutschen Industrie führende Leute, die in deutsch-französischen Fragen sehr engagiert seien. Aus den Ministerien müsse man höchste Beamte nehmen, vor allem Leute, bei denen man gewiß sein könne, daß sie die Sache voranbringen wollten. Eine sorgfältige Auswahl sei hier notwendig.

#### *Fortsetzung Fußnote von Seite 383*

der Pariser Besprechungen, der erstaunten deutschen Delegation, General *de Gaulle* habe ihm gesagt, Frankreich interessiere sich für die Gasultrazentrifuge. Keiner der Anwesenden hatte bis dahin etwas anderes gehört, als daß die Franzosen nicht interessiert seien. Am nächsten Tag fragte ich meinen Tischnachbarn Minister Galley nach der französischen Einstellung. Seine Antwort war: „Wir halten nichts von der Gasultrazentrifuge, umso weniger, als wir in Pierrelatte schon lange nach einem anderen Verfahren arbeiten.“ – Die gleiche Antwort hat Minister Galley übrigens auch Herrn Minister Schiller gegeben, der ihn seinerseits befragt hat.“ Vgl. Referat I A 6, Bd. 348.

<sup>19</sup> Vgl. dazu Dok. 94, Anm. 23.

<sup>20</sup> Am 27. Oktober 1956 schlossen Bundesminister Brentano, der französische Außenminister Pineau und der luxemburgische Außenminister Bech ein Abkommen über die Schiffsbarmachung der Mosel. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1956, Teil II, S. 1838–1862.

General *de Gaulle* stimmt dem zu.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte dann, er habe mit Bedauern erfahren, das die kulturelle Zusammenarbeit unbefriedigend sei und man vor allem in der Sprachenfrage nicht weiter komme. Er wisse aus seiner früheren Tätigkeit<sup>21</sup>, wie schwierig das sei; dennoch könne man Fortschritte machen. Er habe die Dinge nun seit einiger Zeit nicht mehr verfolgen können, werde aber darauf achten in Zusammenarbeit mit den Länderregierungschefs, daß jemand diese Dinge in die Hand nehme, der es mit Engagement und nicht nur als Pflichtübung betreibt.

General *de Gaulle* sagte, in Frankreich seien hinsichtlich des Erlernens der deutschen Sprache eindeutige Fortschritte zu verzeichnen. Die Zahl der höheren Schüler, die Deutsch wählten, steige stetig. Derselbe Fortschritt lasse sich in Deutschland nicht feststellen.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er werde diese Sache näher prüfen und vergleichen lassen. Selbstverständlich wolle er einen gleichmäßigen Fortschritt in beiden Ländern. Die Problematik der föderativen Struktur sei dem General allerdings auch bekannt.

Das Gespräch endete um 16.00 Uhr.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30100 (56), Bd. 31**

## 101

### **Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit Ministerpräsident Couve de Murville in Paris**

**Z A 5-38.A/69 geheim**

**13. März 1969<sup>1</sup>**

Der Herr Bundeskanzler führte am 13. März 1969 um 16.10 Uhr im Hôtel Maignon in Paris ein Gespräch mit dem französischen Premierminister Couve de Murville im Beisein des deutschen Botschafters von Braun sowie eines Mitglieds des Kabinetts des französischen Premierministers.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er habe mit General *de Gaulle* über Europa, die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und Frankreich und etwas über den Ärger in der WEU gesprochen.<sup>2</sup> Seinerseits habe er die deutsche Ostpolitik erläutert, wo es nicht viel Neues gebe, sowie die deutschen Vorstellungen bei der Wahl des Orts für die Bundespräsidentenwahl dargetan. Was Europa an-

<sup>21</sup> Kurt Georg Kiesinger war von 1963 bis 1966 Bevollmächtigter der Bundesrepublik für die deutsch-französische Zusammenarbeit auf kulturellem Gebiet im Rahmen des deutsch-französischen Vertrags.

<sup>1</sup> Durchdruck.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Kusterer am 18. März 1969 gefertigt.

<sup>2</sup> Vgl. dazu Dok. 99 und Dok. 100.

belange, so sei man sich beiderseitig weiterhin einig, ein europäisches und unabhängiges Europa zu wollen. General de Gaulle habe gesagt, jene, die es wollten, suche er mit der Laterne, sogar in Deutschland. Darauf habe er erwidert, er sehe die Dinge nicht so skeptisch, jedoch habe man in den letzten zweieinhalb Jahren auf der Stelle getreten, da stets die Frage des britischen Beitriffs im Raum gestanden habe und man alle Hände voll zu tun gehabt habe, Versuche abzuwehren, das Problem durch die Hintertür zu lösen, wo es doch nur durch das Hauptportal zu machen sei. Die Bundesregierung habe wegen dieser abwehrenden Haltung viel Kritik hinnehmen müssen, doch sei ihre Haltung heute weithin akzeptiert. Es sei natürlich schade, daß man wegen dieser Frage auf der Stelle habe treten müssen. Er habe dem General des weiteren gesagt, Deutschland teile nicht die Auffassung, daß es eine Veränderung der Qualität der Gemeinschaft darstellen würde, wenn Großbritannien alleine beitrete. Andererseits müsse er natürlich zugeben, wenn außer Großbritannien auch Irland, Dänemark, Norwegen und eines Tages Schweden, Spanien und Portugal hinzutreten, ergäbe sich eine qualitative Veränderung. Wenn man heute Großbritannien sage, so denke man natürlich tatsächlich gleichzeitig an die anderen, und somit ergebe sich ein Problem, das gemeinsam überlegt werden müsse. So viel zu Europa. Zu Nixon sei man sich einig in der Beurteilung der Persönlichkeit des Präsidenten als einen Mann guten Willens und ruhigen Urteils, der sich nicht in die europäischen Dinge eindrängen wolle, obgleich er den Wunsch hege, daß Europa sich unter Einschluß Großbritanniens einige. General de Gaulle habe dann erneut den Inhalt seines Gesprächs mit Botschafter Soames dargelegt<sup>3</sup>, wovon das meiste ihm schon bekannt gewesen sei. De Gaulle habe die Auffassung geäußert, man solle sich nicht täuschen, denn Nixon strebe ein Arrangement mit den Russen an. Gleichzeitig sei man sich jedoch einig, daß man Nixon vertrauen könne, dieses Arrangement nicht über die Köpfe und zu Lasten der Europäer zu suchen.

Zur WEU habe de Gaulle sein mangelndes Engagement deutlich gemacht. In einem zweiten Teil habe er selbst dann die Frage der deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen angeschnitten und wiederholt, Deutschland wolle nicht, daß durch den Wegfall der Zollschränken mittels des Gemeinsamen Marktes etwa der Konkurrenzkampf der europäischen Volkswirtschaften erleichtert werde. Dies gelte es zu verhindern. Weiterer Gesprächspunkt sei die wirtschaftliche Entwicklung gewesen. Er habe vor der Legende einer deutschen wirtschaftlichen Übermacht gewarnt und die Auffassung geäußert, daß Frankreich auch heute reicher sei als die Bundesrepublik, wenngleich letztere liquider sei. Es sei natürlich nicht zu leugnen, daß die Bundesrepublik in der industriellen Entwicklung einen gewissen Vorsprung besitze, doch habe sie keineswegs den Ehrgeiz, diesen Zustand andauern zu lassen, suche vielmehr nach einer Methode, wie man gemeinsam auf ein Gleichgewicht hinarbeiten könne. Er habe de Gaulle die Untersuchung dieser Möglichkeiten vorgeschlagen. Nach einem Gespräch mit den Herren Berg und Wagner<sup>4</sup> und anderen habe er viel guten

<sup>3</sup> Zum Gespräch des Staatspräsidenten de Gaulle mit dem britischen Botschafter in Paris, Soames, am 4. Februar 1969 vgl. Dok. 90.

<sup>4</sup> Bundeskanzler Kiesinger führte am 12. März 1969 ein Gespräch mit dem Vorsitzenden des BDI, Berg, und dem Präsidiumsmitglied des BDI, Wagner.

Willen festgestellt. Diese deutschen Industriellen hätten nicht mehr die einstige Mentalität der Konkurrenz um jeden Preis, sondern wüßten, daß man mit anderen in einem Boot sitze. Sie hätten gebeten, die Arbeit der Industriekommision wirksamer zu gestalten, indem man sie mit erstklassigen Leuten aus Industrie und Verwaltung besetze. De Gaulle habe diesen Gedanken akzeptiert. Einige konkrete Fragen wie Erdöl, Gaszentrifuge und Airbus seien ebenfalls angesprochen worden. Zum Airbus habe er erklärt, man solle beschließen, dieses Flugzeug möglichst mit England zu bauen, sollte England jedoch nein sagen, würden die beiden Länder es alleine erzeugen. De Gaulle habe dem zugesimmt. Er habe in diesem Zusammenhang zu de Gaulle gesagt, daß Großbritannien erklärt habe, das Projekt sei noch nicht reif, es sei noch nicht sicher, ob ein Markt bestünde, und man müsse sich das weiter überlegen. De Gaulle habe darauf hingewiesen, daß die Engländer besondere Vorstellungen im Zusammenhang mit der Rolls-Royce-Motorenindustrie hegten, weshalb man nicht zu lange zuwarten dürfe. Weiterer Gesprächspunkt war die regionale Zusammenarbeit im Bereich Lothringen-Saarland-Pfalz gewesen. Der Gedanke sei, eine gemeinsame Kommission einzusetzen. Er selbst habe den Gedanken des Koordinators als besonders wichtigen Punkt unterstrichen und eine Aktivierung der Rolle der Koordinatoren vorgeschlagen, wozu de Gaulle ja gesagt habe. Auch die Zusammenarbeit auf dem kulturellen Gebiet, insbesondere im Sprachbereich, sei kurz erörtert worden. Nach Auffassung de Gaulles seien die Fortschritte des Deutschunterrichts in Frankreich größer als die Fortschritte des Französischunterrichts in Deutschland. Er selbst habe dies bedauert, wisse jedoch aus Erfahrung, wieviel Mühe man sich wegen des föderativen Systems in Deutschland machen müsse. Er werde sich jedoch um diese Dinge kümmern, damit sie mit größerer Energie vorangetrieben würden.

Premierminister *Couve de Murville* bedankte sich für diese ausführlichen Darlegungen des Herrn Bundeskanzlers und bemerkte, er habe mit General de Gaulle offensichtlich praktisch das gesamte Terrain schon behandelt. Politisch gesehen seien letztlich die europäischen Probleme die Quelle der Schwierigkeiten zwischen Frankreich und Deutschland, und diese hingen ganz offensichtlich mit der Frage Großbritannien zusammen, die man von Anfang an falsch angegangen sei. Ohne polemisch sein zu wollen, müsse er doch feststellen, daß man die England-Frage insofern falsch angefangen habe, als sie immer als etwas dargestellt worden sei, was die übrigen Fünf Frankreich aufzwingen müßten. Seit Anfang des Gemeinsamen Marktes sei offensichtlich gewesen, daß dieser, wenn er überhaupt eine Zukunft haben sollte, sich mit dem Problem seiner Beziehungen mit anderen westeuropäischen Ländern, und darunter England als dem wichtigsten, auseinandersetzen müsse. Das Problem sei unausweichlich gewesen, wenn man zu einer dauerhaften Lösung gelangen wollte. Er habe am Vormittag Herrn Minister Brandt bereits gesagt, was er von Anfang an von dieser Sache gehalten habe. Zunächst sei festzuhalten, daß das Problem eines Tages gelöst werden müsse; dies sei eine reine Tatsache. Zum zweiten gebe es im Grunde als Lösung eine Alternative. Man könne entweder Großbritannien in den Gemeinsamen Markt aufnehmen; das bedeute auch Aufnahme Dänemarks und Norwegens und Regelung mit den neutralen Ländern wie Schweiz, Schweden und Österreich, später Spanien und Portugal. Mit anderen Worten (und schon seit Beginn der ersten Verhandlungen im Jahre 66 und später 1967

habe die französische Regierung dies erklärt) würde der Gemeinsame Markt dann etwas anderes, und zwar etwas, was sehr viel eher einer Freihandelszone ähnele als einer Wirtschaftsunion, wie der Rom-Vertrag sie vorsehe. Dies ergebe sich ganz einfach aus der Tatsache, daß es dann mehr Länder und somit mehr Interessenunterschiede gäbe; auch der Apparat würde sehr viel größer. Diesen Gedanken lehne Frankreich keineswegs ab. Es habe ihn abgelehnt zu Beginn vor zehn Jahren, weil man nicht zuviel auf einmal habe verkraften können und der plötzlichen Konkurrenz aller nicht gleichzeitig hätte standhalten können. Die andere Möglichkeit wäre, den heutigen Gemeinsamen Markt in seiner Substanz zu erhalten und eine Freihandelszone mit den anderen Ländern zu schaffen, worin der Gemeinsame Markt ein Element darstellen würde. Diese Frage nun müsse man gründlich prüfen, um festzustellen, welches die beste Lösung sei. Unter den augenblicklichen Umständen komme die Tatsache hinzu, daß Großbritannien große Schwierigkeiten habe, da es auf dem Weg sei von der Position einer Weltmacht zu jener einer europäischen Macht, das heißt das Commonwealth verliere progressiv an Bedeutung, und diese Entwicklung liefe in Wahrheit auch auf die allmähliche Liquidierung der Sterling-Zone hinaus. Dies seien die beiden Hauptprobleme, die bis zu einer endgültigen Regelung noch viel Zeit brauchten. Inzwischen sei Großbritannien natürlich nicht in der Lage, dem Gemeinsamen Markt beizutreten; sogar in der EFTA sei es etwas isoliert aufgrund seiner Einfuhrmaßnahmen. In diesem Geist sei schon vor einem Jahr an ein Arrangement gedacht worden, welches zum Ergebnis haben sollte, die Länder einander anzunähern und eine Wartezeit zu überbrücken, bis die endgültige Entscheidung getroffen werden könne.<sup>5</sup> Mit dem Arrangement habe es bis heute nicht geklappt. Dies sei seines Erachtens zum Teil darauf zurückzuführen, daß England gar nicht wünsche, ein solches Arrangement heute zu treffen und zwar aus wirtschaftlichen Gründen, die natürlich in eine politische Präsentation verpackt seien. Hinzukomme aber, daß England heute einen großen Groll gegen Frankreich in sich trage, was zu außerordentlich schlechten Beziehungen zwischen den beiden Ländern führe. Frankreich bedaure dies. Die neuliche Affäre sei im Grunde eine französische Ouvertüre gegenüber England gewesen, welche die Engländer als Falle ausgelegt hätten. Der Zwischenfall sei ärgerlich und beschleunige nicht gerade den Zeitpunkt, an dem das britisch-französische Verhältnis besser werden könne. Das werde seine Zeit dauern. Im Augenblick glaube er nicht, daß man viel tun könne, außer zu vermeiden, Öl ins Feuer zu gießen. Frankreich tue dies und wünsche, daß England und dessen Freunde dieselbe Absicht verfolgten. Er glaube nicht, daß man im augenblicklichen Zeitpunkt irgendeine Initiative ergreifen könne, welche eine Verbesserung der Lage erzielen könnte. Es sei schade.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, de Gaulle habe, was den Zusammenschluß Europas anbelange, die Meinung geäußert, daß die Entwicklung die Europäer sehr wohl eines Tages dazu zwingen könnte, das zu tun, was sie freiwillig nicht zu leisten imstande gewesen seien.

*Couve de Murville* erwiderte, er glaube, daß auf jeden Fall nichts getan werden könne, ohne daß das britisch-französische Verhältnis sich ändere. De Gaulle

<sup>5</sup> Zu den Vorschlägen der Bundesrepublik für eine handelspolitische Zusammenarbeit zwischen den Europäischen Gemeinschaften und beitreitwilligen Staaten vgl. Dok. 24, Anm. 6.

habe eine Ouvertüre gegen England gemacht. Sie sei fehlgeschlagen, vielleicht weil sie nicht zur rechten Zeit, vielleicht auch weil sie nicht auf die richtige Weise gemacht worden sei.

Der Herr *Bundeskanzler* unterstrich, seit mehr als zwei Jahren bemühe sich seine Regierung, alle Versuche abzuwehren, die auf eine Blockbildung der Fünf gegen Frankreich hinausgelaufen seien. Er habe diese Dinge wie Haager Kongreß<sup>6</sup>, Harmel-Plan<sup>7</sup>, die italienischen Vorstellungen<sup>8</sup> usw. stets als töricht angesehen. Diese Abwehr brauche aber viel Kraft. Er stimme jedoch mit Couve de Murville überein, daß es im Augenblick nicht möglich sei, eine größere Initiative zu ergreifen. Dennoch sollte man darüber nachdenken, was es bedeuten würde, wenn England und die anderen Länder dem Gemeinsamen Markt beitragen. Dieses Problem sei bis jetzt nicht genügend durchdacht worden. Eine solche Überlegung könnte gemeinsam erfolgen.

Couve de Murville bejahte dies. Er kam dann auf die Wirtschaftsbeziehungen zu sprechen und sagte, was der Herr Bundeskanzler als die Legende der deutschen Wirtschaftsmacht bezeichne, sei nicht ganz von der Hand zu weisen, denn Deutschland befindet sich nun mal in einem guten wirtschaftlichen Zustand, wobei er anmerken müsse, daß Frankreich sich gerade jetzt in Schwierigkeiten befindet. Er möchte daher wie heute früh Herrn Brandt zu dem Herrn Bundeskanzler ein Wort über die November-Krise<sup>9</sup> sagen. Vielleicht habe man damals deutscherseits Vorstellungen gehabt, die der Herr Bundeskanzler jetzt mit dem Stichwort Übermacht bezeichnet habe, und er habe deswegen seinen Brief nach Paris geschrieben.<sup>10</sup> Da es sich im wesentlichen um Währungsfragen gehandelt habe, sei das eigentliche Problem, wenn er es ganz offen aussprechen dürfe, gewesen, daß es zu viele und auch widersprüchliche deutsche Erklärungen zu dieser Frage gegeben habe. Dadurch seien mehr Unklarheiten entstanden, als ohnehin schon vorhanden gewesen seien. Er sage ganz unverblümmt, daß er selbst und seine Regierung und auch General de Gaulle immer geglaubt hätten, die deutsche Position zu kennen, daß nämlich die Bundesregierung entschlossen sei, die Parität der D-Mark nicht zu ändern. Dies habe Frankreich zu der Schlußfolgerung gebracht, daß es notwendig sei, eine eindeutige deutsche Position zu haben. Leider sei die Position während einer Woche ziemlich unklar gewesen. Dies gehöre jedoch der Vergangenheit an. Wie jedoch der Herr Bundeskanzler gesagt habe, müsse man in diesen Dingen, wenn es dem

6 Zum Vorschlag des niederländischen Außenministers Luns, eine europäische Außenministerkonferenz nach Den Haag einzuberufen, vgl. Dok. 67, Anm. 12.

7 Zu den Vorschlägen des belgischen Außenministers Harmel vom 21. Oktober 1968 für eine Verstärkung der europäischen Zusammenarbeit vgl. Dok. 11, Anm. 2.

8 Zum italienischen Memorandum vom 9. Januar 1969 für eine Verstärkung der europäischen Zusammenarbeit vgl. Dok. 15, Anm. 18.

9 Zur internationalen Währungskrise vom November 1968 und den Differenzen zwischen der Bundesrepublik und Frankreich vgl. Dok. 7, Anm. 8.

10 Bundeskanzler Kiesinger sprach in seinem Schreiben an Ministerpräsident Couve de Murville am 19. November 1968 das Vorhaben der Bundesregierung an, Exporte aus der Bundesrepublik zu erschweren. Er bat die französische Regierung, sie solle die geplanten Maßnahmen „als einen wirksamen Beitrag zur internationalen Währungssituation anerkennen“ und ihrerseits einen Beitrag zur Behebung der Währungskrise leisten. Vgl. Ministerbüro, Bd. 336.

Zu den Beschlüssen des Kabinetts vom 21. November 1969 vgl. Dok. 102, Anm. 10.

einen gutgehe, die Position der anderen stärken und nicht etwa den einen schwächen.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, da man nie wisse, ob und wann ähnliche Situationen wieder entstünden, sollte man jetzt darauf achten, alle Vorkehrungen zu treffen, um einer solchen Situation, falls sie wieder eintrete, entgegentreten zu können. Es bedürfe hier einer Art Eventualfallplanung. Diese sollte gemeinsam erstellt werden. Er denke mit Schrecken an jene zwei Wochen zurück.

*Couve de Murville* warf ein, es werde zweifellos auch in Zukunft immer wieder einmal Probleme geben.

Der Herr *Bundeskanzler* fuhr fort, also müsse man darauf vorbereitet sein. *Couve de Murville* habe ihm damals einen sehr fairen Brief geschrieben.<sup>11</sup> Er habe es um so mehr bedauert, daß in einer deutschen Illustrierten eine verzerrte Darstellung des Briefes gegeben worden sei.<sup>12</sup> Leider gebe es solche Dinge in der Presse immer wieder.

*Couve de Murville* betonte, die französische Regierung kenne die Politik des Herrn Bundeskanzlers. Er sagte dann, über Amerika und den Nixon-Besuch<sup>13</sup> sei zwischen de Gaulle und dem Herrn Bundeskanzler sicher schon gesprochen worden. Gewiß hege Amerika den starken Wunsch, mit den Russen zu sprechen. Frankreich habe dagegen nichts einzuwenden. Einzige Voraussetzung sei, daß Amerikaner und Russen nicht die europäischen Angelegenheiten ohne die Europäer regelten. Zwischen Amerika und Rußland werde sicher über Nuklearwaffen, vielleicht auch über Vietnam und den Nahen Osten gesprochen werden. Die Schlußfolgerung aus dem Nixon-Besuch, was die europäischen Angelegenheiten anbelange, sei, daß Nixon nicht den Wunsch habe, noch mehr Ärger zwischen den Europäern zu schaffen.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er sei sehr froh, daß ein Europa-Kenner wie Kiesinger naher Berater von Nixon sei.

11 Zum Schreiben des Ministerpräsidenten *Couve de Murville* vom 9. November 1969 an Bundeskanzler Kiesinger vgl. Dok. 13, Anm. 9.

12 Am 2. Februar 1969 wurde in der Presse berichtet, die französische Regierung habe am 9. November 1968 eine Note an Bundeskanzler Kiesinger gerichtet, „die am Rhein nur als grobe Nötigung verstanden werden konnte. Sie wurde vor Parlament und Öffentlichkeit bis heute geheimgehalten. Auf dem Höhepunkt ihrer Franc-Misere schien es den Franzosen ‚unerlässlich‘ – so der Wortlaut der amtlichen Übersetzung –, daß die Bundesregierung entweder ohne Aufschub die Entscheidung trifft, von der die Spekulanten annehmen, daß sie eines Tages kommen muß, aber daß sie, dieses Mal aber eindeutig und in einer alle überzeugenden Form sagt, daß diese Entscheidung jetzt und in Zukunft ausgeschlossen ist.‘ Gemeint war die Aufwertung der Mark. Und dann folgte die nackte Drohung: Auf die Fortdauer des krisenhaften Zustandes werde Frankreich sonst mit Maßnahmen reagieren, ‚die natürlich ernste Folgen, insbesondere für seine unmittelbaren Partner, hätten.‘ In Erinnerung an Kiesingers unterwürfige Haltung beim letzten Besuch de Gaulles in Bonn packten die Pariser den frankophilen deutschen Regierungschef am Portepee: ‚In dieser ernsten Sache ... wendet sich die französische Regierung im Geist der deutsch-französischen Zusammenarbeit, dem sie sich verpflichtet fühlt, an den Bundeskanzler, um ihn zu bitten, daß seine Regierung unverzüglich die Maßnahmen trifft oder die Stellung bezieht, wie es erforderlich ist, um eine neuerliche dramatische Verschlechterung der Lage zu verhindern.‘“ Vgl. den Artikel von Peter Stähle: „Entweder – Oder. Mit einer Geheimnote wollte Paris den Kanzler zur Aufwertung nötigen“, STERN, Nr. 5 vom 2. Februar 1969, S. 190.

13 Präsident Nixon besuchte vom 23. Februar bis 2. März 1969 Belgien, Großbritannien, die Bundesrepublik, Italien, Frankreich und den Vatikan.

*Couve de Murville* sagte noch, Nixon sei sehr interessiert an der China-Frage. Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, daran sei wohl jeder interessiert. Er unterstrich dabei das Interessante an dem neulichen Besuch Zarapkins bei ihm.<sup>14</sup> Er glaube, daß das China-Problem die Russen sehr beschäftige. Zarapkin habe nicht nur von einer Grenzverletzung gesprochen, sondern allgemein die Außenpolitik Chinas als [die] einer chauvinistischen Macht verdammt. Vor zwei Jahren hätte sich das noch niemand träumen lassen.

*Couve de Murville* sagte, die Russen hätten auch den Verdacht gehegt, die Bundesrepublik versuche mit China gegen Rußland zu gehen.

Der Herr *Bundeskanzler* merkte an, zu seinem großen Erstaunen sei aufgrund einer völlig anders gemeinten Äußerung von Herrn Brandt vor kurzem bei den Chinesen der Eindruck entstanden, die Bundesrepublik suche diplomatische Beziehungen. Die Chinesen hätten dies für ein Angebot gehalten und seien fürchterlich aufgeregt gewesen.<sup>15</sup> Die Bundesrepublik habe aber keinerlei derartige Absichten.

*Couve de Murville* warf ein, noch beunruhigter seien die Russen an dem Tag, an dem die Amerikaner diplomatische Beziehungen zu Rotchina aufnehmen würden.

Der Herr *Bundeskanzler* merkte dann noch an, daß er in nächster Zeit Österreich<sup>16</sup> und Japan<sup>17</sup> besuchen werde. Österreich sei ein Höflichkeitsbesuch, da er den dortigen Bundeskanzler<sup>18</sup> seit langem kenne.

*Couve de Murville* sagte, Österreich habe ja auch immer sein Problem der wirtschaftlichen Beziehungen mit der Gemeinschaft.

Der Herr *Bundeskanzler* unterstrich, die Österreicher gingen hier sehr vorsichtig vor. Herr Klaus sei sehr interessiert an guten Beziehungen zum Osten und vor allem zu Jugoslawien. Er halte dies für nützlich. Dann liege noch das Südtirol-Problem vor. Er selbst werde Herrn Rumor bald persönlich sehen.<sup>19</sup>

*Couve de Murville* sagte, auch die Schweiz sei sehr interessiert an dem Gemeinsamen Markt.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, die deutschen Interessen verwiesen Deutschland auf eine Lösung.

*Couve de Murville* erklärte, die Schweiz sei für Deutschland wie für Frankreich ein wichtiger Handelspartner. Österreich sei es ebenfalls für Deutschland, in geringerem Maße für Frankreich.

<sup>14</sup> Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem sowjetischen Botschafter Zarapkin am 11. März 1969 vgl. Dok. 96.

<sup>15</sup> Zum Interview des Bundesministers Brandt mit der Wochenzeitschrift „Publik“ am 6. Dezember 1968 sowie zur Reaktion der chinesischen Regierung vgl. Dok. 6.

<sup>16</sup> Bundeskanzler Kiesinger besuchte vom 27. bis 29 März 1969 Österreich.

<sup>17</sup> Bundeskanzler Kiesinger hielt sich vom 17. bis 21. Mai 1969 in Japan auf. Für die Gespräche mit Ministerpräsident Sato am 19./20. Mai 1969 vgl. Dok. 162 und Dok. 165.

<sup>18</sup> Josef Klaus.

<sup>19</sup> Ein Treffen mit dem italienischen Ministerpräsidenten war für den 31. März 1969 vorgesehen, kam aber nicht zustande. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Frank vom 24. März 1969; Referat I A 4, Bd. 406.

Der Herr *Bundeskanzler* kam dann noch kurz auf das Verhältnis zum Osten zu sprechen und sagte, Deutschland betreibe diese Politik sehr behutsam. Im Wagen habe er Herrn Couve de Murville schon gesagt, daß auch eine Verbesserung der Atmosphäre mit Rußland möglicherweise erreicht werden könne. Mit den anderen müsse man es Schritt um Schritt versuchen. Im Falle der Tschechoslowakei gelte es, besonders vorsichtig zu sein, um nicht Öl in die Flammen zu gießen. Hinsichtlich Polens gebe es auch weiterhin das Problem der Oder-Neiße-Linie, doch lasse sich darüber im Augenblick nicht sprechen. Auf lange Sicht sei er gewiß, daß bei einem gemeinsamen oder abgestimmten Vorgehen der beiden Länder die Bemühungen von Erfolg gekrönt werden könnten.

*Couve de Murville* bemerkte, die Russen hätten im Augenblick hauptsächlich Amerika und China im Sinn.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, niemand wisse, was passieren werde mit China, ob es zu einem Bürgerkrieg komme oder ob es eine geschlossene Nation werde. Im letzteren Falle werde das Problem in zehn Jahren gewaltig aussehen.

*Couve de Murville* bemerkte hierzu, das stimme, sofern es den Chinesen wirklich gelinge, ihr Land von immerhin 800 Millionen Einwohnern zu einigen. Das sei aber doch ein gewaltiges Stück Arbeit.

Das Gespräch endete um 17.10 Uhr.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 31**

## 102

### **Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem Staatssekretär im französischen Außenministerium, de Lipkowski, in Paris**

**I A 1-80.11/1 VS-NfD**

**13. März 1969<sup>1</sup>**

Betr.: Deutsch-französische Konsultationen am 13./14. März 1969 in Paris  
 hier: Besprechungen zwischen dem Herrn Bundesminister des Auswärtigen und Staatssekretär de Lipkowski (in Vertretung des erkrankten französischen Außenministers Debré) unter Teilnahme von Vertretern der beiden Außenministerien

*Bundesminister des Auswärtigen* wandte sich, nachdem Staatssekretär de Lipkowski die Sitzung eröffnet hatte, zunächst bilateralen Fragen zu. Er habe bereits Ministerpräsident Couve de Murville gesagt, daß die deutsche Seite offen für Gespräche sei, die dazu dienen könnten, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern zu fördern. In den letzten Monaten seien wohl einige Pannen vorgekommen, aber daraus dürfe man keine Schlüsse ziehen. Er wisse nicht, was zur Stunde Bundeswirtschaftsminister Schiller mit Finanzmi-

<sup>1</sup> Ablichtung.  
 Die Gesprächsaufzeichnung wurde am 26. März gefertigt.

nister Ortoli im einzelnen bespreche<sup>2</sup>, er wolle aber hier sagen, daß man die wirtschaftliche Zusammenarbeit nicht allein der freien Wirtschaft überlassen solle. Deutsche Industrielle hätten ihm gegenüber unter Hinweis auf den gemischten deutsch-französischen Wirtschaftsausschuß zugegeben, daß die Arbeit in diesem Gremium nicht so erfolgreich verlaufen wäre, wenn nicht die beiderseitigen Minister sich beteiligt hätten.

Ein Sonderthema seiner Besprechungen mit Außenminister Debré am 10. März in Bonn<sup>3</sup> sei die Frage „Agrarpolitik der EWG“ gewesen. Man habe sich gefragt, ob dieses Thema nicht im Rahmen der laufenden deutsch-französischen Konsultationen behandelt werden könnte. Es sei ein Mißverständnis, wenn man auf französischer Seite glaube, daß die Bundesregierung von der vereinbarten Agrarpolitik wegkommen wolle. Natürlich bestünden finanzielle Probleme. Es sei sicherlich gut, wenn über Agrarpolitik und Agrarfinanzierung einmal bilateral gesprochen werden könne.

Er, der Bundesminister, habe mit Debré in Bonn und jetzt auch mit Couve de Murville ein weiteres Problem besprochen, das die beiden Regierungen aufnehmen sollten. Es handele sich um die Raumplanung im Gebiet Saar/Lothringen.<sup>4</sup> Von französischer Seite sei in diesem Zusammenhang Interesse am Ausbau eines internationalen Flugplatzes bei Grostenquin bekundet worden. Vielleicht sollte man auch Luxemburg beteiligen. Ein weiteres Problem sei der Kanalbau und die Kanalführung in diesem Gebiet. Es wäre gut, wenn hier in bilateralen Gesprächen Klarheit geschaffen werden könnte.

Außenminister Debré habe bei seinem Besuch in Bonn auch die Ansicht vertreten, daß ähnlich wie auf wirtschaftlichem Gebiet auch im kulturellen Bereich die Dinge hätten besser laufen sollen. Hierüber sollte am besten auf Ministerebene einmal gesprochen werden.

Staatssekretär *de Lipkowsky* dankte für die Ausführungen des Herrn Bundesministers, die er als sehr interessant bezeichnete. Eine offene Aussprache über anstehende Fragen sei gut; sie diene der Zusammenarbeit. Es sei richtig, daß es gewisse Schwierigkeiten gegeben habe; man solle sie nicht übertreiben, aber auch nicht verkleinern. In diesem Zusammenhang nannte *de Lipkowsky* die Währungskrise vom November 1968<sup>5</sup> und das Erdölproblem<sup>6</sup>. Er sprach hier auch von gewissen psychologischen Auswirkungen auf die Bevölkerung. In der

<sup>2</sup> Themen des Gesprächs vom 13. März 1969 waren die Konjunkturentwicklung, Währungsfragen sowie die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Frankreich. Im Hinblick auf die währungspolitische Zusammenarbeit führte Bundesminister Schiller aus, „daß Instrumente geschaffen werden müßten, um in Krisenfällen schnell eingreifen zu können. Dafür genüge es nicht, wenn die Gouverneure erklärten, sie würden notfalls noch schneller zusammentreten.“ Er regte an, „den Defizitländern den Geldmarkt der Überschüßländer zu öffnen, wenn Schwierigkeiten entstünden“. Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Everling, Bundesministerium für Wirtschaft, vom 20. März 1969; Referat I A 2, Bd. 1436.

<sup>3</sup> Für das Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem französischen Außenminister Debré vgl. Dok. 94.

<sup>4</sup> Vgl. dazu Dok. 94, Anm. 23.

<sup>5</sup> Zur internationalen Währungskrise vom November 1968 und den Differenzen zwischen der Bundesrepublik und Frankreich vgl. Dok. 7, Anm. 8.

<sup>6</sup> Zur gescheiterten Übernahme des im Besitz der Dresdner Bank befindlichen Aktienpakets der Gelsenberg AG durch die französische Erdöl-Gesellschaft Compagnie Française des Pétroles (CFP) vgl. Dok. 9 und Dok. 48.

Öffentlichkeit könne leicht der Eindruck entstehen, daß die deutsch-französische Zusammenarbeit nachgelassen habe; die Zusammenarbeit sei aber essenziell für die Zukunft Europas. Paris lege großen Wert auf das Funktionieren des Vertrages und auch darauf, daß die Bevölkerung in derselben Richtung arbeite. Er glaube, daß insbesondere Fachministertreffen die Zusammenarbeit fördern könnten. Der Staatssekretär dankte dann dem Herrn Bundesminister für seine Bemerkungen zur Agrarpolitik, aus denen hervorginge, daß Deutschland die Frage positiv angehen wolle. Für Frankreich sei der Zollabbau innerhalb der EWG nicht ohne Risiko. Man sehe sich einer großen Konkurrenz gegenüber. Da könne die Agrarpolitik eine gewisse Kompensation für die französischen Risiken sein. Er dankte für das Angebot, die Frage bei den laufenden Konsultationen zu besprechen.

Zur Frage der Raumplanung Saar/Lothringen könne er, de Lipkowski, jetzt nicht im einzelnen Stellung nehmen, doch verdiene die Angelegenheit die Aufmerksamkeit der Experten. Das Projekt dürfe aber nicht von vornherein unter dem Gesichtspunkt des Profites stehen, es müsse vielmehr in aller Ruhe behandelt werden. Frankreich habe Interesse am Ausbau des Flugplatzes von Grostenquin und messe auch dem Kanalbau in diesem Gebiet große Bedeutung bei. Für Frankreich sei die Frage wichtig, ob bei einer Kanalisierung der Saar eine Verbindung zur Mosel oder zum Rhein geschaffen werde. Französische Seite würde einer Verbindung zur Mosel den Vorzug geben.

Zur Entwicklung der kulturellen Beziehungen wolle er darauf hinweisen, daß der Austausch zwischen Universitäten und auch außerhalb zufriedenstellend sei. Mehr als 1,5 Millionen Jugendliche aus beiden Ländern hätten bisher an dem Austausch teilgenommen. Dies sei außerordentlich wichtig für die Kooperation der Jugend.

Leider nehme aber die französische Sprache noch nicht den richtigen Platz im deutschen Sprachunterricht ein. Er hoffe, daß es möglich sein werde, das Französische auf die gleiche Ebene wie das Englische zu stellen. Auch an der Gleichbewertung der Examina müsse weiter gearbeitet werden.

Schließlich wolle er noch eine weitere offene Frage erwähnen. Dies sei die deutsch-französische Handelsbilanz, die bekanntlich für Frankreich defizitär sei.<sup>7</sup>

Staatssekretär *Harkort* wies darauf hin, daß interessanterweise die Innenminister die Frage der Raumplanung behandeln. Der deutsche und der französische Innenminister hätten Kontakt aufgenommen und würden bald zusammenkommen.<sup>8</sup> Was die Kanalisierung der Saar angehe, so liege jetzt ein Kabinettsbeschuß über den Bau eines Teilabschnittes vor<sup>9</sup>; die Weiterführung sei noch offen, sie stelle in der Tat ein Problem dar, es sei daher interessant zu hö-

<sup>7</sup> Zum Überschuß der Bundesrepublik im Handel mit Frankreich vgl. Dok. 94, Anm. 26.

<sup>8</sup> Ein Treffen zwischen Bundesminister Benda und dem französischen Innenminister Marcellin fand nicht statt.

<sup>9</sup> Am 11. Februar 1969 beschloß das Kabinett, die Saar zunächst zwischen Saarbrücken und Dillingen zu kanalisieren. Die Entscheidung, die Kanalisierung entweder zur Mosel oder zum Rhein fortzusetzen, wurde davon abhängig gemacht, „ob Möglichkeiten für eine regionalpolitische Zusammenarbeit mit Frankreich und Luxemburg bestehen“. Vgl. die Aufzeichnung des Botschafters Emmel vom 10. Juli 1969; Referat III A 4, Bd. 543.

ren, daß die französische Seite einer Verbindung zur Mosel den Vorzug gebe; man werde bei den noch anzustellenden Überlegungen daran denken.

Der deutsch-französische Handelsaustausch sei eine schwierige Frage. Die deutschen Maßnahmen vom November 1968 zur Erschwerung der Exporte und zur Erleichterung der Importe würden sich in den nächsten Monaten noch stärker auswirken.<sup>10</sup> Ihr Einfluß auf die deutsch-französische Handelsbilanz hänge jedoch auch von der komparativen Preisentwicklung hüben und drüben ab.

*Bundesminister des Auswärtigen* warf hier ein, daß der Bevollmächtigte der Bundesrepublik Deutschland für kulturelle Angelegenheiten im Rahmen des Vertrages über die deutsch-französische Zusammenarbeit jetzt der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Kühn, sei. Herr Kühn habe wohl noch keine Gelegenheit gehabt, seinen französischen Kollegen<sup>11</sup> zu sehen; er würde gerne nach Paris kommen, um kulturelle Probleme zu besprechen.

Staatssekretär *Harkort* erwähnte dann die Lösung, die in der Frage der Preise für die Saarkohle gefunden werden konnte<sup>12</sup> und deutete an, daß sich auch in der Frage der Frachttarife für lothringische Erze Fortschritte anzeigen. Am 18. März 1969 würden hierüber Besprechungen stattfinden; die Experten hätten den Eindruck, daß auch dieses Problem geregelt werden könnte.<sup>13</sup>

Staatssekretär *de Lipkowski* dankte für die Ausführungen und fügte hinzu, daß sich die deutsch-französische Handelsbilanz zu Gunsten Frankreichs ein wenig gebessert habe; das Problem bleibe jedoch bestehen.

*Bundesminister des Auswärtigen* wandte sich dann europäischen Fragen zu. Er habe nicht den Eindruck, daß die Wiederholung von Argumenten weiterführe. Im Hinblick auf die EWG frage er sich jedoch, ob Deutsche und Franzosen nicht in möglichst engem Kontakt bleiben sollten, um den Zeitplan für 1969 einzuhalten.

Die andere Frage sei die unterschiedliche Meinung über die WEU und den politischen Gedankenaustausch. Wenn er, der Bundesminister, die Franzosen richtig verstanden habe, wie immer man auch die WEU ausbauen werde, legten sie Wert auf zwei Grundsätze:

10 Am 21. November 1968 billigte das Kabinett Maßnahmen, die eine steuerliche Vergütung von 4 % für die Einfuhr von Waren mit einem Mehrwertsteuersatz von 11 % bzw. eine Vergütung von 2 % für Waren mit einem Mehrwertsteuersatz von 5,5 % vorsahen; gleichzeitig sollte auf Ausfuhren eine Sonderumsatzsteuer in Höhe von 4 % bzw. 2 % erhoben werden. Für den Wortlaut der 14. Verordnung vom 25. November 1968 zur Änderung der Außenwirtschaftsverordnung vgl. BUNDESGESETZBLATT 1968, Teil I, S. 1197.

11 André Malraux.

12 Zum Kabinettsbeschuß vom 19. Februar 1969 vgl. Dok. 7, Anm. 7.

13 Als Gegenleistung für die im deutsch-französischen Abkommen vom 27. Oktober 1956 zur Regelung der Saar-Frage (Saar-Abkommen) festgelegte französische Abnahmeverpflichtung für 33 % der zum Verkauf verfügbaren Saarkohle unterstützte die Bundesrepublik die Einfuhr lothringischer Eisenerze durch Frachtsubventionen. Zum Jahreswechsel 1968/69 wurden sowohl die deutschen als auch die französischen Frachttarife erhöht. Die Bundesregierung erklärte sich daraufhin bereit, „durch erhöhte Subventionen die Frachtmehrkosten auszugleichen unter der Voraussetzung, daß auch die französische Seite entsprechend nachzieht“. Vgl. die Aufzeichnung des Referats III A 4 vom 3. März 1969; Referat III A 4, Bd. 579.

Am 31. März 1969 berichtetet Botschafter Freiherr von Braun, Paris, der Referatsleiter im französischen Außenministerium, Jordan, habe angekündigt, „daß französische Regierung Frachterhöhung auf der französischen Teilstrecke des Transportweges rückgängig macht“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 724; Referat III A 4, Bd. 579.

- 1) Strikte Einhaltung des Vertrages und
- 2) WEU und die Erörterung in ihr sollten nicht vertragsfremden Zwecken oder zur Lösung der Probleme anderer Organisationen benutzt werden. Wenn er dies richtig verstanden habe, so sähe er keine Bedenken, dieser Linie zu folgen, um die Schwierigkeiten auszugleichen. Auch andere Regierungen schienen bereit zu sein, den oben genannten Prinzipien zu folgen. Für uns Deutsche sei die Beratung politischer Fragen von großem Interesse. Aber wir würden es begrüßen, wenn sie im Rahmen der Sieben behandelt werden könnten.

Staatssekretär *de Lipkowski* meinte, man müsse sich doch zunächst darüber klar werden, was man eigentlich wolle. Das Europa, das vorhanden sei, oder das Europa, das nicht vorhanden sei. Man solle doch nicht das Erreichte aufs Spiel setzen, nicht den Dynamismus des bestehenden Europas abtöten. Es sei wahr, daß das Erreichte großartig sei, aber es gebe keine Fortschritte, eher Rückschritte. Der französische Standpunkt in dieser Frage sei bekannt. Was bleibe nun zu tun? Nach seiner Auffassung biete die Zusammenarbeit auf technologischem und industriellem Gebiet die besten Möglichkeiten, voranzukommen. Hier könne der europäische Dynamismus wieder belebt werden. Ein erster Schritt in dieser Richtung sei die Fortsetzung der Arbeit des Maréchal-Ausschusses<sup>14</sup>. Französischerseits sei man durchaus bereit, wenn die Sechs sich einigten, zu prüfen, wie andere Staaten in die Zusammenarbeit einzbezogen werden könnten. Vor allem sei aber wesentlich, daß der Zeitplan für 1969 in der EWG eingehalten werde. Frankreichs Bestreben sei es, die wirtschaftliche Unabhängigkeit des Europas der Sechs zu sichern. Als französischen Beitrag für die Weiterentwicklung der EWG nannte *de Lipkowski* hier den von Außenminister Debré im Herbst 1968 vorgelegten 9-Punkte-Plan.<sup>15</sup>

*De Lipkowski* machte dann einige Ausführungen zur Lage in der WEU. Er wolle nicht auf Einzelheiten eingehen, sondern nur feststellen, daß Frankreich die Rückkehr zum Vertrag wolle, so wie er bisher funktioniert habe. In Paris bedauere man, was geschehen sei; daß man Neuheiten habe einführen wollen, die

<sup>14</sup> Im März 1965 wurde die Arbeitsgruppe „Politik der wissenschaftlichen und technischen Forschung“ des Ausschusses für mittelfristige Wirtschaftspolitik der EWG unter Leitung des französischen Wissenschaftlers Maréchal eingerichtet. Am 31. Oktober 1967 beauftragte der EG-Ministerrat die Arbeitsgruppe, „I) die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit, beginnend mit den sechs vorgeschlagenen Gebieten (Informationsverarbeitung und -verbreitung sowie Fernmeldewesen, Entwicklung neuer Verkehrsmittel, Ozeanographie, Metallurgie, Umweltbelastigung, Meteorologie) zu prüfen, II) die Einbeziehung weiterer Gebiete in die Zusammenarbeit zu prüfen und diese Gebiete in ein sachgerechtes System einzuordnen.“ Die Arbeitsgruppe sollte ursprünglich dem EG-Ministerrat bis zum 1. März 1968 Bericht erstatten. Vgl. BULLETIN DER EWG 12/1967, S. 5 f.

Nachdem die Arbeiten im Januar 1968 unterbrochen worden waren, beschloß der EG-Ministerrat am 9./10. Dezember 1968, daß die Gruppe ihre Tätigkeit wieder aufnehmen sollte. Dies geschah am 7. Januar 1969. Zum neuen Vorsitzenden wurde der französische Wissenschaftler Aigrain gewählt. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 3/1969, S. 53 f.

<sup>15</sup> In einem Memorandum vom 28. Oktober 1968 schlug die französische Regierung zur Stärkung der Europäischen Gemeinschaften vor, bis zum 31. März 1969 einen Terminplan für einen progressiven Zollabbau sowie für die Harmonisierung der Kapitalbesteuerung und der indirekten Besteuerung auszuarbeiten. Außerdem wurde angeregt, die technologische Zusammenarbeit und die Bemühungen um eine gemeinsame Energie- und Verkehrspolitik zu verstärken. Vgl. dazu Referat I A 2, Bd. 1496.

Auf der EG-Ministerratstagung am 4./5. November 1968 in Brüssel präzisierte Außenminister Debré die französischen Vorstellungen. Vgl. AAPD 1968, II, Dok. 366.

nichts mehr mit der WEU zu tun haben. Frankreich bestehe darauf, daß das Prinzip der Einstimmigkeit anerkannt werde.

Auf der Ratstagung in Rom<sup>16</sup> und in Luxemburg<sup>17</sup> habe er die Bemühungen Londons erlebt, aus der WEU eine Berufungsinstanz für britische Wünsche in bezug auf die EWG zu machen. Großbritannien habe erreichen wollen, daß die Sechs nichts mehr tun könnten ohne Großbritannien. Die von London vorgeschlagene Konsultation über die Lage im Nahen Osten sei nur ein Vorwand gewesen. Warum habe man über dieses Thema nicht in Luxemburg diskutiert, auf der Ebene der Minister? Er sei damit einverstanden gewesen. London habe das aber abgelehnt, da es diese Gespräche am Sitz der WEU auf Expertenebene habe führen wollen. Dahinter stecke die schon genannte Absicht, die WEU zu einer Berufungsinstanz für vertragsfremde Fragen zu machen. Hier bestehe Gefahr für die EWG. Frankreich könne nicht akzeptieren, daß das existierende Europa zu Gunsten eines nicht existierenden geopfert werde.

*Bundesminister des Auswärtigen* bemerkte, daß er sich sehr wohl an die 9 Punkte Außenministers Debré erinnere. Er würde es nur gerne sehen, daß man die französischen Vorschläge zusammen mit den deutschen vom 27. September 1968<sup>18</sup> sehe; es gebe da Berührungspunkte.

Der Bundesminister leitete dann zum Thema Ost-West-Fragen über. Er wolle hier nur Stichworte geben: die Wahrscheinlichkeit von Gesprächen zwischen den USA und der Sowjetunion habe für Frankreich und Deutschland große Bedeutung. Paris und Bonn stünden mit den USA in Kontakt; wir sollten aber auch untereinander engen Kontakt halten, wenn europäische Interessen durch die USA und die Sowjetunion berührt würden.

Er habe den Eindruck aufgrund deutscher Kontakte mit Moskau (diese Kontakte seien schwieriger für uns als für Franzosen), daß die Sowjetunion uns gegenüber an einer gemäßigteren Haltung interessiert sei. Wir hätten das an ihrer Art zu sprechen feststellen können. Die Sowjets seien höflicher als früher, ließen eine gewisse Bereitschaft erkennen, über praktische und prinzipielle Fragen gleichzeitig zu sprechen. In den Tagen der Wahl des Bundespräsidenten in Berlin habe die Sowjetunion mäßigend auf die SBZ eingewirkt. Die Wahl habe auch die Bereitschaft Moskaus zu Kontakten nicht ausgelöscht. Es habe bereits neue Kontakte gegeben, z.B. im Zusammenhang mit dem NV-Vertrag, auch bezüglich China habe Moskau in Bonn Erläuterungen vorgetragen<sup>19</sup>. Vielleicht werde man noch in diesem Monat über die jeweiligen Botschafter<sup>20</sup> Mitteilungen zu gewissen Themen, die man habe ruhen lassen müssen, erhalten. Bundesminister nannte hier: Gewaltverzichtserklärung, NV-Vertrag, Handelsabkommen und Luftverkehrsabkommen. Zur Frage der Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten – das Thema sei auch bei seinem Gespräch mit

<sup>16</sup> Die WEU-Ministerratstagung fand am 21./22. Oktober 1968 statt. Vgl. dazu AAPD 1968, II, Dok. 353.

<sup>17</sup> Zur WEU-Ministeratstagung am 6./7. Februar 1969 vgl. Dok. 50.

<sup>18</sup> Zu den Vorschlägen der Bundesregierung für den inneren Ausbau der Europäischen Gemeinschaften sowie deren Erweiterung vgl. Dok. 24, Anm. 6.

<sup>19</sup> Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem sowjetischen Botschafter Zarapkin am 11. März 1969; Dok. 96.

<sup>20</sup> Helmut Allardt bzw. Semjon Konstantinowitsch Zarapkin.

Außenminister Debré in Bonn gestreift worden – wolle er sagen, daß da nach dem 21. August 1968 politisch wenig Bewegungsfreiheit bestünde, wirtschaftlich sei man aber freier. Die Bundesregierung wolle im Rahmen des Möglichen ihre wirtschaftlichen Beziehungen ausbauen, ebenso auf kulturellem Gebiet. Die Intensität des Handelsaustausches hänge allerdings von der Aufnahmefähigkeit des deutschen Marktes für Waren aus diesen Staaten ab.

Aus den Ereignissen an den Tagen vor und nach der Wahl des Bundespräsidenten in Berlin<sup>21</sup> habe man auf deutscher Seite folgende Lehre gezogen. Das Eigengewicht der SBZ im Warschauer Pakt habe zugenommen. Die Sowjetunion könne Ost-Berlin jedoch zurückhalten und bremsen, könnte aber Ulbricht nicht zu etwas Positivem veranlassen. Wenn wir die sowjetische Haltung zur Präsidentenwahl in Berlin richtig verstanden haben, könnte man annehmen, daß Moskau ein Interesse an einer gewissen Stabilität der Lage habe. Die drei Westmächte sollten versuchen herauszufinden, ob diese Einschätzung richtig sei. Wenn das stimme, wolle er – der Bundesminister – anregen, daß die drei Westmächte den Versuch machen, die Sowjetunion dazu zu bewegen, Ost-Berlin die Empfehlung zu geben, sich um praktische innerdeutsche Lösungen zu bemühen. Dasselbe sollten die drei Westmächte Bonn empfehlen. Praktische Lösungen könnten sich auf menschliche Erleichterungen zwischen beiden Teilen Berlins wie auch zwischen dem Bundesgebiet und der Zone beziehen, aber auch auf andere dringende Probleme. Das Essen am Rande der NATO-Tagung am 9. April könne Gelegenheit bieten, die Chancen der vorstehenden Anregung herauszufinden.<sup>22</sup> Dabei wäre die französische Unterstützung äußerst wertvoll. Das Ganze wäre auch ein interessanter Testfall, um feststellen zu können, wo die Sowjetunion wirklich steht.

Im Interesse des Verlaufs der NATO-Ratstagung in Washington wäre es doch von Nutzen, wenn man vorher in bilateralem Gespräch sich klar darüber werden könnte, was in Washington gesagt werden solle. Bekanntlich werde in Washington das zwanzigjährige Bestehen der NATO begangen und bestimmte Artikel des Vertrages erhielten damit unmittelbare Aktualität.<sup>23</sup> Die Bundesregierung würde es sehr begrüßen, wenn Frankreich sich dann über die Zukunft der Allianz nicht zurückhaltender äußerte, wie es im Kommuniqué der NATO-Ratstagung im November 1968 geschehen sei. Die damalige Formulierung sei glücklich gewesen.<sup>24</sup>

Schließlich noch ein Wort zu China: die deutsche Haltung sei weiterhin zurückhaltend. Wir würden aber gerne von der französischen Seite erfahren, wie sie das Verhältnis Sowjetunion–China sehe und wie sie den vor kurzem erfolgten diplomatischen Schritt der Sowjetunion<sup>25</sup> beurteile.

<sup>21</sup> Gustav Heinemann wurde am 5. März 1969 zum Bundespräsidenten gewählt.

<sup>22</sup> Zum Treffen des Bundesministers Brandt mit den Außenministern der Drei Mächte, Debré (Frankreich), Rogers (USA) und Stewart (Großbritannien), in Washington vgl. Dok. 120.

<sup>23</sup> Vgl. dazu Artikel 13 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949; Dok. 55, Anm. 12.

<sup>24</sup> Im Kommuniqué über die NATO-Ministerratstagung am 15./16. November 1968 in Brüssel wurde ausgeführt, „daß nach Auffassung der französischen Regierung das Bündnis so lange fortgeführt werden soll, wie es sich als notwendig erweist, es sei denn, es träten Ereignisse ein, die die Ost-West-Beziehungen grundlegend veränderten“. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1969, D 28.

<sup>25</sup> Zur sowjetischen Demarche anlässlich des sowjetisch-chinesischen Grenzkonflikts am Ussuri am 1./2. März 1969 vgl. Dok. 96, besonders Anm. 2.

Staatssekretär *de Lipkowsky* bezeichnete die Ausführungen des Bundesministers als sehr interessant und in Übereinstimmung mit der eigenen Analyse.

Im Zusammenhang mit den möglichen Verhandlungen der USA mit der Sowjetunion meinte der Staatssekretär, daß nicht ohne Bedeutung sei, daß Präsident Nixon recht reserviert gegenüber einem Engagement der USA in der Welt sei.

Nixon strebe ein Gespräch mit Moskau an. Es gehe ihm dabei zunächst um konkrete Fragen (Raketen, Anti-Raketen), aber der Präsident habe auch andere Anliegen, die über militärisch-finanzielle Fragen hinausgingen. Frankreich habe nichts gegen derartige Gespräche einzuwenden. Allerdings solle keine Entscheidung über Europa ohne Zustimmung der Europäer getroffen werden. Nixon habe diesen Punkt auf seiner letzten Pressekonferenz noch einmal klar gestellt.<sup>26</sup> Darüberhinaus glaube Paris, das Washington und Moskau die europäischen Probleme nicht lösen könnten. Die Europäer sollten darum selbst die Initiative ergreifen.

Auch in Paris habe man den Eindruck, daß die Sowjetunion sich Mäßigung auferlege; nicht in der Propaganda, aber in der Praxis. Die Wahl Dr. Heinemanns zum Bundespräsidenten habe Moskau jedoch den Vorwand für Propaganda genommen. Paris habe in letzter Zeit Gelegenheit zu sehr offenen Gesprächen mit Regierungsvertretern aus Prag<sup>27</sup>, Belgrad<sup>28</sup> und Bukarest<sup>29</sup> gehabt. Moskau suche die Bewegungsfreiheit seiner Satelliten zu limitieren; wirtschaftlich sei allerdings noch genügend Spielraum. Er könne die Beobachtungen der deutschen Seite bestätigen; auch was die DDR angehe. Sie habe aufgrund ihrer Industrie an Gewicht gewonnen und könne auch einen gewissen Druck auf Moskau ausüben. Es sei sehr interessant gewesen, von den Kontaktversuchen der Sowjets mit Bonn zu hören. In diesem Zusammenhang wisse er gerne noch etwas mehr über die deutschseits erwähnte sowjetische Politik der Parallelität der Prinzipien und der Praxis.

*Bundesminister des Auswärtigen:* Das Ganze habe sich in zwei Stufen vollzogen. Zunächst hätten die Sowjets den Standpunkt vertreten, daß man sich zuerst über die prinzipiellen Fragen einigen müsse, dann erst könne an ein Weiterkommen in praktischen Fragen gedacht werden. (Also alle offenen Probleme der Deutschen sollten nach dieser Auffassung hinter einer Einigung über Prinzipien zurückstehen.) Im Oktober 1968 habe Gromyko in New York eine Be-

26 Präsident Nixon führte nach Beendigung seiner Europa-Reise auf einer Pressekonferenz in Washington am 4. März 1969 aus: „Europeans, I found, were greatly concerned by what they called the possibility of a U.S.-Soviet condominium, in which, at the highest levels, the two superpowers would make decisions affecting their future without consulting them. In fact, one statesman used the term, Yalta'. He said: 'We don't want another Yalta on the part of the United States and the Soviet Union.' Now, whether his assessment was correct about Yalta or not is immaterial. The point is that Europeans are highly sensitive about the United States and the Soviet Union making decisions that affect their future without their consultation. And that will not happen as a result of this trip.“ Vgl. PUBLIC PAPERS, NIXON 1969, S. 181.

27 Vom 30. März bis 1. April 1969 besuchte der Staatssekretär im tschechoslowakischen Außenministerium, Pleskot, Frankreich.

28 Vom 2. bis 6. Dezember 1968 hielt sich der jugoslawische Außenhandelsminister Granfil und vom 10. bis 17. Januar 1969 Ministerpräsident Spiljak in Frankreich auf.

29 Vom 17. bis 21. Januar 1969 fand in Paris die erste Sitzung der französisch-rumänischen Kommission für wirtschaftliche, wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit statt. Die rumänische Delegation wurde von Außenminister Manescu geleitet.

merkung gemacht, die man unterschiedlich auffassen könnte; aber auf eine Frage des Bundesministers habe Gromyko wieder die alte Linie vertreten.<sup>30</sup> Im Dezember 1968 habe man dann dem deutschen Botschafter in Moskau und der sowjetischen Botschafter in Bonn ihm – dem Bundesminister – zu verstehen gegeben, daß Moskau dazu bereit sein könnte, einen gewissen Parallelismus von prinzipiellen und praktischen Fragen walten zu lassen.<sup>31</sup> Aus Moskau sei weiterhin verlautet – er erinnere sich nicht mehr genau, wer das gewesen sei –, daß ein Gespräch über die Prinzipien im deutsch-sowjetischen Verhältnis sehr lange dauern könnte, darum sollte man gleichzeitig gewissermaßen abhaken, worüber man sich einigen könnte.

Dies alles sei zunächst nur eine Summierung von Eindrücken, eine Erhärtung dieser Eindrücke stehe aber noch aus.

Staatssekretär *de Lipkowski* bezeichnete die Ausführungen als sehr interessant. Was diesen Vorschlag des Bundesministers angehe (Kontakte der drei Westmächte mit der Sowjetunion über Empfehlungen an Bonn und Ost-Berlin zur Regelung innerdeutscher Fragen, menschliche Erleichterungen) so meine er, *de Lipkowski*, daß man den Gedanken aufgreifen könne. Es sei aber auch interessant zu wissen, zu welchen Konzessionen Bonn gegebenenfalls bereit sei.

*Bundesminister des Auswärtigen:* Es sei nicht zwingend, daß man die Problematik anknüpfe, die noch kürzlich zur Debatte gestanden habe (Bundespräsenz in Berlin, Passierscheine). Wenn diese Themen wieder aufgegriffen würden, dann nicht zwischen dem Berliner Senat und Ost-Berlin, eher schon zwischen Bonn und Moskau, besser sei aber noch, wenn die drei Westmächte mit der Sowjetunion darüber sprächen.

Bei Gesprächen dieser Art wollten wir nichts von der Substanz weggeben, aber man könne vielleicht Rechte, die wir haben, behalten, ohne sie auszuüben. Er, der Bundesminister, wiederhole seine Anregung, daß die drei Westmächte und die Sowjetunion an Bonn und Ost-Berlin eine Empfehlung zu Kontakten geben und daß die Deutschen dann selbst miteinander sprächen. Dabei würden keine Rechte aufgegeben; die DDR käme aber zum Zuge und damit komme man auch der Sowjetunion entgegen, ohne die Rechtsauffassung Moskaus anzuerkennen.

Staatssekretär *de Lipkowski* stellte fest, daß in jedem Fall etwas in der Luft liege; die Haltung der Sowjetunion sei sicherlich nicht zufällig. Franzosen wollten darüber nachdenken und auch mit den Alliierten sprechen.

Was Bundesminister als Vorbereitung für die NATO-Tagung in Washington vorgeschlagen habe, sei wichtig. Botschafter Seydoux solle mit dem Bundesminister Kontakt aufnehmen; bilaterale Gespräche vor Washington seien sicherlich nützlich. Im übrigen erhebe Frankreich keine Bedenken gegen die NATO als solche, Haltung Frankreichs habe sich nicht geändert.

30 Zum Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 8. Oktober 1968 vgl. AAPD 1968, II, Dok. 328.

31 Zum Gespräch des Botschafters Allardt mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 11. Dezember 1968 vgl. AAPD 1968, II, Dok. 410.

Für das Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem sowjetischen Botschafter Zarapkin am 10. Januar 1969 vgl. Dok. 8.

Zu China wolle er sagen, die jüngste Démarche der Sowjetunion in mehreren westlichen Hauptstädten, darunter auch in Bonn, zeige doch eine gewisse Sorge vor dem Anwachsen der Kraft Chinas, vor den Liberalisierungsbestrebungen in den osteuropäischen Staaten, aber auch vor der Haltung Bonns gegenüber Peking. Die Frage der wirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands zu China sei wohl für Moskau ein wichtiges Thema.

Er, de Lipkowsky, glaube nicht an eine Annäherung Chinas und der Sowjetunion. Sie sei in den Augen der Chinesen ein Verräter des Marxismus, außerdem seien die Russen aus der Sicht Pekings im Grunde ein europäisches Volk. Man könne sogar von einer pathologischen Abneigung Chinas gegenüber der Sowjetunion sprechen. Peking glaube, daß man Moskau nichts mehr schulde. Man fühle sich vielmehr dazu berufen, die Revolution in der Welt zu entfachen.

Wie tief die Kluft zwischen den beiden Ländern sei, bewiesen die Worte des sowjetischen Verteidigungsministers Gretschko in Indien<sup>32</sup>, als er die Inder öffentlich vor dem alten nationalistischen Imperialismus der Chinesen warnte. Man könnte heute sagen, daß China mehr Verbitterung gegenüber der Sowjetunion hege, als gegenüber den USA. Das bedeute aber nicht, daß die amerikanisch-chinesischen Kontakte in Warschau<sup>33</sup> weit führen würden. Denn damit würde es notwendigerweise einem Teil der chinesischen Propaganda an Stoff fehlen. Die Zwischenfälle an der sowjetisch-chinesischen Grenze lägen aber ganz in der Logik der Politik Pekings.

Ganz allgemein könne man noch feststellen, daß Peking seit der Konferenz von Bandung<sup>34</sup> und der recht erfolgreichen Politik des Lächelns in den letzten Jahren wieder Boden in der Dritten Welt verloren habe.

*Bundesminister des Auswärtigen:* Noch einige Bemerkungen aus deutscher Sicht:

- 1) Wir seien keine Ignoranten und glauben nicht, daß man die Russen gegen die Chinesen austauschen könne.
- 2) Wir seien auch keine Abenteurer. Die große chinesische Nation müsse ihren Platz in der Völkerfamilie wiederfinden, auch die USA würden diese Tatsache jetzt wahrnehmen.

China habe auf die Wahl des Bundespräsidenten in Berlin nicht reagiert. Dagegen habe Albanien die Sowjetunion beschuldigt, daß sie die DDR im Stich gelassen habe.

Am 7. März habe Peking lediglich eine Meldung über die Wahl Heinemanns gebracht.

32 Der sowjetische Verteidigungsminister Gretschko hielt sich vom 2. bis 9. März 1969 in Indien auf.

33 Seit 1958 fanden in unregelmäßigen Zeitabständen Gespräche zwischen dem chinesischen Botschafter in Warschau und seinem amerikanischen Kollegen statt. Für den 20. Februar 1969 war die Wiederaufnahme der seit dem 8. Januar 1968 unterbrochenen Gespräche vereinbart worden. Am 18. Februar 1969 sagte die Volksrepublik China das Treffen jedoch ab. Zur Begründung wies sie darauf hin, daß die amerikanische Regierung nicht bereit sei, den chinesischen Gesandten in Den Haag, Liao Ho-shu, der sich seit dem 4. Februar 1969 in den USA aufhielt, auszuliefern. Erst am 11. Dezember 1969 wurden die Kontakte fortgesetzt. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1969, Z 43 und Z 55. Vgl. dazu ferner KISSINGER, Memoiren, S. 182–186 und 205.

34 Vom 18. bis 24. April 1955 fand in Bandung eine Konferenz asiatischer und afrikanischer Staaten statt. Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. EUROPA-ARCHIV 1955, S. 7563–7567.

Staatssekretär *de Lipkowski*: Wie man auch immer die Situation einschätze, Frankreich habe jedenfalls Peking anerkannt.<sup>35</sup> Dies sei sicherlich besser als der Versuch, es zu isolieren. Man müsse Anstrengungen unternehmen, um China in die Völkerfamilie zurückzuführen, dann werde es auch eine vernünftigere Haltung einnehmen. Wenn sich ein Komplex der Einkreisung in den Köpfen der Chinesen festsetze, so sei das gefährlich. Daher sei es an der Zeit, eine vernünftige Konzeption zu entwickeln.

*Bundesminister des Auswärtigen* brachte dann noch seinen Dank für die französische Hilfe bei den Bemühungen um die Freilassung der deutschen Krankenschwester Renate Kuhnen<sup>36</sup> zum Ausdruck. Nicht nur die Familie, sondern auch der Berufsstand der Krankenschwestern habe die französische Unterstützung mit großem Dank zu Kenntnis genommen.

Staatssekretär *de Lipkowski* nahm die Dankesworte entgegen und bezeichnete die französische Haltung als selbstverständlich und ganz natürlich. Er dankte dem Bundesminister für den freimütigen Gedankenaustausch und schloß dann die Sitzung.

**Ministerbüro, Bd. 470**

## 103

### **Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit Staatspräsident de Gaulle in Paris**

**Z A 5-37.A/69 geheim**

**14. März 1969<sup>1</sup>**

Der Herr Bundeskanzler führte am 14. März 1969 um 10 Uhr im Palais de l'Elysée in Paris ein drittes Gespräch unter vier Augen mit dem französischen Staatspräsidenten de Gaulle.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte einleitend, er wäre dankbar, wenn General de Gaulle seine Auffassungen über die möglichen Entwicklungen in Europa darlegen würde; er meine damit den größeren europäischen Zusammenhang einschließlich Sowjetunion und Ostblock. Es interessiere ihn, von de Gaulle zu erfahren, wie er die Aussichten für die Entspannungsbemühungen und die weitere

35 Frankreich und die Volksrepublik China nahmen am 27. Januar 1964 diplomatische Beziehungen auf. Vgl. dazu AAPD 1964, I, Dok. 11.

36 Am 9. März 1969 wurde die Krankenschwester Renate Kuhnen nach einjähriger Gefangenschaft vom Vietcong in der Republik Vietnam (Südvietnam) freigelassen. Neben der kambodschanischen Regierung hatte auch die französische Regierung „vermutlich wesentlich zur Freilassung beigetragen“. Vgl. den Runderlaß Nr. 1101 des Ministerialdirektors Frank vom 12. März 1969; Referat I B 5, Bd. 458. Vgl. dazu ferner den Artikel „Deutsche vom Vietcong freigelassen“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 10. März 1969, S. 6.

<sup>1</sup> Durchdruck.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Kusterer am 19. März 1969 gefertigt.

Entwicklung in Richtung auf eine mögliche Friedensordnung beurteile. Frankreichs Kontakte mit Moskau gäben ihm bessere Möglichkeiten, die Haltung der Russen einzuschätzen.

General *de Gaulle* erklärte, diese Frage sei schon des öfteren besprochen worden. Seines Erachtens habe es eine Zeit gegeben (in den 50er Jahren), da man befürchten konnte, die Sowjetunion wolle eines Tages nach Westen marschieren, zunächst über Berlin, dann nach Hamburg usw. In diesem Geist sei das atlantische Bündnis geschaffen worden, um den sowjetischen Vormarsch zu verhindern. Umgekehrt erscheine ihm, daß zu Beginn des atlantischen Bündnisses und personifiziert in John Foster Dulles der Gedanke maßgeblich gewesen sei, durch Stärkung des Westens könne man die Sowjets zurückdrängen und damit die Lage im Osten verändern, d. h. insbesondere im Blick auf eine deutsche Wiedervereinigung und die Befreiung von Ländern wie Tschechoslowakei, Polen usw. Diese beiden Auffassungen paßten nach seiner Meinung nicht mehr in unsere Zeit. Einmal glaube er nicht, daß die Sowjetunion nach Westen vorzudringen beabsichtige, zum anderen glaube er nicht, daß der Westen und insbesondere Amerika bereit seien, nach Osten zu marschieren. Welche Folgerung sei nun daraus zu ziehen? Er ziehe daraus den Schluß, daß der Gedanke von zwei Blöcken, die stets zum Antreten bereitstünden, nicht mehr den heutigen politischen Gegebenheiten entspreche. Was Rußland anbelange, so habe es seinen Blick heute auf China gerichtet, das sich der russischen Vormundschaft entzogen und gegen Rußland in aller Öffentlichkeit offensiv eingestellt habe, wie dies überall zum Ausdruck komme, sogar in Paris. Amerika andererseits zeige heute die Tendenz, seine Verpflichtungen wegen der innenpolitischen Situation und der starken Belastungen zu verringern. Somit seien praktische Möglichkeiten insbesondere für den Frieden und Fortschritt gegeben. Dies gelte insbesondere für die immer stärkeren Kontakte und den wachsenden Austausch zwischen West und Ost, und dabei ganz besonders für Europa. Hinzu komme natürlich das sehr wahrscheinliche Arrangement zwischen Amerika und Rußland über die Rüstung usw., mit anderen Worten: ein Zusammenleben und starker Austausch zwischen West- und Osteuropa sei möglich. Der Osten brauche vieles für seine eigene Entwicklung; der Westen sei keineswegs böse, wenn er neue Absatzmärkte für seine Ausfuhren und Einkaufsmöglichkeiten für Rohstoffe finde. Hier liege seines Erachtens heute die Chance, und er könne nicht einsehen, warum man sie nicht nutzen solle. Je mehr man den Austausch jeglicher Art mit dem Osten betreibe (Güter, Ingenieure, Touristen, Zeitungen, Rundfunk), desto weniger werde der kommunistische Block noch kommunistisch sein. Man spüre diese Entwicklung bereits in der Tschechoslowakei, und latent sei sie auch in Polen und Ungarn, wahrscheinlich sogar in der DDR vorhanden, obgleich sich dort das Regime verfestigt habe; denn die Frage stelle sich, ob dieses Regime wirklich in den Herzen Platz gefunden habe oder sich nur als Institution, in der Praxis und in der Polizei durchsetze. Auch in Rußland gebe es eine Bewegung zur Liberalisierung. Daher sollte man auf dem beschrittenen Wege weitergehen. Natürlich müsse man dabei seine Vorkehrungen treffen. Man dürfe nicht naiv sein und sich nicht in Gefühlsduselei überstürzen. Rußland bleibe eine sehr große Macht, vor allem militärisch, aber auch ideologisch, und man könne nie wissen, was es eines Tages tun werde. Deswegen müsse man seine Vorsichtsmaßregeln treffen. Er sei überzeugt, daß

unter den heutigen Umständen das atlantische Bündnis beibehalten werden müsse, und das habe er stets gesagt. Schließlich aber meine er, daß man zugunsten der Entspannung arbeiten müsse.

General de Gaulle fuhr fort, die nächste Frage sei, was bei der Entspannung für Deutschland herausschäue. Offengestanden sei er der Meinung, daß mehr dabei herausschäue als im Spannungszustand. Wenn man Europa entspanne und die Russen durch China absorbiert seien, so werde sich das Deutschlandproblem sogar in russischen Augen anders ausnehmen. Er sage nicht etwa, daß die Russen es dann vielleicht eilig hätten, die deutsche Wiedervereinigung zu gestatten, und ganz gewiß dächten die Russen nicht daran, Deutschland die Vorkriegsgrenzen wieder einzuräumen oder eine atomare Bewaffnung zuzugestehen. Er glaube aber, daß die Russen eines Tages, wenn auch vielleicht nicht eine politische Wiedervereinigung, so doch ein gemeinsames Leben des gesamten deutschen Volkes akzeptieren werden. Auf alle Fälle halte er dies für die einzige Chance für Deutschland und für eine Wiedervereinigung, es sei denn, man führe Krieg. Da man aber nicht Krieg führe, noch auch führen wolle, müsse man das Beste aus der Entspannung herausschlagen für eine Lösung der europäischen Probleme und insbesondere der deutschen Frage. Dies sei seine klare Auffassung.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er stimme mit der Analyse de Gaulles wohl in allen Punkten überein. Auch er sei überzeugt, daß sich die Russen den alten deutschen Grenzen und gewiß auch einer nuklearen Bewaffnung widersetzen würden. Man müsse die Dinge realistisch sehen. Die einzige heute sichtbare Lösung der Deutschland-Frage liege in einer gewissen Annäherung. Eine solche Politik wolle die Bundesregierung betreiben, denn ständig neue Vorschläge zur Lösung der Deutschland-Frage zu machen, führe nur in eine Sackgasse und habe keinen Sinn. Die einzige Schwierigkeit, welche er sehe, sei die Frage, ob die von de Gaulle genannte Evolution zu stärkerer Liberalisierung nicht in den anderen Oststaaten größer sei als in der Sowjetunion selbst und ob daraus nicht Ereignisse ähnlich der letzten Tschechoslowakeikrise wiederholt erwachsen könnten, die jedesmal eine sehr gefährliche Lage für Moskau bedeuteten. Es gebe ja ständigen Touristenstrom zwischen West- und Osteuropa, und jeder Tourist sei, auch wenn er keine Propaganda betreibe, ein Botschafter einer anderen Welt. Hier müsse man sehr achtgeben, damit sich nicht Krisen so schwerer Art wie in der Tschechoslowakei wiederholten. Gleichzeitig aber dürfe man ja auch nicht darauf verzichten, gegenüber dem Osten überhaupt eine Politik zu betreiben. Diese Dinge lägen selbstverständlich nicht in den eigenen Händen, sondern seien ein besonderes Problem, mit dem sich Moskau ständig konfrontiert sehe. Was die Deutschland-Frage anbelange, so verstehe er natürlich das Wort Annäherung und Verständigung so wie de Gaulle, d.h., er sehe darin nicht etwa eine Annäherung zwischen der Regierung in Bonn und den Machthabern in Ostberlin, sondern vielmehr den Abbau der Schwierigkeiten zwischen beiden Teilen Deutschlands und verstärkte Möglichkeiten der Kontakte zwischen der Bevölkerung. In diesem Punkt bestehe wohl Einigkeit. Es wäre gut, wenn dies auch deutlich werde, daß die beiden Länder die gleiche Analyse anstellen, und vielleicht sollte man in Zukunft diese Tatsache auch an konkreten Dingen deutlich machen. Natürlich könne es nicht bedeuten, daß die Bundesrepublik das Recht der Bevölkerung auf Selbstbestimmung aufgebe, dessen Aus-

übung die beiden Teile eines Tages zusammenführen solle. Den Rechtsstandpunkt müsse die Bundesregierung energisch vertreten, jedoch nicht in unrealistischer Praxis.

General *de Gaulle* sagte, da dieses Thema gerade zur Sprache komme, wolle er dem Herrn Bundeskanzler sagen, daß es für die Franzosen eine große Anstrengung bedeutet habe, den beschrittenen Weg gegenüber den Deutschen überhaupt einzuschlagen. Frankreich hätte eine ganz andere Politik betreiben können, und der Herr Bundeskanzler wisse genau, was *de Gaulle* damit meine. Es habe aber diesen Weg gewählt. Man müsse wissen, daß es für das französische Volk eine Selbstüberwindung dargestellt habe, auf eine Rache an Deutschland zu verzichten und auch darauf zu verzichten, Deutschland daran zu hindern, neue Kraft zu schöpfen. Dies gelte in noch stärkerem Maße für die Tatsache, daß Frankreich für die Wiedervereinigung eintrete. Darin sei schon eine echte Selbstüberwindung zu sehen. Im Grunde sei er der Meinung, daß er derjenige gewesen sei, der entschieden diese Politik gewählt habe. Vor ihm habe es Kombinationen gegeben wie unter Robert Schuman und Jean Monnet, aber das sei nicht das französische Volk gewesen, sondern eine politische Kombination. Die wahrfahrt Entscheidung habe er mit Bundeskanzler Adenauer zusammen getroffen, und diese stelle die Politik ganz Frankreichs dar.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er verstehe dies sehr wohl und würdige es hoch. Dazu gehöre auch, daß Deutschland und Frankreich (man wisse ja nie, wann die Geschichte eine Möglichkeit eröffne) gemeinsam versuchten, dieses Europa neu zu gestalten und einen dauerhaften Frieden zu sichern. Deutschland sei dem französischen Staatspräsidenten für seine Haltung sehr dankbar. *De Gaulle* wisse auch, daß man deutscherseits Rücksicht auf die französische Position nehme und gewiß keine Politik betreiben werde, die zu irgendwelchen Krisen führen oder den Frieden bedrohen könnte. Seitdem er Bundeskanzler geworden sei, habe er dies immer wieder betont. So strebe z.B. die Bundesrepublik unabhängig von der Frage einer Unterzeichnung des Atomsperrvertrages (welche die Bundesregierung in den nächsten Monaten sehr beschäftigen werde) nicht nach dem Besitz atomarer Waffen. Sie sei absolut realistisch, und die deutsche Politik verdiene volles Vertrauen. Was die anderen, am Vortage bereits besprochenen offenen Fragen anbelange, so könne das französische Volk sich darauf verlassen, daß Deutschland wie Frankreich den Frieden und die Entspannung wolle und in dieser Zielsetzung alles nur mögliche gemeinsam zu tun wünsche. Er verstehe die Größe der Entscheidung, die *de Gaulle* gemeinsam mit Adenauer getroffen habe, und er verstehe sie so, daß es der Wille gewesen sei, die beiden Schicksale trotz der bestehenden Hindernisse zu verknüpfen. Das deutsche Volk sei dazu bereit. Jede andere Politik würde auch früher oder später zu einer neuen Katastrophe führen. Man hätte sich auch eine andere Entwicklung vorstellen können, wenn z.B. gewisse Vorstellungen, die unmittelbar nach dem Krieg vorhanden gewesen seien, in die Tat umgesetzt worden wären. Es wäre dann denkbar gewesen, daß in einem Zustand äußerster Verarmung und Verzweiflung ein großer Teil der westdeutschen Bevölkerung kommunistisch geworden wäre und damit der kommunistische Koloß bis an die Westgrenze Deutschlands gereicht hätte. Dies wäre ein Unglück für ganz Europa gewesen. Die weise Politik des Westens habe dies verhindert. Er sage ganz offen, daß es manche Leute in Deutschland – sogar unter den Politi-

kern – gebe, denen die Dinge etwas zu Kopf gestiegen seien, und manchmal könne de Gaulle Äußerungen lesen über die Position Deutschlands, die er selbst für töricht halte. Hinzu komme, daß auch andere manchmal deutschen Politikern solche Äußerungen in den Mund legten. Nach der Währungskrise<sup>2</sup> sei von England die Parole ausgestreut worden, die Macht habe sich nun von Paris nach Bonn verlagert.<sup>3</sup> Er sei dieser Behauptung sofort im Bundestag entgegengetreten.<sup>4</sup> Solche Auffassungen spiegelten keineswegs die Meinung des deutschen Volkes wieder, das die Dinge ruhig und nüchtern sehe. Vorstellungen von einer starken Position Deutschlands im alten nationalistischen Sinne bewegten das deutsche Volk nicht mehr. Dieses Volk werde viel stärker von dem Gedanken der Freundschaft mit den Nachbarvölkern und insbesondere Frankreich, dem Festhalten am Bündnis und der großen Hoffnung, das eines Tages Europa werde, bewegt. Dies sei ersichtlich bei jeder Wahl und jeder demoskopischen Umfrage, daß dort das eigentliche Sehnen des deutschen Volkes liege. Es sei interessant, daß mehr als 60 v. H. der Bevölkerung in der Bundesrepublik heute nichts mehr mit der Hitlerzeit zu tun gehabt habe; nämlich all jene, die seit 1935 geboren worden seien. Abgesehen von einigen ganz geringen Ausnahmen gebe es nirgends in der neuen Generation ein Anzeichen für das Wiederbeleben der nationalistischen Hybris. Es handle sich tatsächlich um eine neue Generation, die zwar selbstbewußt sei, aber erkläre, mit den alten Dingen habe sie nichts mehr zu tun. Sie sei ausgeprägt europäisch ausgerichtet und heute manchmal etwas frustriert, weil nicht schnellere Fortschritte erzielt würden. Niemand hätte sagen können, wie diese neue Generation sein werde; heute aber wisse man, wie sie sei. Die Gefahr liege heute eher darin, daß insbesondere in den Universitäten eine sehr aktive und geschickte Minderheit ein weniger kommunistisch als anarchistisch geprägtes revolutionäres Konzept zu verwirklichen suche. Es sei ein Angriff auf die Gesellschaft und den Staat, der von den Universitäten ausgehe. Man brauche das nicht zu dramatisieren, aber es zeige sich hier ein neues Element in den letzten ein bis zwei Jahren, das im übrigen nicht auf Deutschland beschränkt sei. Er glaube, dieses Phänomen sollte in Europa sorgfältig beobachtet werden. Schließlich hät-

<sup>2</sup> Zur internationalen Währungskrise vom November 1968 und den Differenzen zwischen der Bundesrepublik und Frankreich vgl. Dok. 7, Anm. 8.

<sup>3</sup> Am 22. November 1968 wurde in der britischen Presse zur Währungskrise ausgeführt: „The primacy of power in western Europe has now moved from Paris to Bonn. It may be a coincidence that the Finance Ministers of the Group of Ten should be meeting there, as it happens to be Professor Schiller's turn to be chairman. But it is symbolically appropriate that they should have to make their pilgrimage there at the moment when west Germany's economic, financial, and political leadership of western Europe has become so suddenly apparent. [...] After this week's crisis it will no longer be possible for the French (or anyone else) to claim that close relations between America and Germany are the fruit of German dependence on the United States. The Germans are now being courted because of their strength, and France will again find herself being consulted second to Germany. But this was an inevitable result of the real balance of power in Europe. The only surprise for historians will be that General de Gaulle succeeded in delaying it for so long.“ Vgl. den Artikel „Germany's Strength“, THE TIMES vom 22. November 1968, S. 11.

<sup>4</sup> Bundeskanzler Kiesinger erklärte am 26. November 1968 vor dem Bundestag: „Es gab in den publizistischen Äußerungen der vergangenen Tage im Ausland Stimmen, die im Blick auf die Ereignisse der letzten Woche von einer angeblichen Machtverlagerung innerhalb Europas nach Bonn sprachen. Ich will nicht untersuchen, welche Motive derartigen kuriosen Feststellungen zugrunde lagen. Ich möchte aber meine eigenen Landsleute dringend davor warnen, auf solche Parolen hereinzufallen.“ Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 68, S. 10616.

ten alle Revolutionen von Minderheiten her angefangen. Er hielte es für gut, wenn man eines Tages dieses Phänomen gemeinsam untersuchen würde, zumal diese Leute über die Grenzen hinweg miteinander arbeiteten und gelegentlich sogar die doppelte Staatsangehörigkeit besäßen, wie es in der Gestalt des Cohn-Bendit zum Ausdruck komme. Er halte es für der Mühe wert, vielleicht im Rahmen der kulturellen Zusammenarbeit diese Entwicklung gemeinsam zu verfolgen und Vorstellungen und Erfahrungen auszutauschen.

General *de Gaulle* führte aus, er habe mit großem Interesse den Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers über die Geisteshaltung des deutschen Volkes zugehört, die gewißlich sympathisch sei. Was nun die Franzosen anbelange, so habe er dem Herrn Bundeskanzler schon einmal gesagt, was er für notwendig halte vom Nationalen (nicht Nationalistischen!) her gesehen. Die Situation sei charakterisiert durch einen Abstieg Frankreichs, einen Gewichts- und Wertverlust im Verhältnis zu dem, was noch vor 200 Jahren gewesen sei, einen Abstieg, der ungeheuer und außerordentlich schnell gewesen sei, denn er habe sich innerhalb von zwei Generationen vollzogen. Der letzte Krieg habe trotz des Erneuerungsphänomens der Widerstandsbewegung usw. die Franzosen nicht gerade zu der Auffassung bringen können, daß dieser Abstieg nun beendet sei. Hier liege im letzten Grund die Malaise und die gegenseitige Opposition unter den Franzosen, ja sogar ihre Spaltung. Der Urgrund für all dies sei die geschwächte Situation, an die die Franzosen sich nicht gewöhnten, für die sie nicht geboren seien, deren sie sich sogar manchmal rühmten aus provokatorischer Absicht, mit der sie sich aber nicht zufrieden gäben. Für Frankreich gehe es im Grunde um eine nationale Wiederbelebung, denn sonst sinke das Land immer stärker in die Unordnung, die Spaltung, die Ohnmacht ab. Er meine, daß dies ein Unglück nicht nur für Frankreich, sondern auch für die anderen, für Europa und die Welt bedeutete. Somit sei seine Politik eine Politik der nationalen Erneuerung. Damit wolle Frankreich niemanden provozieren, schon gar nicht in kriegslüsternem Sinne, ganz im Gegenteil, Frankreich lebe in Frieden und habe die Kolonialherrschaft wie auch den Algerienkrieg<sup>5</sup> begraben. Das nationale Gefühl sei nicht kriegerisch und nicht auf Eroberung und Beherrschung gerichtet, sondern vielmehr auf das eigene Wiedererstarken, eine nationale Wiedergeburt und ein Voranschreiten. Dessen müsse man sich bewußt sein. Es sei immer notwendig, daß Frankreich sich als Staat und Nation präsentiere, die im Aufstieg befindlich seien. Das erkläre zahlreiche Stellungnahmen, die Frankreich bewußt in Richtung auf diese Zielsetzung vornehme, weil sonst die französische Nation verfielle, und dies wäre für alle bedauerlich. Er müsse dies sagen, um die Geisteshaltung in Frankreich ersichtlich zu machen. Aus diesem Grunde seien alle Geschichten supranationaler Art, alle Versuche, Frankreich mit den anderen zu vermengen oder es zu absorbieren in Unterfangen wie der NATO, niemals wirklich populär gewesen, und darum habe er keinerlei Schwierigkeiten gehabt, einer solchen Politik, die im Grunde überhaupt keine Politik sei, ein Ende zu setzen. Natürlich gebe es Kreise, die für einen weiteren Abstieg plädierten, weil das bequem sei oder aus Komplizenschaft oder aus einfacher Gewohnheit. Es stelle aber nicht die tiefergehende französische

<sup>5</sup> Zur Erklärung der algerischen und französischen Delegation vom 18. März 1962 (Abkommen von Evian) vgl. Dok. 89, Anm. 5.

Wirklichkeit dar. Er sei gewiß, eine Politik zu betreiben, welche Frankreich im tiefsten Grunde wünsche. Daran müsse man denken, wenn man von den Beziehungen Frankreichs mit anderen Ländern spreche. In dieser Beziehung befänden sich Frankreich und Deutschland nicht in einer identischen Situation. Zunächst einmal habe Deutschland den letzten Krieg verloren, allerdings nachdem es einer ganzen Welt getrotzt habe; somit entspreche die heutige Situation Deutschlands in etwa der, in der Frankreich sich nach Napoleon befunden habe. Die Ausgangssituation sei somit nicht dieselbe. Man müsse sich dessen bewußt sein, denn es sei ein unvermeidliches Element der Unterschiedlichkeit im deutschen und französischen Verhalten insbesondere gegenüber Amerika.

Der Herr *Bundeskanzler* unterstrich, er verstehe diese Haltung sehr wohl. Tatsächlich sei ein gewisser Unterschied gegeben, doch dürfe de Gaulle ihn nicht mißverstehen, denn es habe auch in Deutschland eine Entwicklung gegeben. Unmittelbar nach dem Krieg sei der Gedanke Europa für viele Deutschen etwas Attraktives gewesen, weil sie nach den jüngsten Ereignissen aus ihrer eigenen und vor allem jüngsten Geschichte in etwas Neues hätten hineinfliehen wollen. Sie seien somit bereit gewesen, ihre nationale Identität aufzugeben. Dies sei eine europäische Haltung aus negativer Motivation gewesen, daher ungesund und sogar gefährlich. Dieser Auffassung habe er nie angehangen. Inzwischen habe sich das geändert und sei eine neue Generation auf den Plan getreten, die ein gesundes nationales Selbstbewußtsein habe. Dieses nationale Selbstbewußtsein sei keineswegs etwa – was auch denkbar gewesen wäre – die Wiederbelebung eines übertriebenen nationalistischen Bewußtseins. Gewiß gebe es heute eine kleine Partei, und ähnliche Parteien habe es schon 1949 im Bundestag gegeben; es handle sich dabei um bornierte und im wesentlichen unzufriedene Menschen. Er könne heute noch nicht sagen, ob es dieser Partei gelingen werde, bei den nächsten Wahlen in den Bundestag zu kommen<sup>6</sup>, aber eines wisse er, daß diese Partei niemals eine wirkliche Rolle spielen könne, weil die übrigen Voraussetzungen heute einfach nicht gegeben seien. Er verstehe den Unterschied in der Ausgangslage der beiden Völker, und man werde es deutscherseits nur begrüßen, wenn das französische Volk sich selbst behaupten und aufsteigen werde. Eine ähnliche Aufgabe sei Deutschland gestellt, denn es müsse sich selber finden und einen Weg zwischen zwei Extremen suchen, die wie folgt aussähen: 1) Absolute Resignation und Verzweiflung mit den radikalen Konsequenzen, die sich daraus ergäben, wenn Deutschland sein nationales Bewußtsein völlig aufgeben würde; 2) ein übertriebenes chauvinistisches Nationalgefühl. In diesem Jahr werde die Bundesrepublik 20 Jahre alt, und man könne sagen, daß es gelungen sei, die beiden Extreme zu vermeiden und den goldenen Mittelweg zu steuern. Er wünsche ein deutsches Volk, welches ein natürliches Selbstbewußtsein habe, die Vergangenheit so kritisch sehe, wie die Hitlerjahre es verdienten, darob aber nicht die Kontinuität seiner Geschichte vergesse. Er wolle nicht, daß sein Volk sich selbst verriere. Das Beste, was passieren könne, wäre, daß die beiden Völker, Frankreich und Deutschland, unter Wahrung ihrer nationalen Identität zusammenfänden, und zwar für immer.

<sup>6</sup> Bei den Wahlen am 28. September 1969 erreichte die NPD 4,3 % der Stimmen und verfehlte somit den Einzug in den Bundestag.

Auf diese Weise würde eine lange und tragische Geschichte zum Besseren und Höheren gewendet. Er gebe gerne zu, daß er in den ersten Jahren diese Dinge nicht so klar gesehen habe. Heute aber sei er genauso wenig wie de Gaulle bereit, einem europäischen Eintopf zuzustimmen, der von einer Kommission beherrscht oder kontrolliert würde. Tatsächlich wäre es ein Unglück für Europa, wenn die europäischen Völker ihre eigene Persönlichkeit zugunsten einer abstrakten Konstruktion aufgäben. Auch in seiner eigenen Überzeugung zeichne sich hier eine Entwicklung ab.

General *de Gaulle* bemerkte, er sei über diesen Gedankenaustausch besonders befriedigt, und fragte dann, ob der Herr Bundeskanzler noch andere Themen anschneiden wolle.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, es gäbe noch eine Reihe von Fragen wie China, Naher Osten, Vietnam und Lateinamerika, doch reiche die Zeit hierfür wohl nicht mehr aus. Man könne wohl feststellen, daß die Voraussetzungen für eine Lösung der europäischen Probleme heute besser seien als in all den Jahren bisher. Zwar sehe es manchmal anders aus und das öffentliche Bewußtsein gewisser Leute schreite nicht voran, doch müsse man sagen, daß Fortschritte nicht erzielt werden könnten, wenn man eine schematische und abstrakte europäische Lösung suche. Viele Leute hingen noch an den alten Schemata. Hier sei es notwendig, langsam das Bewußtsein zu formen, zumal in der Presse immer wieder die alten Formeln Verwendung fänden. Man könne auch anderer Auffassung sein über die Art und Weise, wie Europa zu gestalten wäre. Einigkeit aber bestehe darin, daß bei diesem Prozeß die Nationen ihre Identität nicht aufgeben dürften. Um so mehr Wert lege er einer engeren Methode der Zusammenarbeit bei, um wirklich eine Gewöhnung in allen Bereichen zu erzielen. Darum bitte er *de Gaulle* noch einmal, seine Aufmerksamkeit den Koordinatoren zuzuwenden.

General *de Gaulle* sagte, der Philosophie nach betrachte man die Dinge unter dem gleichen Aspekt, daß nämlich das europäische Leben auf der Grundlage der nationalen Realitäten gestaltet werden müsse, indem man aus der Tatsache Nutzen ziehe, daß heute keine Gegensätze zwischen den beiden Ländern mehr bestünden, weder in Grenzfragen noch in kolonialer Beziehung, daß vielmehr der Wunsch zum Zusammenleben von einem Ende Europas zum anderen und in erster Linie Westeuropas gegeben sei. Was die Koordinatoren anbelange, so könne er sich nichts Besseres wünschen, als die Dinge zwischen den beiden Regierungen gründlich zu prüfen, damit eine stärkere Dynamik und Koordination erreicht werde und wirklich das, was gemeinsam geschehen könne, auch getan werde.

Das Gespräch unter vier Augen endete um 11.05 Uhr, und der Bundesminister des Auswärtigen sowie Premierminister Couve de Murville traten zu dem Gespräch hinzu.

Es folgte ein kurzes Gespräch darüber, wie die anschließende Plenarsitzung<sup>7</sup> gehandhabt werden solle. Herr Minister *Brandt* merkte noch an, zur besonderen Frage der Gemeinschaft sei am Vortage im Außenministerium gesprochen

<sup>7</sup> Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit Staatspräsident *de Gaulle* am 14. März 1969 in erweitertem Kreis vgl. Referat I A 2, Bd. 1436.

und verabredet worden, aus den Vorschlägen von Herrn Minister Debré vom Oktober<sup>8</sup> und seinen eigenen Vorschlägen vom September<sup>9</sup>, in denen viel Gemeinsames enthalten sei, einen Zeitplan zu entwickeln, damit in diesem Jahr gewisse Fortschritte erzielt werden könnten und keine Rückschläge daraus resultierten, daß Beschlüsse nicht rechtzeitig gefaßt werden könnten.

Herr Minister Brandt wies dann noch im Nachgang zu den übrigen Erörterungen darauf hin, daß man heute vielleicht nicht absolut die Möglichkeit ausschließen könne, daß die Sowjetunion aus eigenen Gründen an einer gewissen Entspannung der Situation in Deutschland interessiert sein könnte. Um dies festzustellen, könnte es nützlich sein, nach angemessener Vorbereitung durch die drei Westmächte oder eine von ihnen, z.B. Frankreich, bei den Russen herauszufinden, ob es möglich sei, daß die drei Westmächte ihrerseits der Bundesregierung und die sowjetische Regierung der Verwaltung in Ostberlin gewisse Empfehlungen gäben zu Fragen wie Personen- und Güterverkehr. Im Quai d'Orsay sei am Vortage daran großes Interesse bekundet worden, und man habe sich geeinigt, mit dem französischen Botschafter<sup>10</sup> in engem Kontakt zu bleiben und dann vielleicht mit den zwei anderen Regierungen Gespräche darüber zu führen, ob eine solche Möglichkeit bestehe.

Der Herr *Bundeskanzler* bezeichnete diesen Vorschlag als sehr nützlich und meinte, man müsse sich dabei natürlich sehr vorsichtig bewegen, weil sonst die Russen sich sofort in ihre de-jure-Positionen flüchteten und die Forderung nach Änderung des deutschen Rechtsstandpunktes stellten, während es der Bundesrepublik ja gerade darum gehe, unter Umgehung der juristisch-politischen Positionen zu praktischen und vernünftigen Gewohnungen zu gelangen.

Das Gespräch endete um 11.15 Uhr.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 31**

<sup>8</sup> Zum französischen Memorandum vom 28. Oktober 1968 zur Verbesserung der europäischen Zusammenarbeit vgl. Dok. 102, Anm. 15.

<sup>9</sup> Zu den Vorschlägen der Bundesregierung vom 27. September 1968 für den inneren Ausbau der Europäischen Gemeinschaften sowie deren Erweiterung vgl. Dok. 24, Anm. 6.

<sup>10</sup> François Seydoux.

104

**Botschafter Allardt, Moskau, an das Auswärtige Amt**

**Z B 6-1-11713/69 VS-vertraulich**  
**Fernschreiben Nr. 394**

**Aufgabe: 14. März 1969, 18.00 Uhr**  
**Ankunft: 14. März 1969, 17.48 Uhr**

Betr.: Rückblick auf Bundespräsidentenwahl

1) Die akute Konfrontation ist beendet. Die damit verbundene und von hier, von Pankow und Warschau entfesselte Propaganda ist, mit verhaltener Assistanz der übrigen Ostblockstaaten, mehr oder minder schlagartig am 5. März zu Ende gegangen.

Daß die SU der „DDR“ mit Note vom 28.2.<sup>1</sup> über ein begrenztes Gebiet eine weitere „Vollmacht“ bewilligt hat, um die Bewegungsfreiheit Westberlins weiter einzuschränken, wann immer dies in die politische Landschaft paßt, mag eine Art Bestrafung der Bundesrepublik oder eine gewisse Kompensation für die „DDR“ sein, ist in seiner Praktizierung bereits vom Anlaß gelöst.

2) Annahme, daß Sowjetregierung Spannungen um Berlin ungelegen kamen, hat sich bestätigt. Wenn von hier aus vorausgesagt wurde, daß Ulbricht lediglich erlaubt werden würde, mit Schikanen gegenüber Westberlin bis an die untere Grenze der alliierten Reizschwelle zu gehen<sup>2</sup>, so hat sich nicht einmal dies bestätigt. Tatsächlich ist, abgesehen von einigen manövermotivierten Sperrungen der Autobahn<sup>3</sup>, seitens der politischen Zentrale des Ostblocks nichts mehr veranlaßt und erlaubt worden als ein geschickt geführter durch Ort und Datum der Manöver verstärkter erfolgreicher Nervenkrieg, lediglich dazu bestimmt, pessimistischen Spekulationen Tür und Tor zu öffnen. Selbst die seit Jahren gewohnte „Phonstärke“ der gegen uns gerichteten Propaganda hat kaum zugenommen, aber sich dafür in vergangenen Wochen auf ein Ziel konzentriert, während sie inzwischen wieder die übliche Bandbreite erreicht hat.

3) Welches Spiel zwischen Moskau und Ulbricht betrieben worden ist, läßt sich von hier aus nicht übersehen. Bemerkenswert ist, daß sich die kommunistische Seite erstmals bereitfand, für Durchsetzung ihres prinzipiellen Standpunktes einen Preis zu bieten. Obwohl dieser Preis gering bemessen war, dürfte man in

1 Korrigiert aus „28.3.“.

Zur sowjetischen Note vom 28. Februar 1969 vgl. Dok. 86, Anm. 2.

2 Am 19. Februar 1969 berichtete Botschafter Allardt, Moskau, daß der französische und der britische Botschafter in Moskau, Roger Seydoux und Wilson, sowie der amerikanische Gesandte Swank in Kontakt mit der sowjetischen Regierung den Eindruck gewonnen hätten, die UdSSR suchte „das Ereignis der Präsidentenwahl vor den Alliierten gleichmäßig herunterzuspielen und als etwas zu behandeln, was unter dem Aspekt sowjetisch-alliierter Beziehungen ohne besonderes Interesse sei“. Er vermutete, „daß die Sowjets keine Maßnahme veranlassen oder tolerieren, in denen alliiertes Interesse oder Prestige involviert sind“, schloß aber nicht aus, „daß der „DDR“ erlaubt werde, bis an die obere Grenze unterhalb besagter Reizschwelle zu gehen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 277; VS-Bd. 4435 (II A 4); B 150, Aktenkopien 1969.

3 Am 1./2. sowie vom 4. bis 7. März 1969 kam es zu Sperrungen der Autobahnen Helmstedt-Berlin und Hof-Berlin. Die Proteste Frankreichs, Großbritanniens und der USA wurden von der UdSSR mit der Begründung zurückgewiesen, die Maßnahmen seien notwendig, da sowjetische Manövertruppen die Autobahn überqueren müßten. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Sahm vom 6. März 1969; VS-Bd. 2067 (201); B 150, Aktenkopien 1969.

Moskau und Pankow damit gerechnet haben, daß Bundesregierung entweder auf Angebot eingehen oder, im Falle der Ablehnung, mit erheblichen innenpolitischen Schwierigkeiten konfrontiert werden würde. Dies legt Schlußfolgerung nahe, daß die kommunistische Seite ihr Kalkül auf eine Fehleinschätzung der inneren Lage der BRD gründete.

Retrospektiv erweist sich als richtig, was ein sowjetischer General dem Schweizer Militärrattaché<sup>4</sup> am Wahltag<sup>5</sup> gesagt hat: „Welch grotesker Lärm um ein Nichts. Aber Jakubowskij und Semjonow haben in Berlin<sup>6</sup> gute Arbeit geleistet und dafür gesorgt, daß unsere Freunde sich dort etwas abreagierten.“ Auf demselben mäßigenden Ton waren so gut wie alle Äußerungen offizieller Sowjets gestimmt, wenn sie von Ausländern auf Wahlen angesprochen wurden.

4) Versucht man, Vorteile und Nachteile der Entscheidung über Ort der Präsidentenwahl gegeneinander abzuwagen, habe ich hier in Gesprächen feststellen können, daß Einigkeit der drei Alliierten, Festigkeit ihrer Unterstützung der Bonner Entscheidung und ihre wiederholten abgestimmten Unisono-Demarchen den Kreml ebenso beeindruckt haben wie Aufenthalt und Reden des amerikanischen Präsidenten in Berlin<sup>7</sup>. Sie dürften kaum Entscheidungen beeinflußt haben, die ohnehin bereits getroffen waren, sie haben aber hier erneut deutlich gemacht, daß Berlin im Handumdrehen zu einem äußerst ernsten Streitobjekt werden kann, wenn Schraube zu stark angezogen wird. Zeitpunkt, möglichst bald mit Sowjets über eine Entschärfung der Berlinfrage ins Gespräch zu kommen, dürfte daher umso günstiger sein, je frischer die Erinnerung daran ist. Überdies mögen Situationen eintreten, in denen es Alliierten nicht leichtfallen wird, uns in einer unilateralen Manifestation so nachdrücklich zu unterstützen, wie es diesmal der Fall war.

Was Nachteile anbelangt, ist festzustellen, daß außer Möglichkeit von Störungen des Berliner Warenverkehrs unter Vorwand der Rüstungsproduktion auch die Gespräche, die nach meinen Besuchen bei Gromyko<sup>8</sup> und Semjonow<sup>9</sup> für Januar in Aussicht genommen und von sowjetischer Seite wohl auch trotz der Berlinkrise erwartet worden waren, durch Berlinkrise um mehrere Monate verzögert worden sind. Wenn gelegentlich aber in der deutschen Presse behauptet wird, die deutsch-sowjetischen Beziehungen seien nunmehr auf Monate hinaus „vergiftet“, vermag ich dem nicht zuzustimmen. Nachdem Sowjetunion so offen

<sup>4</sup> Matthias Brunner.

<sup>5</sup> Die Bundesversammlung trat am 5. März 1969 in Berlin (West) zusammen.

<sup>6</sup> Am 5. Februar 1969 fand in Ost-Berlin eine Sitzung der „Gemischten Kommission“ der UdSSR und der DDR statt. Die sowjetische Delegation wurde vom Stellvertretenden Außenminister Semjonow geleitet. Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. DOKUMENTATION DER ZEIT 5/1969, S. 44. Der Oberkommandierende der Streitkräfte des Warschauer Pakts, Jakubowskij, hielt sich vom 10. bis 21. Februar 1969 in Ost-Berlin auf. Unter seinem Vorsitz fand ein Treffen von Vertretern der Streitkräfte des Warschauer Pakts statt. Es wurde bekanntgegeben, daß Anfang März 1969 in der DDR ein Manöver von sowjetischen Truppen und der NVA stattfinden werde. Vgl. dazu DOKUMENTATION DER ZEIT 6/1969, S. 50 f.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut der Reden des Präsidenten Nixon vom 27. Februar 1969 in Berlin (West) vgl. PUBLIC PAPERS, NIXON 1969, S. 153–159. Für den deutschen Wortlaut vgl. BULLETIN 1969, S. 217–221.

<sup>8</sup> Zum Gespräch des Botschafters Allardt, Moskau, mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 11. Dezember 1968 vgl. AAPD 1968, II, Dok. 410.

<sup>9</sup> Zum Gespräch des Botschafters Allardt, Moskau, mit dem sowjetischen Stellvertretenden Außenminister Semjonow am 3. Januar 1969 vgl. Dok. 2.

und deutlich gezeigt hat, daß sie durch Rücksicht auf einen ihrer treuesten Verbündeten zur Provokierung einer Krise genötigt war, die ihr nicht ins außenpolitische Konzept paßte, wäre es unlogisch zu vermuten, daß sie es ablehnen wird, mit uns diejenigen Punkte ihrer außenpolitischen Agenda zu diskutieren, über die sie gerne bereits früher verhandelt hätte, wenn Präsidentenwahl dies nicht verhindert hätte.

5) Alle Anzeichen deuten daraufhin, daß Sowjetregierung z. Zt. daran interessiert ist,

- a) die Tschechenkrise möglichst rasch im Sinne einer „domestic affair“, also einer totalen Unterwerfung, aber doch mit Methoden zu beenden, die Erreichung außenpolitischer Ziele nicht behindert,
- b) das Verhältnis zum Westen dadurch zu entschärfen, daß die Gespräche mit dem Nixon-Regime so rasch wie möglich aufgenommen, Bundesregierung zur Zeichnung des NV-Vertrages bewogen wird und Sicherheitsgespräche mit anderen westlichen Staaten, darunter auch der Bundesrepublik, vorbereitet werden.

Das Werben um Frankreich, die Angebote an Luxemburg, Belgien und Holland deuten in die Richtung.<sup>10</sup> Zu vermuten ist, daß die SU versuchen wird, ihre Beziehungen zu dritten Staaten in bilaterale Entspannung aufzugliedern, Gespräche über Deutschland-Frage aber nach Möglichkeit auszuklammern, um Bundesrepublik zu isolieren. Uns sollte jedoch nichts daran hindern, das Gespräch mit Sowjets so rasch wie möglich wieder aufzunehmen. Im Hinblick auf Ausgleich mit der UdSSR auf der Grundlage des do ut des würde, aus hiesiger Sicht, nachträglich der für uns per Saldo positive Verlauf der Konfrontation in Berlin in sein Gegenteil verkehrt, wenn wir nunmehr die relative sowjetische Zurückhaltung in irgendeiner Form honorieren würden.

[gez.] Allardt

**VS-Bd. 4449 (II A 4)**

<sup>10</sup> Botschafter Lüders, Luxemburg, berichtete am 7. März 1969, der luxemburgische Außenminister Thorn habe ihm am Vortag mitgeteilt, die UdSSR habe den luxemburgischen Regierung in einem Memorandum ihr Interesse an einer Verbesserung der Beziehungen und an einer Ausweitung der Handelsbeziehungen übermittelt. Außerdem habe sie den Abschluß eines Kulturabkommens angeregt und den Außenminister zu einem Besuch eingeladen. Laut Thorn sei „in Brüssel eine ganz parallele Aktion zur Verbesserung der belgisch-sowjetischen Beziehungen erfolgt“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 50; VS-Bd. 4442 (II A 4); B 150, Aktenkopien 1969.

Am 25. Februar 1969 teilte Botschafter Arnold, Den Haag, mit, ein Angehöriger der sowjetischen Botschaft habe im niederländischen Außenministerium „gefragt, ob die niederländische Regierung jetzt nicht wieder bereit wäre, die vor den ‚augustischen Geschehnissen‘ (wörtl. Übersetzung aus dem Russischen) einigermaßen guten bilateralen Beziehungen wieder aufleben zu lassen. Schließlich bestände doch eine gewisse Übereinstimmung in der Beurteilung mancher außenpolitischen Probleme, z. B. hinsichtlich des Nahost- und des Vietnam-Konfliktes.“ Auf die zurückhaltende Reaktion seines Gesprächspartners habe er um Prüfung gebeten, „ob nicht wenigstens das niederländisch-sowjetische Kulturabkommen, dessen Behandlung im hiesigen Parlament auf Grund des Einfalls der Sowjetunion in der Tschechoslowakei ausgesetzt worden war, nunmehr ratifiziert werden könne“. Vgl. Referat I A 3, Bd. 600.

105

**Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit Präsident Mobutu****Z A 5-52.A/69 VS-vertraulich****18. März 1969<sup>1</sup>**

Der Herr Bundeskanzler empfing am 18. März 1969 um 12 Uhr den Präsidenten der Demokratischen Republik Kongo (Kinshasa), Generalleutnant Mobutu, in Begleitung von Außenminister Bomboko und Botschafter Ondo zu einer Unterredung.<sup>2</sup>

Nach der Begrüßung sprach der Herr *Bundeskanzler* seine Genugtuung darüber aus, daß Präsident Mobutu die Bundesrepublik zum ersten Mal in seiner Funktion als Staatschef besuchte, nachdem er bereits 1964 als Armeechef hier gewesen sei.<sup>3</sup> Er gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß der Präsident auch nach Berlin fliege, und dankte ihm für alle Zeichen der Anteilnahme an dem wichtigsten nationalen Problem Deutschlands. Mit dem gleichen Interesse verfolgte er selbst die Ziele und Absichten der Politik Mobutus. Es sei erfreulich, daß im Verlauf von dessen Staatsbesuch in Deutschland drei Abkommen über Kapitalhilfe<sup>4</sup>, Investitionsförderung<sup>5</sup> und Technische Hilfe<sup>6</sup> unterzeichnet werden könnten.

General *Mobutu* äußerte sich sehr erfreut darüber, die persönliche Bekanntschaft des Herrn Bundeskanzlers machen zu können, und dankte für dessen Worte. Die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Demokratischen Republik Kongo könne man seiner Auffassung nach als „herzlich, brüderlich und offen“ bezeichnen. Es ließe sich sogar von einer gefühlsmäßigen Verbundenheit sprechen, da die beiden Länder das gleiche Drama der Zerissenheit gekannt hätten. Deutschland habe auch in schwierigen Zeiten nie, wie andere, gezögert, Kongo Hilfe zu leisten. Obwohl die Bundesrepublik nicht Mitglied der UNO sei, seien doch viele deutsche Geschenksendungen über die Vereinten Nationen in sein Land gelangt.

Er hoffe, daß seine Anwesenheit in Deutschland nunmehr eine zweite Etappe in den beiderseitigen Beziehungen einleiten werde. Er hoffe, Verständnis zu finden, um z. B. die kommerziellen Bände zu verstärken. Die Demokratische Republik Kongo lege großen Wert auf ihre nationale Unabhängigkeit. Wenn auch in den ersten Jahren nach 1960 es nur natürlich gewesen sei, daß die Handelsbeziehungen der ehemaligen belgischen Kolonie über belgische Mittelsmänner und Firmen geleitet worden seien, halte er nunmehr die Zeit einer Normalisierung für gekommen. Sein Land habe nichts gegen Belgien; man sehe aber

<sup>1</sup> Durchdruck.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscherin Bouverat am 30. April 1969 gefertigt.

<sup>2</sup> Präsident Mobutu hielt sich vom 17. bis 26. März 1969 in der Bundesrepublik und Berlin (West) auf.

<sup>3</sup> Der Besuch fand vom 18. bis 24. Mai 1964 statt.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut des Abkommens vom 18. März 1969 über Kapitalhilfe vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 84 vom 7. Mai 1969, S. 1.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. März 1969 über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1970, II, S. 510–517.

<sup>6</sup> Für den Wortlaut des Abkommens vom 18. März 1969 über Technische Zusammenarbeit und Ausbildung vgl. Referat III B 5, Bd. 777.

nicht ein, warum heute noch jeder nach dem Kongo exportierte Volkswagen über eine belgische Vertretung geliefert werden müsse mit einer entsprechenden Kostenerhöhung für den kongolesischen Käufer. Es müsse erreicht werden, daß Einfuhren aus Deutschland in Zukunft direkt getätigten würden ohne Zwischenhandel. Dies halte er für sehr wichtig.

Was die deutsche Frage betreffe, sei seine Regierung in der Organisation für Afrikanische Einheit und insbesondere in den Vereinten Nationen immer auf der Seite der Bundesrepublik gestanden. Dies gehe so weit, daß sein Botschafter bei der UNO<sup>7</sup> keine Weisungen mehr einholen müsse, wenn die deutsche Frage zur Debatte stehe, da der Standpunkt der Regierung ein für allemal feststehe.

Es gebe jedoch ein Gebiet, auf dem man um Verständnis und Hilfe seitens der Bundesregierung bitte: Seit 1960 könnten Staatsangehörige aller kommunistischen Länder einschließlich der DDR ohne Visum nach Kongo-Brazzaville und umgekehrt fahren, während zur Einreise in die Bundesrepublik ein Sichtvermerk verlangt werde. Dies werde von der kommunistischen Propaganda ausgeschlachtet, und es sei schwierig, insbesondere der Jugend gegenüber, eine Erklärung dafür zu finden. Er glaube, daß Außenminister Bomboko die Frage schon mit dem Bundesaußenminister erörtert habe. Wenn auch Ostdeutschland beabsichtige, über die Messe von Kinshasa<sup>8</sup> in das Land einzudringen, denke seine Regierung keineswegs an die Anknüpfung diplomatischer Beziehungen mit Pankow.

Der Herr *Bundeskanzler* bekundete sein Verständnis für dieses Anliegen und sagte zu, daß man auf deutscher Seite das Sichtvermerksverfahren überprüfen werde mit dem Ziel, den Visumzwang aufzuheben.

Auf eine Frage nach dem Umfang des beiderseitigen Handelsverkehrs antwortete Staatssekretär *Harkort*, die deutschen Exporte beliefen sich auf ca. 120 Millionen DM und die Importe auf ca. 46 Millionen DM. Der Handelsverkehr mit der Zone liege dagegen unter 5 Millionen DM.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte ferner, er verstehe den Wunsch der kongolesischen Seite, den Handel mit deutschen Firmen möglichst direkt abzuwickeln.

Hierzu erläuterte General *Mobutu*, daß das Problem zwei Aspekte aufweise: einen politischen im Zusammenhang mit der Unabhängigkeit, die zu respektieren sei, und einen sozialen, da die deutschen Waren, wenn sie direkt eingeführt würden, für den Verbraucher im Kongo billiger seien. Abgesehen von den historisch bedingten Gründen sei immer wieder angeführt worden, daß die deutschen Industriellen und Geschäftsleute den Kongo nicht genügend kannten. Er – *Mobutu* – lade gerne eine deutsche Wirtschaftsdelegation unter der Leitung einer bekannten Persönlichkeit in sein Land ein, um sich ein Bild von den dortigen Möglichkeiten zu machen. Erst kürzlich sei z. B. eine belgische Delegation, angeführt von Prinz Albert, in den Kongo gereist.

Der Herr *Bundeskanzler* führte aus, die genannten Schwierigkeiten ergäben sich auch in den Beziehungen zu anderen Entwicklungsländern. Die deutschen Ge-

<sup>7</sup> Théodore Idzumbuir.

<sup>8</sup> Die erste Internationale Messe von Kinshasa fand vom 30. Juni bis 21. Juli 1969 statt.

schäftsleute zögerten etwas, im Ausland zu investieren. Er glaube aber, daß sich diese Einstellung ändern lasse. Auch er halte die baldige Entsendung einer Delegation deutscher Industrieller nach dem Kongo für nützlich. Er regte an, daß General Mobutu dieses Thema auch bei seinen Gesprächen mit Wirtschaftskreisen in Hamburg<sup>9</sup> und Stuttgart<sup>10</sup> zur Sprache bringe. Wenn er – der Herr Bundeskanzler – deutschen Industriellen vorgeschlagen habe, derartige Reisen zu unternehmen, habe er immer eine große Bereitschaft festgestellt. Und fast überall habe man Erfolge buchen können. Kongo biete ja auch besonders viele Möglichkeiten.

Der Herr Bundeskanzler versicherte Präsident Mobutu erneut, daß er seine Anstrengungen mit Interesse und Sympathie verfolge und auch in Zukunft bereit sei, einen Beitrag zur Entwicklung des reichen Potentials des Kongo zu leisten.

Auf die Frage des Herrn Bundeskanzlers, ob Präsident *Mobutu* noch weitere Probleme seines Landes anschneiden möchte, wies dieser nochmals auf die Frage des Verhaltens gegenüber Ostdeutschland hin. Angesichts der Ostberliner Propaganda, die auch über den Rundfunk in den Kongo einwirke, müßte es zu einer verstärkten Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik kommen, damit man dieser Propaganda etwas Konkretes entgegenstellen könne. Es genüge beispielsweise nicht, ein Investitionsförderungsabkommen abzuschließen, wenn dann nicht auch wirklich investiert werde.

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte sich mit diesen Ausführungen einverstanden. Der erwähnte Gesichtspunkt werde auch hier für wichtig gehalten. Man müsse versuchen, der Industrie einen Impuls zu geben. Allerdings wolle man sich auf deutscher Seite nicht in die innere Situation eines anderen Landes einmischen, sondern wünsche, daß jedes Land sich nach seinen eigenen Vorstellungen entwickle. Das beste, was man der kommunistischen Propaganda entgegensetzen könne, sei der Beweis, daß das eigene System besser und erfolgreicher sei.

Der Herr Bundeskanzler sicherte noch einmal zu, daß er die Entsendung einer Delegation von führenden Vertretern des deutschen Wirtschaftslebens nach dem Kongo befürworte, und fragte Präsident Mobutu anschließend nach seiner Auffassung zu der Entwicklung in Nigeria.

Präsident *Mobutu* führte hierzu aus, er sei selbst Mitglied der Sechser-Kommission der OAU, die am 17. April d.J. in Liberia zusammenentreten werde, um über das nigerianische Problem zu beraten.<sup>11</sup> Die Situation sei dramatisch und beschäftige ihn sehr. Er habe immer den Grundsatz vertreten, daß jede Sezession abzulehnen sei. Aber man müsse auch den humanitären Aspekt der Frage berücksichtigen. Für eine glückliche Entwicklung brauchten die afrikanischen Länder den Frieden. Im Grunde genommen hätten die Dinge in Afrika einen besseren Verlauf genommen, als man es ursprünglich vorausgesehen habe. Seiner Auffassung nach müßten die nach dem Rückzug der Kolonialmächte festgelegten Grenzen respektiert werden. Dies gelte besonders auch für Nigeria,

<sup>9</sup> Präsident Mobutu hielt sich am 19./20. März 1969 in Hamburg zu Gesprächen mit Vertretern des Afrika-Vereins und der Handelskammer auf.

<sup>10</sup> Am 21. März 1969 besuchte Präsident Mobutu die Daimler-Benz AG, Stuttgart.

<sup>11</sup> Die Konferenz des Nigeria-Ausschusses der OAU, dem neben der Demokratischen Republik Kongo (Kinshasa), Äthiopien, Ghana, Kamerun, Liberia und Niger angehörten, fand vom 17. bis 19. April 1969 in Monrovia statt.

dessen Grenzen von der UNO anerkannt worden seien. Wo würde man hinkommen, wenn man Sezessionen zulasse, z.B. eine Abtrennung der Bretagne von Frankreich, Quebecs von Kanada usw.? Er – Mobutu – glaube, daß man eine Grundlage für eine Lösung des humanitären Problems finden werde. Ojukwu selbst habe Beweise für seine Menschlichkeit geliefert, die zeigten, daß er um das Wohl seiner Landsleute besorgt sei. Aber beide, Ojukwu und Gowon, seien sehr eigenwillig: Sie glichen sich „wie zwei Wassertropfen“.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 31**

## 106

### **Botschafter Pauls, Washington, an das Auswärtige Amt**

**Z B 6-1-11766/69 geheim  
Fernschreiben Nr. 647**

**Aufgabe: 18. März 1969, 18.00 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 19. März 1969, 01.23 Uhr**

Der Präsident hat mich Samstagabend bei einer Nach-Tisch-Unterhaltung nochmals auf die besondere Nachrichtenverbindung zwischen ihm und dem Bundeskanzler angesprochen. Ich habe ihm dabei erwideret, daß nach meiner Bonner Unterrichtung schon eine Verbindung bestehe. Heute nun sagte mir Kissinger, daß nach amerikanischer Feststellung eine telefonische Verbindung bestehe, die vom Weißen Haus zum Bundeskanzleramt durchgeschaltet werden könnte, deren Sicherheitsgrad aber nicht als vollkommen zu beurteilen sei. Was der Präsident im Sinne habe, sei eine direkte Fernschreibverbindung (teletype) zwischen ihm und dem Bundeskanzler, wie sie sonst nur zwischen ihm und Ministerpräsident Wilson bestehe. Über diese Leitung, die vollkommen dicht sei, könnten beide Persönlichkeiten sich festschriftlich miteinander unterhalten, was den großen Vorteil habe, Irrtümer des Hörens auszuschließen. Wenn der Herr Bundeskanzler einverstanden sei, so werde der Präsident die nötigen Weisungen hier geben, um die besondere Fernschreibverbindung einzurichten. Ich habe Kissinger gesagt, ich sei überzeugt, daß der Bundeskanzler eine solche Verbindung begrüßen werde, und ich würde seine Weisung einholen und das Weiße Haus dann wieder unterrichten.<sup>2</sup>

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Behrends vorgelegen.

<sup>2</sup> Ministerialdirigent Sahn teilte am 28. März 1969 Botschafter Pauls, Washington, mit, Bundeskanzler Kiesinger begrüße den Vorschlag des Präsidenten. Die Einrichtung einer Fernschreibverbindung solle anlässlich der Tagung des NATO-Ministerrats am 10./11. April 1969 in Washington mit der amerikanischen Regierung besprochen werden. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 336; VS-Bd. 1985 a (201); B 150, Aktenkopien 1969.

Am 10. Juni 1969 notierte Ministerialdirektor Ruete, die Bundesrepublik hätte bei den Gesprächen im April ihr „grundsätzliches Einverständnis“ mit dem Vorschlag Nixons erklärt, eine Fernschreibverbindung zwischen dem Weißen Haus und dem Bundeskanzleramt einzurichten. In einer Besprechung am 2. Juni 1969 mit den USA habe man sich geeinigt, die Vereinbarung in Form eines Briefwechsels zu schließen: „Der Briefwechsel sollte nach amerikanischer Auffassung zwischen Botschafter Pauls und Mr. Hillenbrand als zuständigem Abteilungsleiter des State Department oder in Bonn auf entsprechender Ebene vorgenommen werden. Es sei nicht notwendig, den

Der Präsident hatte mir neulich noch gesagt, ihm liege an dieser Verbindung besonders, weil ihm wegen der einzigartigen, exponierten Lage Deutschlands und seiner Regierung die schnellste und zuverlässigste Verbindung zwischen ihm und dem Bundeskanzler besonders wichtig erscheine.<sup>3</sup>

[gez.] Pauls

**VS-Bd. 1985a (201)**

**107**

### **Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit Abgeordneten des israelischen Parlaments**

**VS-vertraulich**

**20. März 1969<sup>1</sup>**

Vermerk über ein Gespräch, das der Herr Bundeskanzler am 20.3.1969, 15.30 Uhr, mit einer Delegation des israelischen Parlaments führte, der folgende Damen und Herren angehörten:

David Hacohen, Shimon Peres, Baruch Azania, Rachel Zarabi, Mosche Unna, Jitzchak Golan, Josef Tamir, Elias Nakhleh, Frau Haya Mann.

Der Herr *Bundeskanzler* leitete das Gespräch mit einer herzlichen Begrüßung und dem Dank an den israelischen Botschafter<sup>2</sup> für seine unermüdliche Arbeit für die Intensivierung der deutsch-israelischen Beziehungen ein. Der Leiter der Delegation, Herr *Hacohen*, unterstrich in seiner Erwiderung den guten Stand der Beziehungen. Er schnitt in seinen Ausführungen die derzeitigen politischen Schwierigkeiten Israels an und kam sodann auf das Problem der Verjährung von NS-Verbrechen zu sprechen.<sup>3</sup> Es gehe dabei, so sagte er, den Israelis nicht so sehr um die Aburteilung der Verbrecher, sondern um den moralisch-erzieherischen Aspekt. 1951 hätten Herr von Brentano, Herr Tillmanns und Carlo Schmid im Gespräch mit ihm erläutert, wie wenig der Durchschnittsdeutsche selbst über die Verbrechen gewußt habe. Hier ginge es um Aufklärung, damit sich derartige Dinge nie mehr wiederholten.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 417*

Präsidenten und den Bundeskanzler damit zu befassen.“ Noch zu klären sei, „ob neben dem Weißen Haus und dem Bundeskanzleramt noch andere Endstellen (Außenminister und Verteidigungsminister) eingerichtet werden sollen“. Vgl. VS-Bd. 1985 a (201); B 150, Aktenkopien 1969.

<sup>3</sup> Zur Einrichtung einer Fernschreibverbindung zwischen der Bundesrepublik und den USA vgl. weiter Dok. 260, Anm. 8.

<sup>1</sup> Durchdruck.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Boss, Bundeskanzleramt, am 11. April 1969 gefertigt.

<sup>2</sup> Asher Ben Natan.

<sup>3</sup> Zur Frage einer Verlängerung der Verjährungsfrist für nationalsozialistische Gewaltverbrechen vgl. Dok. 49, besonders Anm. 9.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, daß 60 % aller Deutschen, die heute leben, zu der nationalsozialistischen Zeit keine Beziehung mehr hätten. Dennoch würden im Fernsehen und in den anderen Publizitätsorganen laufend die Verbrechen der Vergangenheit in drastischer Weise dargestellt. Man könne daher davon ausgehen, daß die Menschen in Deutschland weitgehend informiert seien und daß sie die Verbrechen zutiefst verabscheuten. Aus den Meinungsumfragen ergebe sich eine nahezu schizophrene Haltung der Bevölkerung zur Frage der Verjährung, denn  $\frac{3}{4}$  der Befragten lehnten Verjährung für Mord ab und nur  $\frac{1}{4}$  sei dafür. Hingegen sei ein großer Teil der öffentlichen Meinung, was die Verfolgung von Nazi-Verbrechen betreffe, der Auffassung, daß damit nun Schluß gemacht werden sollte, weil die Prozesse immer wieder Unruhe schafften.

Er, der Herr *Bundeskanzler*, wolle versichern, daß noch in dieser Legislaturperiode ein Kabinettsbeschuß zu der Frage der Verjährung herbeigeführt werde.

Dabei sei seine persönliche Meinung, daß er keinem Kabinettsbeschuß zustimmen werde, der rundweg jede Verlängerung der Verjährungsfrist ablehnen würde. Für ihn stelle sich die Frage, ob es nicht eine Zwischenlösung gäbe, nach der Mord nicht verjähre, aber geringere Vergehen nicht mehr geahndet würden. Dabei sei freilich jede Lösung weder rechtlich noch politisch einfach. In der CDU/CSU gingen die Meinungen auseinander. Gegenüber denen, die sagten, man müsse endlich Schluß machen, könne man sagen, daß mit der Verjährung noch lange nicht Schluß sei, weil Tausende von Prozessen, die erst anhängig sind, noch zu Ende geführt werden müßten.

Wenn man eine differenzierte Lösung finde, sei die Möglichkeit gegeben, ein einheitliches Votum der Fraktion, vielleicht sogar des Bundestages, zu erreichen. Damit habe er aber schon zuviel gesagt.

Herr *Hacohen* meinte dazu, daß man gegen die Befürworter der Verjährung doch auch ins Feld führen könne, es sei ungerecht, wenn die einen noch weiter verfolgt würden und die anderen unter dem Schutz der Verjährung frei ausgingen.

Herr *Hacohen* wandte sich sodann dem Nahost-Problem zu. Für die Judenfrage, so sagte er, gebe es zwei Lösungen, entweder die Hitlers oder den Staat Israel. Die Araber lehnten konsequent jedes Verhandeln ab. Deshalb lebe Israel in ständigem Kriegszustand und höchstens einmal käme es zu Zwischenperioden des Waffenstillstands. Er richte an die Bundesregierung die Bitte, Israel zu unterstützen (we must not be abandoned). Für seine Rüstung bedürfe Israel vieler Waffen und Geräte. Aus einem Vergleich mit Schweden könne man ersehen, wie ungeheuer die militärische Last sei, die Israel tragen müsse. Es komme hinzu, daß Israel schon seiner Natur nach zum Westen gehöre und gegen die kommunistischen Regime eingestellt sei.

Es sei ein schwerer Schlag gewesen, daß de Gaulle Israel aufgegeben habe.<sup>4</sup> Von deutscher Seite erwarte man in Israel, daß man weiterhin so mutig für Israel eintrete wie bisher, auch bei den NATO-Partnern Deutschlands.

Herr *Peres* ergänzte, es gehe um einen dauernden Frieden im Nahen Osten. Er könne nur durch direkte Verhandlungen erreicht werden. Zweimal seien bereits

<sup>4</sup> Zum französischen Beschuß vom 8. Januar 1969, an Israel keine Waffen mehr zu liefern, vgl. Dok. 13, Anm. 11.

auferlegte Regelungen gescheitert. Die Jarring-Mission<sup>5</sup> dürfe nicht durch andere Initiativen gestört werden.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, daß ein echter Friede nur zustande kommen könne, wenn beide Seiten einig seien. Er erläuterte im übrigen die Haltung de Gaulles, die als ein Ausdruck seines politischen Hauptmotivs zu werten sei: Frankreich brauche absolute Ruhe, um seine Institutionen entwickeln und sich festigen zu können. Deutschland werde immer bei denen sein, die eine Lösung unterstützen, welche die Zukunft Israels sichert.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 31**

## 108

### **Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Herbst**

**D III-404/69 VS-vertraulich**

**20. März 1969**

Betr.: Fortführung der deutsch-französischen Konsultationen über die künftige Ausgestaltung Europas

1) In zahlreichen Gesprächen, die ich mit hiesigen Diplomaten – u.a. mit dem britischen<sup>1</sup> und schweizerischen Botschafter<sup>2</sup> und dem amerikanischen Wirtschaftsgesandten Weiss – über das Ergebnis der Pariser Konsultationen<sup>3</sup> hatte, nahm die Frage nach dem „Charakter“ der Eröffnungen de Gaulles zur künftigen Gestaltung Europas breiten Raum ein. Mögliche Deutungen waren:

- die Neuauflage von im Grunde unverbindlichen visionären Darlegungen de Gaulles;
- der Versuch, den dramatischen Effekt der „Affäre Soames“<sup>4</sup> durch ein Parallelgespräch mit den Deutschen zu überspielen;
- der Versuch, eine taktische Position auszubauen, aus der heraus die Bundesrepublik später in europäischen Fragen (etwa der Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik) besser zum Nachgeben gezwungen werden könnte;
- der Beginn einer französischen Ouvertüre, wobei sich erste vage Vorstellungen des Generals allerdings noch nicht zu einer geschlossenen, logischen Gedankenführung verdichtet haben und es noch völlig offen ist, ob diese Vorstellungen schließlich in französische Vorschläge einmünden werden.

<sup>5</sup> Am 23. November 1967 ernannte UNO-Generalsekretär U Thant den schwedischen Botschafter in Moskau, Jarring, zum Sonderbevollmächtigten für den Nahen Osten.

<sup>1</sup> Roger Jackling.

<sup>2</sup> Hans Lacher.

<sup>3</sup> Für die deutsch-französischen Konsultationsbesprechungen am 13./14. März 1969 vgl. Dok. 99-103.

<sup>4</sup> Zum Gespräch des Staatspräsidenten de Gaulle mit dem britischen Botschafter in Paris, Soames, am 4. Februar 1969 vgl. Dok. 90.

Mein Eindruck, daß die letzte Deutungsmöglichkeit wohl am ehesten zutrifft<sup>5</sup>, findet erste Stützen in der Anregung Alphands, „den in den Konsultationen angesponnenen Faden nicht abreißen zu lassen“<sup>6</sup>, in der Einladung des niederländischen Premierministers durch die französische Regierung<sup>7</sup> und der französischen Absicht, mit der italienischen Regierung einen ähnlichen Dialog zu eröffnen<sup>8</sup>.

2) Der General hat uns gesagt, er wolle an der Gemeinschaft festhalten und an ihrem inneren Ausbau mitwirken. Dies scheint darauf hinzudeuten, daß de Gaulle die Gemeinschaft als „harten Kern“ einer europäischen Zusammenarbeit in geographisch erweitertem Raum ansieht.

Demgegenüber hat Soames unserem Pariser Botschafter erklärt, der General habe ihm gegenüber eindeutig von der Absicht gesprochen, die Gemeinschaft aufzulösen („to scrap it“).<sup>9</sup>

Ähnlich hat sich der französische Ständige Vertreter in Brüssel, Botschafter Boegner, Herrn Sachs gegenüber geäußert.<sup>10</sup>

Die französischen Vorstellungen zu diesem zentralen Punkt müßten wohl vor dringlich geklärt werden.<sup>11</sup>

3) Der Fortführung des Gesprächs, das von französischer Seite angeregt wird und in dem wir nicht „demandeur“ sind, können wir nicht ausweichen. Es kann uns wertvolle Aufschlüsse bringen, birgt aber auch große Gefahren. Je nach den Elementen, die die französische Seite in das Gespräch einführen wird, könnten wir schon bald mit der Frage nach der partiellen, vielleicht sogar völligen

<sup>5</sup> Dazu vermerkte Staatssekretär Harkort handschriftlich: „richtig“.

<sup>6</sup> Für die Äußerung des Generalsekretärs im französischen Außenministerium vgl. den Drahtbericht Nr. 631 des Botschafters Freiherr von Braun, Paris, vom 18. März 1969; VS-Bd. 2848 (I A 2); B 150, Aktenkopien 1969.

<sup>7</sup> Ein Besuch des Ministerpräsidenten de Jong und des niederländischen Außenministers Luns in Paris war für den 12./13. Mai 1969 vorgesehen, kam aber wegen des Regierungswechsels in Frankreich nicht zustande. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1058 des Botschaftsrats I. Klasse Feit, Paris, vom 12. Mai 1969; Referat I A 3, Bd. 600.

<sup>8</sup> Am 3. Februar 1969 berichtete Botschafter Freiherr von Braun, Paris, der italienische Gesandte Gardini habe ihm mitgeteilt, Besprechungen zwischen dem Abteilungsleiter im französischen Außenministerium, de Beaumarchais, und seinem italienischen Kollegen Gaja am 24. Januar 1969 in Rom hätten ergeben, daß man „französischerseits die deutsch-französischen Konsultationen durch französisch-italienische ergänzen“ wolle. Auf die Frage, „ob die Kontakte regelmäßig durchgeführt werden sollten oder ob es sich nur um eine einmalige Kontaktnahme gehandelt habe“, habe Gardini erklärt, „es habe sich bereits um die dritte Konsultation dieser Art gehandelt“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 260; Referat I A 3, Bd. 638.

<sup>9</sup> Für die Äußerung des britischen Botschafters in Paris, Soames, vgl. den Drahtbericht Nr. 620 des Botschafters Freiherr von Braun, Paris, vom 17. März 1969; VS-Bd. 2666 (I A 1); B 150, Aktenkopien 1969.

<sup>10</sup> Am 20. März 1969 berichtete Botschafter Sachs, Brüssel (EG), sein französischer Kollege habe ihm bestätigt, „daß man an eine Änderung der Konstruktion der Gemeinschaft selbst denke“. Boegner habe dargelegt, man könnte „eine echte Integration nur zu sechst durchführen. Diese hätte sich dann folgerichtig auch auf die Zusammenarbeit auf anderen als den wirtschaftlichen Gebieten, z. B. den politischen Rahmen, erstrecken müssen. Die Partner Frankreichs seien anderer Auffassung, und deshalb müsse man nach neuen Formen suchen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 672; VS-Bd. 2850 (I A 2); B 150, Aktenkopien 1969.

<sup>11</sup> Zu dem Passus „Der General hat ... vordringlich geklärt werden“ vermerkte Staatssekretär Harkort handschriftlich: „De Lipkowski auf meine direkte Frage: keine fr[an]z[ösische] Regierung kann an die Aufgabe der EWG denken; gleichwohl – ich bin nicht sicher, ob insoweit der General zur fr[an]z[ösische] Regierung zu rechnen ist.“

Negoziabilität der Gemeinschaft und damit der bisherigen Europapolitik der Bundesregierung konfrontiert sein. Wie besorgt die anderen EWG-Partner auf diese Perspektive reagieren, zeigt das Gespräch unseres Botschafters in Luxemburg mit Außenminister Thorn<sup>12</sup>, das indikativ für die Besorgnisse der Benelux-Staaten und auch Italiens sein dürfte.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär<sup>13</sup> vorgelegt. – D I<sup>14</sup> hat einen Durchdruck als Beitrag für die Vorarbeiten der soeben gebildeten Arbeitsgruppe<sup>15</sup> bekommen.

Herbst

**VS-Bd. 8398 (Abteilung III)**

<sup>12</sup> Botschafter Lüders, Luxemburg, teilte am 19. März mit, der luxemburgische Außenminister habe am Vortag ihm gegenüber geäußert, die britische Version der Äußerungen des Staatspräsidenten de Gaulle vom 4. Februar 1969 gegenüber dem britischen Botschafter in Paris, Soames, sei seiner Ansicht nach zutreffend. Thorn habe darauf hingewiesen, „daß die Benelux-Staaten, wenn die Bundesregierung etwa auf diese Gedanken de Gaulles eingehe, ihre eigenen Wege verfolgen müßten, die nicht zum Vorteil der Bundesrepublik ausschlagen würden“. Er, Lüders, habe ihn nicht von der Befürchtung abbringen können, „daß wir de Gaulle gegenüber nachgeben und England in die Freihandelszone verbannen könnten“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 61; VS-Bd. 2710 (I A 3); B 150, Aktenkopien 1969.

<sup>13</sup> Hat Staatssekretär Harkort am 20. März 1969 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ich teile alle diese Besorgnisse. Andererseits: wir müssen die Franzosen fragen, um zu erfahren, was sie meinen. Mein Eindruck: der General ist selbst noch ziemlich vage. – Auf keinen Fall darf bei diesen Fragen der Eindruck entstehen, wir wären bereit, die EWG durch etwas anderes zu ersetzen. Auch sollten wir F[rankreich] erkennen lassen, daß wir sicher sind, daß das U[nited] K(ingdom) einen Sitz im 2. Rang nicht akzeptiert.“

<sup>14</sup> Paul Frank.

<sup>15</sup> Dazu handschriftlicher Vermerk des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Robert vom 24. März 1969: „Aufzeichnung und Vermerk des H[errn] werden in der Arbeitsgruppe berücksichtigt.“

109

**Staatssekretär Duckwitz, z.Z. Neu Delhi,  
an Bundesminister Brandt**

**Z B 6-1-11810/69 geheim  
Fernschreiben Nr. 229  
Citissime**

**Aufgabe: 20. März 1969, 18.00 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 20. März 1969, 14.41 Uhr**

Für Bundesminister und Staatssekretär<sup>2</sup>

I. 1) Nach Abschluß der Konsultationsgespräche<sup>3</sup> bat mich Staatssekretär Kaul heute zu einer Begegnung im kleinen Kreise, an der auf indischer Seite außer ihm Staatssekretär Kewal Singh und auf unserer Seite außer mir MD Frank sowie Dolmetscher Weber teilnahmen. Staatssekretär führte aus, daß er Weisung habe, uns die Entscheidung der indischen Regierung mitzuteilen, das bisherige nicht-staatliche Handelsbüro in Ostberlin in eine Handelsvertretung umzuwandeln. Die Handelsvertretung solle auch berechtigt sein, Visa auszustellen. Diese Maßnahme sei aus folgenden Gründen notwendig geworden:

- a) starke Zunahme des Handels mit der DDR,
- b) starker Druck seitens der DDR,
- c) erheblicher Druck im indischen Parlament, auch auf dem rechten Flügel.

Die Forderungen eines großen Teiles des Parlaments gingen in Richtung auf Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der DDR. Dazu sei jedoch die indische Regierung nicht bereit. Auch sei sie nicht bereit, den Status der DDR-Handelsvertretungen in Indien anzuheben oder in Konsulate umzuändern. Sie wolle alles vermeiden, was eine friedliche Wiedervereinigung Deutschlands in Zukunft erschweren könne. Anpassungen an die weitere Entwicklung schloß er nicht aus.

2) Ich habe die Gesprächspartner darauf hingewiesen, daß die vorgesehenen Maßnahmen eine Änderung des Status quo im Verhältnis Indien/DDR bedeuten. Wir fürchteten, daß durch solche Maßnahmen und Einzelschritte der Spielraum der deutschen Politik für die Lösung des Deutschlandproblems immer mehr eingeengt werde. Wir gäben zu bedenken, ob nicht das bisherige Handelsbüro de facto mit der Bearbeitung von Visa-Anträgen beauftragt werden könnte.

1 Hat Ministerialdirektor Ruete vorgelegen.

Hat Ministerialdirigent Sahm am 20. März 1969 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Lücking vorgelegen.

2 Günther Harkort.

3 Mit Schreiben vom 24. März 1969 übermittelte Botschafter Freiherr von Mirbach, Neu Delhi, eine Zusammenfassung der deutsch-indischen Regierungsgespräche vom 17. bis 20. März 1969. Im Mittelpunkt habe ein Meinungsaustausch über aktuelle politische Fragen sowie die wirtschaftlichen Beziehungen der beiden Staaten gestanden. Die indische Regierung habe ihr Interesse bekräftigt, die negative Handelsbilanz mit der Bundesrepublik durch eine Erhöhung der Exporte auszugleichen. Auch eine Verstärkung der Kapitalhilfe sowie eine Förderung privater Investitionen durch die Bundesrepublik sei erwünscht. Abgesehen von der Unterzeichnung eines Kulturabkommens seien, dem Charakter der Gespräche entsprechend, konkrete Abmachungen nicht getroffen worden. Vgl. dazu Referat I B 5, Bd. 452.

Staatssekretär Kaul sagte, daß dies nicht möglich sei, weil es sich um ein privates Büro handele und das indische Innenministerium die Genehmigung hierzu nicht erteilen würde.

Auf die Frage nach der Bezeichnung der Handelsvertretung antwortete Kaul, daß vorgesehen sei, die Vertretung zu nennen „Foreign Trade Representative of India“. Man könne aber auch prüfen, ob die Vertretung nicht „Representative of the Foreign Trade Ministry of India“ genannt werden könnte.

3) Auf die Frage nach dem Zeitpunkt der Errichtung meinte Kaul, daß damit etwa April/Mai gerechnet werden müsse.<sup>4</sup> Er denke nicht an eine Veröffentlichung der beabsichtigten Maßnahme, vor allem nicht kurz nach den Konsultationen. (Auch ich empfehle vorläufige vertrauliche Behandlung).

4) Staatssekretär Kaul bezog sich zur Rechtfertigung des indischen Vorgehens mehrfach auf das Gespräch, das zwischen Indira Gandhi und dem Herrn Bundeskanzler gelegentlich des Besuchs im November 67 stattgefunden habe<sup>5</sup>. Er erwähnte auch das Gespräch, das der indische Botschafter in Bonn noch letzte Woche mit dem Herrn Bundeskanzler gehabt hat.<sup>6</sup> In dem Gespräch, das zwischen Indira Gandhi und dem Herrn Bundeskanzler geführt worden sei, sei sie noch weiter gegangen als die jetzt vorgesehenen Maßnahmen.

5) Ich habe keinen Zweifel daran gelassen, daß wir diese Entscheidung der indischen Regierung bedauern. Ich habe auch erklärt, daß sie die parlamentarischen Beratungen über Wirtschaftshilfe nicht erleichtern würde. Staatssekretär Kaul verwies auf unsere Beziehungen mit Jugoslawien und die DDR-Handelsvertretung in Helsinki sowie auf die Neutralität der Bundesregierung im Kaschmir-Konflikt<sup>7</sup>. Gleichwohl betonte er wiederholt, daß Indien weder jetzt noch in Zukunft daran denke, die DDR diplomatisch anzuerkennen. Die indische Regierung unterscheide strikt zwischen Handelsbeziehungen und diplomatischer Anerkennung. Sie glaube daher nicht, daß durch die beabsichtigten Maßnahmen die Wiedervereinigung erschwert werde. Er bitte die deutsche Seite, dies in gleicher Weise zu sehen.<sup>8</sup>

<sup>4</sup> Die indische Handelsvertretung in Ost-Berlin wurde am 4. Oktober 1969 eröffnet.

<sup>5</sup> Zu den Gesprächen vom 20./21. November 1967 vgl. AAPD 1967, III, Dok. 399.

<sup>6</sup> Dieser Satz wurde von Ministerialdirigent Sahm hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Haben wir das jetzt?“

Am 10. März 1969 führte der indische Botschafter Chand gegenüber Bundeskanzler Kiesinger u. a. aus: „Angesichts seiner geographischen Situation seien gute Beziehungen mit Rußland für Indien sehr wichtig. Dennoch habe Indien seine Politik nie geändert und hege keineswegs die Absicht, Ostberlin als souveräne Regierung anzuerkennen. Andererseits gebe es zwischen Indien und Ostdeutschland sehr viel Handel. Der Export sei für Indien natürlich außerordentlich wichtig, und so sei Indien durch seine eigenen Interessen dazu gezwungen, bessere Vorkehrungen für seinen Handel mit dem Ostblock zu treffen. Die Absicht einer politischen Anerkennung bestehe jedoch nicht. Es wäre daher gut, wenn seitens der deutschen Delegation bei den bevorstehenden Konsultationen nicht gesagt werde, wenn Indien bessere Handelsvorkehrungen trafe, gäbe es auf deutscher Seite eine Reaktion.“ Vgl. Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 31; B 150, Aktenkopien 1969.

<sup>7</sup> Seit der Unabhängigkeit Pakistans und Indiens am 15. August 1947 erhoben beide Staaten Ansprüche auf die Region Kaschmir. Nachdem indische Truppen den größeren südöstlichen und pakistansche Einheiten den kleineren nordwestlichen Teil der Region besetzt hatten, wurde nach Vermittlung der UNO am 1. Januar 1949 ein Waffenstillstand geschlossen. In der Folgezeit kam es wiederholt zu militärischen Auseinandersetzungen.

<sup>8</sup> Am 31. März 1969 informierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Seeliger das Bundesministerium der Finanzen, das Bundesministerium für Wirtschaft, das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit über die

II. Die Gelegenheit eines Höflichkeitsbesuchs bei Vize-Ministerpräsident Desai nach Abschluß der Konsultationen habe ich dazu benutzt, um ihm mein Bedauern über den Beschuß seiner Regierung auszudrücken. Desai erwiderte, das sei leider eine Angelegenheit des Ministerpräsidenten und Außenministers<sup>9</sup>.

Vorschlage, Bundeskanzler zu unterrichten.

[gez.] Duckwitz

**VS-Bd. 4401 (II A 1)**

## 110

### Aufzeichnung des Staatssekretärs Duckwitz

**St.S. 328/69 VS-vertraulich**

**24. März 1969<sup>1</sup>**

Anlässlich der heutigen Zusammenkunft mit den alliierten Vertretern (anwesend waren die Botschafter Frankreichs<sup>2</sup> und Großbritanniens<sup>3</sup> sowie der Geschäftsträger der USA<sup>4</sup>) wurden folgende Punkte besprochen:

- 1) Ich sprach den alliierten Vertretern den Dank der Bundesregierung für ihre solidarische Haltung in der Berlin-Frage aus und hob hervor, daß das Ausbleiben der erwarteten Gegenmaßnahmen sicherlich nicht zuletzt auf die entschiedene Haltung unserer Verbündeten zurückzuführen sei.
- 2) Ich unterrichtete die Botschafter über die kürzlich in New Delhi geführten Konsultationsgespräche mit der indischen Regierung.<sup>5</sup> Die Botschafter waren besonders interessiert daran, den indischen Standpunkt zur Situation in China und in Pakistan zu erfahren.
- 3) Der Budapester Aufruf des Politischen Beratenden Ausschusses der Warschauer-Pakt-Staaten<sup>6</sup> wurde nur kurz gestreift. Es herrschte Einigkeit darüber, daß die Einberufung einer Konferenz die Frage der Teilnahme der DDR

#### *Fortsetzung Fußnote von Seite 424*

Ergebnisse der Besprechungen mit der indischen Regierung. Zu dem indischen Vorhaben, eine Handelsvertretung in Ost-Berlin zu eröffnen, stellte er fest: „In Anbetracht des starken und ständig zunehmenden innen- und außenpolitischen Drucks, dem die indische Regierung in der Anerkennungsfrage ausgesetzt ist, muß das grundsätzlich unveränderte Festhalten der indischen Regierung an ihrer bisherigen Deutschlandpolitik positiv bewertet werden. Es wird gebeten, diese Bewertung bei der Festlegung der künftigen Indienhilfe zu berücksichtigen.“ Vgl. VS-Bd. 8830 (III B 7); B 150, Aktenkopien 1969.

<sup>9</sup> Dinesh Singh.

<sup>1</sup> Durchschlag als Konzept.

<sup>2</sup> François Seydoux.

<sup>3</sup> Roger Jackling.

<sup>4</sup> Russell Fessenden.

<sup>5</sup> Zu den Regierungsbesprechungen vom 17. bis 20. März 1969 vgl. Dok. 109, besonders Anm. 3.

<sup>6</sup> Zum Vorschlag der Staaten des Warschauer Pakts vom 17. März 1969 über die Einberufung einer Europäischen Sicherheitskonferenz (Budapester Appell) vgl. Dok. 116, besonders Anm. 2.

aufwerfen wird, da die Sowjetunion sich diese Gelegenheit zur Aufwertung der DDR sicherlich nicht entgehen lassen wird. Auch war es übereinstimmende Ansicht, daß die Teilnahme der USA an einer solchen Sicherheitskonferenz gewährleistet sein muß.

Die Alliierten brachten ihren Wunsch zum Ausdruck, eine analytische Betrachtung des Auswärtigen Amts über die Budapester Tagung zu bekommen.

4) Zu den Luftverkehrsverhandlungen äußerten die Alliierten übereinstimmend ihre stärksten Bedenken gegen die Einbeziehung von Schönefeld.<sup>7</sup> Sie wiesen auf die heute noch gar nicht zu übersehenden Folgen hin, die ein Anfliegen von Schönefeld durch die Aeroflot mit sich bringen kann. Heute seien die Rechte der Alliierten bezüglich des Luftverkehrs nach Berlin eindeutig und könnten von der Sowjetunion nicht bestritten werden. Dies sei für Berlin von vitaler Bedeutung. Würde aber der Sowjetunion die Erlaubnis gegeben, mit der Aeroflot die Luftkorridore zu benutzen, entstünde eine Aufweichung dieser Rechte, die die Position der Alliierten schwäche. An einer solchen Schwächung aber könnte die Bundesrepublik nicht interessiert sein. Die Möglichkeit, andere Luftwege parallel zu den Luftkorridoren zu benutzen, scheide aus. Außerdem wolle man jetzt schon darauf hinweisen, daß Verhandlungen mit der Sowjetunion über die Benutzung der Luftkorridore für Flüge der Aeroflot nur zwischen der Sowjetunion und den drei Alliierten geführt werden könnten.

In der Ablehnung Schönefelds war der französische Vertreter am bestimmtesten. Der amerikanische Vertreter betonte, daß seine Regierung noch keinen definitiven Beschuß gefaßt habe, aber auch sie habe sehr schwerwiegende Bedenken. Als übereinstimmende Meinung der Alliierten schälte sich dann heraus, daß die Bundesrepublik bei ihren nächsten Verhandlungen mit der Sowjetunion eine harte Haltung bezüglich des Anfliegens von Schönefeld einnehmen solle. Es bestehe durchaus die Möglichkeit, daß die Sowjets auf diese Forderung angesichts einer solchen Haltung, die die Zustimmung der Alliierten habe, verzichten würden. Sollte sich bei diesen Verhandlungen ergeben, daß die Sowjets nicht bereit sind, von Schönefeld abzusehen, werden sich die Alliierten mit der dann entstandenen Situation erneut befassen. Wichtig sei, daß in einer noch zu bestimmenden Form zwischen der Bundesregierung und der Sowjetunion klargestellt werden müsse, daß die alliierten Rechte unter keinen Umständen in Mitleidenschaft gezogen werden dürften. Sie müßten, nicht zuletzt im Interesse von Berlin, unverändert weiterbestehen.

5) Bezuglich des in der Vierergruppe ausgearbeiteten Papiers über Allied Aegis<sup>8</sup> machte der französische Botschafter unter Zustimmung seiner Kollegen darauf aufmerksam, daß es sich hier nur um einen Entwurf handele, der noch keineswegs von den zuständigen Ministerien akzeptiert worden sei. Bedenken gegen eine Diskussion dieses Papiers anlässlich des Vierertreffens in Washington<sup>9</sup> bestünden allerdings nicht.

<sup>7</sup> Zur Frage der Einbeziehung von Berlin-Schönefeld in ein Luftverkehrsabkommen mit der UdSSR vgl. Dok. 3.

<sup>8</sup> Vgl. dazu die Sitzung der Bonner Vierergruppe am 21. Februar 1969; Dok. 71.

<sup>9</sup> Zum Treffen des Bundesministers Brandt mit den Außenministern der Drei Mächte, Debré (Frankreich), Rogers (USA) und Stewart (Großbritannien), am 9. April 1969 vgl. Dok. 120.

6) Zu der Frage der Vergünstigungen für ausländische Militärmisionen in Berlin<sup>10</sup> machte der britische Botschafter einige Ausführungen über die Vorgeschichte<sup>11</sup> und fügte hinzu, daß man auf alliierter Seite durchaus Verständnis dafür habe, wenn diese Frage im gegenwärtigen Augenblick nicht weiterverfolgt werde.<sup>12</sup> In diesem Falle müsse allerdings eine Unterrichtung des Bundesministers der Finanzen<sup>13</sup> stattfinden.

Hiermit dem Herrn Minister vorgelegt.

gez. Duckwitz

**VS-Bd. 480 (Büro Staatssekretär)**

<sup>10</sup> Die in Berlin (West) befindlichen Militärmisionen ausländischer Staaten erhielten von der Bundesrepublik bzw. dem Land Berlin indirekt über den Haushalt der Militärregierungen der Drei Mächte finanzielle Zuwendungen. Legationsrat I. Klasse Henze vermerkte dazu am 8. Mai 1969: „1967 wurden den Militär- und ähnlichen Missionen in Berlin 1,14 Mio. DM gezahlt. Von den insgesamt zwölf Militär- und ähnlichen Missionen erhalten acht Zuschüsse; Griechenland (21% des Gesamtbetrages) und die Niederlande (19 %) liegen an der Spitze. Als einziges Ostblockland bekommt die Tschechoslowakei einen Zuschuß.“ Vgl. VS-Bd. 4388 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1969.

<sup>11</sup> Am 14. März 1969 notierte Vortragender Legationsrat I. Klasse van Well, obwohl die Bundesrepublik „ursprünglich lediglich den Wunsch nach vorsichtigen Sondierungen“ zwecks eines Abbaus der Vergünstigungen bei den in Berlin (West) befindlichen Militärmisionen westlicher Staaten zum Ausdruck gebracht habe, hätten die Drei Mächte „die Sache jedoch an sich gezogen und seien entschlossen, sich dieses Mal nicht mehr wie schon einige Male von der Anpassung der Erstattungsfrage an die veränderten Verhältnisse abbringen zu lassen“. So „sei den fünf Missionen, die im britischen Sektor liegen, ein offizielles Papier der britischen Seite überreicht worden, daß die britische Militärregierung in Berlin mit Ablauf dieses Jahres die Erstattung der bisherigen Aufwendungen nicht mehr vornehmen werde. Die amerikanische Seite habe eine ähnliche mündliche Mitteilung an die in ihrem Sektor gelegene dänische Botschaft gelangen lassen. Die Franzosen haben bisher bei den Belgieren, die ihre Mission im französischen Sektor unterhalten, lediglich sondiert“. Die Drei Mächte hätten dabei „den Eindruck gewonnen, daß keine der betreffenden Regierungen ihre Militärmision in Berlin schließen werde, daß höchstens eine gewisse Verringerung des Personalbestandes eintreten werde, die jedoch an der politischen Präsenz nichts wesentlich ändern werde. Man ließ durchblicken, daß anderslautende Andeutungen ein Bluff seien, mit dem man die deutsche Seite einschüchtern und gegen die Drei Mächte mobilisieren wolle. Sicherlich, so meinten die Vertreter der Drei Mächte, werde kaum eine der westlichen Regierungen ihre Unterstützung der westlichen Berlinposition ernstlich davon abhängig machen wollen, daß der Berliner Senat die Kosten über den Besatzungshaushalt erstattet.“ Vgl. VS-Bd. 4388 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1969.

<sup>12</sup> Auf dem Treffen der Bonner Vierergruppe am 27. März 1969 erläuterte der britische Vertreter gegenüber Ministerialdirektor Ruete, die Ausführungen von Botschafter Jackling seien so zu verstehen, daß die Drei Mächte den Abbau der Zuwendungen „nicht gegen den Willen der Bundesregierung weiterverfolgen wollten. Falls die Bundesregierung eventuelle Auseinandersetzungen mit den in Berlin durch Militärmisionen vertretenen Regierungen unbedingt vermeiden und die fraglichen Vergünstigungen deshalb jetzt nicht antasten möchte, würden die drei Botschaften dies respektieren. Sie würden sich aber dann auf eine langfristige Fortdauer der Vergünstigungen einstellen.“ In Anbetracht der Tatsache, „daß Australier, Belgier und Griechen für den Fall eines Abbaus der Vergünstigungen die Auflösung ihrer Missionen in Aussicht gestellt haben“, die Zuwendungen aber „eine anachronistische Belastung des Berliner bzw. letztlich des Bundeshaushalts“ darstellten, regte Ruete einen „Mittelweg zwischen dem vollständigen Abbau der Vergünstigungen und ihrer uneingeschränkten Beibehaltung“ an: Wie angekündigt, sollten die Zuwendungen eingestellt werden, doch sollte deutlich gemacht werden, daß die Bundesregierung bereit wäre, „Mittel und Wege zu suchen, den betroffenen Regierungen die Aufrechterhaltung ihrer Missionen in Berlin zu erleichtern“. Es sollten aber künftig nur die Kosten für das deutsche Personal der Militärmisionen übernommen werden. Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete vom 30. April 1969; VS-Bd. 4388 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1969.

<sup>13</sup> Franz Josef Strauß.